

Cologne China Studies Online

Working Papers on Chinese Politics, Economy and Society

No. 1 / 2004

Nicolas Oetzel

**Europa – VR China: Auf dem Weg zu einer politischen Partnerschaft?
Die europäisch-chinesischen Beziehungen 1995 - 2002**

**Europe and PR China: Toward a Political Partnership?
Sino-European Relations 1995 to 2002**

Zusammenfassung: Die Arbeit analysiert die sich seit Mitte der 1990er Jahre intensivierenden politischen Beziehungen zwischen der Europäischen Union und der VR China. Sie untersucht, ob sich diese Beziehungen schon in Richtung einer strategischen Partnerschaft weiterentwickelt haben. Das sino-europäische Verhältnis wird anhand verschiedener politischer Themen diskutiert (Menschenrechtsfrage, Einführung des Euro, chinesischer WTO-Beitritt, Kosovo-Konflikt, NMD-Pläne der USA und Terroranschläge vom 11. September 2001). Im Ergebnis können die sino-europäischen Beziehungen trotz substanzieller Intensivierung noch nicht als weltpolitisch strategische Verbindung bezeichnet werden. Der Weg in diese Richtung erscheint aber geebnet.

Schlagworte: sino-europäische Beziehungen, Menschenrechte, WTO, Sicherheitspolitik, multipolare Weltordnung

Autor: Nicolas Oetzel ist derzeit wissenschaftlicher Berater für projektbezogene internationale Zusammenarbeit beim Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.

Abstract: This article analyses the European Union – PR China relations which have intensified since the mid-1990s. It examines whether this relationship has already developed into a strategic partnership. Sino-European relations are discussed with regard to several political issues (human rights, introduction of the euro, China's WTO accession, Kosovo conflict, U.S. NMD plans and the terrorist attacks on September 11, 2001). Despite substantial strengthening Sino-European ties cannot yet be characterized as strategic partnership. But the path towards this goal appears to be made.

Key words: Sino-European relations, human rights, WTO, security policy, multipolar world order

Author: Nicolas Oetzel is academic advisor for international cooperation at the Federal Ministry for the Environment, Nature Conservation and Nuclear Safety.

Kölner China-Studien Online

Arbeitspapiere zu Politik, Wirtschaft und Gesellschaft Chinas

Cologne China Studies Online

Working Papers on Chinese Politics, Economy and Society

Die Kölner China-Studien Online - Arbeitspapiere zu Politik, Wirtschaft und Gesellschaft Chinas - sind eine Veröffentlichungsreihe der Modernen China-Studien, Lehrstuhl für Neuere Geschichte / Politik, Wirtschaft und Gesellschaft Chinas, an der Universität zu Köln, Deutschland. Sie enthalten aktuelle Arbeitspapiere und frühere Analysen von andauernder Relevanz in deutscher oder englischer Sprache. Alle Studien sind nach dem Jahr ihrer Fertigstellung nummeriert und im Internet unter der Adresse www.china.uni-koeln.de/papers abrufbar. Soweit nicht anders angegeben, liegt das Copyright beim Autor.

Cologne China Studies Online – Working Papers on Chinese Politics, Economy and Society - is a publication series of Modern China Studies, Chair for Politics, Economy and Society of Modern China, at the University of Cologne, Germany. The series presents recent working papers and past analyses of continuing relevance in German or English language. All studies are numbered by year of completion and can be downloaded from the Internet address <http://www.china.uni-koeln.de/papers>. If not stated otherwise, the copyright stays with the authors.

Moderne China-Studien, Universität zu Köln
Lehrstuhl für Neuere Geschichte /
Politik, Wirtschaft und Gesellschaft Chinas
Prof. Dr. Thomas Scharping
Albertus-Magnus-Platz
50923 Köln, Germany
Tel.: +49- 221- 470 5401/02
Fax: +49- 221- 470 5406
www.china.uni-koeln.de

Nicolas Oetzel
**Europa – VR China: Auf dem Weg zu einer politischen Partnerschaft?
Die europäisch-chinesischen Beziehungen 1995 - 2002**

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	1
1.1 Ausgangslage	1
1.2 Fragestellung	2
1.3 Vorgehensweise	3
1.4 Quellenlage	5
2. Die sino-europäischen Beziehungen 1949 – 1995	8
2.1 Die sino-europäischen Beziehungen im Zeichen des Ost-West-Konfliktes	8
2.1.1 Die sino-europäischen Beziehungen 1949 – 1969	8
2.1.1.1 Die Phase der systemischen Konfrontation 1949 – 1964	8
2.1.1.2 Erste außersystemische Annäherung 1964 – 1969	9
2.1.2 Die sino-europäischen Beziehungen 1969 – 1989	10
2.1.2.1 Die Phase der sino-europäischen Annäherung 1969 – 1975	10
2.1.2.2 Die wirtschaftliche Vertiefung der Beziehungen 1975 – 1989	12
2.2 Die sino-europäischen Beziehungen nach dem Tiananmen-Zwischenfall 1989	13
3. Die sino-europäischen Beziehungen 1995 – 2002	15
3.1 Die programmatische und institutionelle Entwicklung der sino-europäischen Beziehungen	15
3.1.1 Programmatik	15
3.1.1.1 Die programmatische Position Europas gegenüber der VR China	15
3.1.1.2 Die Strategiepapiere von 1995, 1998 und 2001	15
3.1.1.3 Die Kohärenz der europäischen Programmatik	17
3.1.1.4 Die programmatische Position der VR China gegenüber Europa	18
3.1.2 Die institutionelle Entwicklung der sino-europäischen Beziehungen	20
3.2 Die Menschenrechtsfrage in den sino-europäischen Beziehungen	22
3.3 Die sino-europäischen Beziehungen vor dem Hintergrund bedeutender wirtschaftspolitischer Ereignisse	27
3.3.1 Einführung des Euro am 01.01.1999 und 01.01.2002	27
3.3.2 WTO-Beitritt der VR China und der sino-europäische Verhandlungsprozess	31

3.4 Die sino-europäischen Beziehungen vor dem Hintergrund wichtiger weltpolitischer Ereignisse	36
3.4.1 Der Kosovo-Konflikt 1999	36
3.4.1.1 Die Haltung der EU zum Kosovo-Konflikt	36
3.4.1.2 Die Haltung der VR China zum Kosovo-Konflikt	37
3.4.1.3 Das sino-europäische Verhältnis während des Kosovo-Konfliktes	38
3.4.1.4 Das Europabild der VR China nach dem Kosovo-Konflikt	39
3.4.2 Debatte um die NMD-Pläne der USA	41
3.4.2.1 Die NMD-Pläne der USA	41
3.4.2.2 Die Reaktion der VR China auf die NMD-Pläne der USA	42
3.4.2.3 Die Reaktion der EU auf die NMD-Pläne der USA	43
3.4.2.4 Die NMD-Pläne der USA und das sino-europäische Verhältnis	44
3.4.3 Die Terroranschläge vom 11. September 2001	45
3.4.3.1 Chinesische Reaktionen auf die Terroranschläge vom 11. September 2001	45
3.4.3.2 Europäische Reaktionen auf die Terroranschläge vom 11. September 2001	46
3.4.3.3 Der 11. September 2001 und die sino-europäischen Beziehungen	47
4. Zusammenfassung	49
5. Literaturverzeichnis	52
5.1 Primärquellen	52
5.2 Sekundärliteratur	53

„Es liegt im Interesse des Weltfriedens, dass Westeuropa ein starkes China wünscht, so wie China ein geeintes Europa will.“ (Hua Guofeng, 1979) ¹

*„Eine umfassende Partnerschaft zwischen der EU und China liegt bilateral und global gesehen im politischen und wirtschaftlichen Interesse beider Seiten.“
(Europäische Kommission, 2001) ²*

1. Einleitung

1.1 Ausgangslage

Die beiden obigen Zitate spiegeln eine wechselseitige Wertschätzung wider. Sie bringen den alten wie auch aktuellen Wunsch der VR China und das insbesondere in den letzten Jahren aufgekommene Interesse der Europäischen Union zum Ausdruck, die sino-europäischen Beziehungen aufzuwerten und in eine neuartige, wie auch immer im einzelnen ausgestaltete politisch-strategische Verbindung zu überführen.

In der Vergangenheit sind die Bemühungen der VR China und einzelner europäischer Staaten um eine Vertiefung der Beziehungen nicht über ein eher bescheidenes Niveau der Kooperation hinausgekommen.

In den Zeiten des alle politischen Beziehungen dominierenden Ost-West-Konfliktes wäre es für Westeuropa als Ganzes unmöglich gewesen, eine von den USA unabhängige China-Politik zu verfolgen, hätte man es denn überhaupt in Erwägung gezogen. Versuche europäischer Nationalstaaten, eine eigenständige und teilweise auch den Interessen der USA zuwiderlaufende Annäherung an die VR China zu betreiben, blieben vereinzelt und kamen über zaghafte Ansätze nie hinaus. Einzig Frankreich ist eine derartige Politik in den 60er Jahren unter de Gaulle, wenn auch nur für kurze Zeit, gelungen.

Ganz anders dagegen die chinesische Perspektive. Seit dem Bruch mit der UdSSR spielte in dem außenpolitischen Konzept der VR China Europa eine durchaus gewichtige Rolle. Sowohl die „Zwischenzonen-Theorie“ als auch die „Drei-Welten-Theorie“ sahen die VR China und Europa im gemeinsamen Kampf gegen die Hegemoniebestrebungen der beiden Supermächte. Diese Vorstellungen blieben allerdings auch nur Theorien, die auf Grund der europäischen Zurückhaltung den Praxistest nie bestehen mussten.

Die aus der bipolaren Weltordnung resultierenden unterschiedlichen politisch-strategischen Positionen beider Seiten stellten allerdings nur ein, wenn auch das größte Hindernis für einen nachhaltigen Ausbau der sino-europäischen Beziehungen dar.

Darüber hinaus mangelte es an konstanten, starken ökonomischen Austauschbeziehungen, die sich in einer Art „spill-over-Effekt“ auch auf die politische Ebene hätten auswirken können. Schließlich belastete auch die koloniale Vergangenheit der europäischen Mächte die beiderseitigen Beziehungen in besonderer Weise.

¹ Schaeff, Peter Michael 1998, S. 196.

Diese den Ausbau der sino-europäischen Beziehungen behindernden Faktoren verloren nach 1989 immer mehr an Bedeutung. Mit dem Ende des Ost-West-Konflikts ergaben sich für beide Seiten neue strategische Optionen in ihrer jeweiligen außenpolitischen Ausrichtung. Hinzu kamen der stark gewachsene weltpolitische Einfluss der VR China und der fortschreitende Integrationsprozess der Europäischen Union; auch dies Entwicklungen, die beiden Seiten neue Spielräume eröffneten.

In den 90er Jahren nahm die globale ökonomische Bedeutung Chinas in einem auch die Experten überraschenden Tempo zu; die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der EU und der VR China konnten in den letzten Jahren enorme Zuwächse verzeichnen. Positiv auf die sino-europäischen Beziehungen dürfte sich auch die Rückgabe Hongkongs und Macaos auswirken, sie symbolisiert das definitive Ende der kolonialen Vergangenheit Europas in China.

Die weltpolitischen Ereignisse der jüngsten Zeit, besonders hervorzuheben ist hier der zweite Irakkrieg, aber auch das diesjährige Gipfeltreffen der G8 in Evian haben verstärkt dazu geführt, dass politische Vertreter und Kommentatoren der chinesischen, aber auch partiell der europäischen Seite den Trend zu einer „multipolaren Welt“ begrüßen. Impliziert ist damit auch eine Neugestaltung des Verhältnisses der beiden potentiellen Pole Europa und China, die sogar als vorsichtiger Versuch der Gegenmachtbildung zur USA interpretiert werden kann und damit den sino-europäischen Beziehungen eine ganz neue Dimension verleihen würde.

1.2 Fragestellung

Vor dem Hintergrund der seit 1989 veränderten weltpolitischen Rahmenbedingungen erscheint es lohnend, die Entwicklung der sino-europäischen Beziehungen der jüngsten Zeit genauer zu untersuchen.

Da in der Literatur einhellig die Meinung vertreten wird, dass die sino-europäischen Beziehungen weitestgehend den systemischen Rahmenbedingungen des Ost-West-Konfliktes unterworfen waren, soll in der vorliegenden Arbeit der Frage nachgegangen werden, ob und in welchem Maße die VR China und die Europäische Union sich die weltpolitischen Veränderungen seit 1989 zu Nutzen gemacht haben, um unabhängige und eigenständige Beziehungen zueinander aufzubauen.

Ist es vor dem Hintergrund der Entwicklungen der letzten Jahre tatsächlich noch angemessen, dieses Verhältnis lediglich als eine „secondary relationship“³ zu beschreiben beziehungsweise Europa aus chinesischer Perspektive als eine „derivative position“⁴ einzustufen?

Da die ersten Jahre im sino-europäischen Verhältnis nach Ende der bipolaren Weltordnung von den Nachwirkungen des Tiananmen-Zwischenfalls überschattet waren, bietet sich als Ausgangspunkt der Analyse das Jahr 1995 an, das in der Literatur mehrheitlich als Beginn einer neuen Phase in den sino-europäischen Beziehungen betrachtet wird.

² „China-Strategie der EU: Umsetzung der Grundsätze von 1998 und weitere Schritte zur Verteidigung des politischen Konzepts der EU, KOM (2001) 265, S. 24.

³ Vgl. Yahuda, Michael 1994.

⁴ Vgl. Shambaugh, David 1996, S. 3.

Mit der Formulierung einer langfristigen Politik gegenüber der VR China seitens der Europäischen Kommission in dem 95er Strategiepapier ist der eigentlich schon seit 1989 existierende Wunsch nach einer von den USA und der UdSSR unabhängigen Entwicklung des sino-europäischen Verhältnisses erstmals offiziell und programmatisch verankert.

Das erste europäisch-chinesische Gipfeltreffen 1998 in London verdeutlicht, dass die EU die Beziehungen zur VR China zumindest auf der Ebene politischer Symbolik und Rhetorik denen zu den USA, Russland und Japan gleichgestellt hat. Weitere Strategiepapiere der EU in Bezug auf die VR China von 1998 und 2001 sowie zahlreiche Treffen zwischen Vertretern der EU und Chinas auf unterschiedlichen Ebenen dokumentieren, dass die europäisch-chinesischen Beziehungen in eine neue Phase ihrer Entwicklung eingetreten sind.

Diese ersten Befunde zu bestätigen oder zu relativieren soll im Mittelpunkt dieser Arbeit stehen. Als zeitliche Klammer dienen dabei die Veröffentlichung des 95er Strategiepapiers der Europäischen Kommission und die Terroranschläge des 11.9.2001 und deren Auswirkungen, die bis in das Jahr 2002 reichen.

Dabei wird zu untersuchen sein, ob wirklich eine kontinuierlich sich vertiefende, eigenständige neue Art der Beziehung sich entwickelt, wie erste Beobachtungen suggerieren, oder ob es sich lediglich um eine die Bahnen diplomatischer Routine letztlich nicht verlassende Intensivierung des politischen Kontaktes handelt, in der unverbindliche Absichtserklärungen, gut gemeinte Programme und Rhetorik eine politische Bewegungslosigkeit nur überdecken. Ob und in welchem Umfang es sich hier um eine neue Qualität der Beziehungen handelt, lässt sich daran ablesen, wie weit sich Europa faktisch dem Multipolaritätskonzept annähert, das seit langem ein Grundpfeiler chinesischer Außenpolitik ist, aber bisher in Europa nur von Frankreich, wenn auch wenig konsequent, vertreten worden ist.

Europa soll in dieser Abhandlung hauptsächlich als EU 15 aufgefasst werden. Weiterhin sollen aus pragmatischen Gründen nur die politischen Beziehungen der EU und der VR China als Grundlage der Untersuchung dienen. Wirtschaftliche Aspekte sollen lediglich dann angeschnitten werden, wenn sie explizit eine politische oder geopolitische Komponente enthalten wie z. B. die Einführung des Euro oder die WTO-Verhandlungen über einen Beitritt Chinas.

1.3 Vorgehensweise

Die Untersuchung soll in drei Schritten erfolgen.

Am Anfang steht ein Überblick über die chinesisch-europäischen Beziehungen von 1949 bis 1995. Vor diesem geschichtlichen_Hintergrund gewinnen die Veränderungen in der nachfolgenden Phase klare Konturen. Dabei soll zunächst einmal die Periode von 1949 bis 1989 betrachtet werden, um das hohe Maß der Abhängigkeit der sino-europäischen Beziehungen von der Politik der Supermächte USA und UdSSR zu belegen. Die Phasen, die die sino-europäischen Beziehungen im Zeichen des Ost-West-Konfliktes durchlaufen und die in der Literatur nicht einheitlich gesehen werden, sollen vorgestellt und bewertet werden. Als separater Punkt wird die Zeit von 1989 bis 1995 näher analysiert. Hier geht es darum, den Übergangscharakter des chinesisch-europäischen Verhältnisses dieser Jahre herauszuarbeiten und die Wahl des Jahres 1995 als Ausgangspunkt dieser Abhandlung zu begründen. In dem dritten Kapitel, das den Schwerpunkt der Arbeit darstellt, sollen in

detaillierter Weise die sino-europäischen Beziehungen von 1995 bis 2002 unter der eingangs erörterten Fragestellung überprüft werden.

Bei der Untersuchung der chinesisch-europäischen Beziehungen für diesen Zeitraum sollen mehrere Aspekte auseinander gehalten werden.

Der erste Aspekt der Analyse betrifft die offiziellen Verlautbarungen, programmatischen Äußerungen und Strategiekonzepte, in denen sowohl die EU als auch die VR China nach innen und außen ihr Verhältnis zum jeweils anderen Partner zu bestimmen suchen. Dabei wird zu prüfen sein, ob es in quantitativer, aber vor allem auch in qualitativer Hinsicht Anzeichen dafür gibt, dass die VR China und die Europäische Union die gegenseitigen Beziehungen stärker als vorher in den Mittelpunkt ihrer Außenpolitik rücken und aufwerten wollen.

Dabei sollen nicht nur die die sino-europäischen Beziehungen direkt betreffenden programmatische Veröffentlichungen wie z. B. die Strategiepapiere der Europäischen Union, sondern auch allgemeine Äußerungen zur Außenpolitik des Landes herangezogen werden, um den tatsächlichen Stellenwert der chinesisch-europäischen Verhältnisses zu ermitteln. Als weiterer Punkt soll auch die fortschreitende institutionelle Verflechtung beider Seiten und die in diesem Zusammenhang entstandenen Erklärungen mit in die Betrachtung einbezogen werden.

Der zweite Aspekt der Studie betrifft die tatsächliche Umsetzung der programmatischen Verlautbarungen und den faktischen Umgang der beiden Akteure in wichtigen Politikfeldern und vor dem Hintergrund bedeutender politischer Ereignisse.

Dabei soll zunächst das die sino-europäischen Beziehungen seit 1989 dominierende Politikfeld, das Thema der Menschenrechte, auf seine Entwicklung nach 1995 untersucht werden. Anschließend werden die WTO-Verhandlungen für einen Beitritt Chinas und die Einführung des Euro zum 01.01.1999 und 01.01.2002, die mehr als nur reine Wirtschaftsaspekte repräsentieren, Gegenstand der Analyse sein. Um die chinesisch-europäischen Verbindungen im Kontext wichtiger politischer Ereignisse oder Krisensituationen zu studieren, werden der Kosovokrieg, die Diskussion um die NMD-Pläne der USA und die Terroranschläge vom 11. September 2001 als empirische Beispiele für den zu untersuchenden Zeitraum herangezogen.

Im Kern geht es darum, eine Antwort auf die Frage zu finden, ob die erwähnten Ereignisse einen nachhaltigen Einfluß auf das chinesisch-europäische Verhältnis haben und ob sie zu einer neuen Qualität in der Kooperation beider Seiten führen können. Zum anderen dürfte es von Interesse sein, anhand dieser Beispiele die in der Literatur oft aufgeworfene Frage der mangelnden Kohärenz in der außenpolitischen Performance und der Chinapolitik der Europäischen Union zu erörtern.

Dabei darf nicht außer Acht gelassen werden, dass bei den genannten Fällen die USA sowohl für die EU als auch für die VR China eine entscheidende Rolle spielen und somit die sino-europäischen Beziehungen des öfteren auch im Kontext einer Dreiecks-Verbindung gesehen werden müssen.

Als dritter zentraler Punkt der Arbeit, der nicht in einem gesonderten Kapitel, sondern als die Fallbeispiele unterstützender Faktor abgehandelt wird, steht die Perzeption Europas durch die VR China. Es soll damit die chinesische Haltung gegenüber Europa deutlich gemacht und gleichzeitig eine Lücke geschlossen werden, die aufgrund der spärlichen offiziellen programmatischen Auseinandersetzung der VR China mit Europa besteht.

Diese Perzeptionsanalyse möchte ich auf die Auswertung von vier politikwissenschaftlichen Zeitschriften stützen. Es handelt sich dabei um die beiden renommiertesten chinesischen Zeitschriften zur internationalen Politik, „Guoji Wenti Yanjiu“ (Internationale Studien) und „Xiandai Guoji Guanxi“ (Gegenwärtige internationale Beziehungen). Da die entsprechenden Forschungsinstitute unterschiedlichen Regierungsorganen, erstere dem Außenministerium, die zweite dem Staatsrat und damit auch der Staatssicherheit, direkt unterstellt sind, ist eine gewisse Wettbewerbssituation offensichtlich. Als Ergänzung werden die Artikel des „Foreign Affairs Journal“ bis 1999 und die Beiträge des „Waijiao Xueyuan Xuebao“ (Journal of Foreign Affairs College) bis 2001, beides Zeitschriften, die ebenfalls dem Außenministerium zugeordnet werden können, mit in die Untersuchung einfließen.

Dabei wird zu prüfen sein, ob es eine durchweg einheitliche Perzeption Europas gibt, oder ob konkurrierende Ansichten, insbesondere bezüglich der Entwicklung der chinesisch-europäischen Beziehungen, vorhanden sind. Darüber hinaus soll insbesondere auf das Multipolaritätskonzept der VR China und die darin anvisierte Rolle der EU eingegangen werden.

Im abschließenden Kapitel sollen die gewonnenen Erkenntnisse aufgearbeitet und im Hinblick auf die die Untersuchung leitende Fragestellung bewertet werden. Gibt es Anhaltspunkte dafür, dass sich in der jüngsten, 1995 beginnenden Phase der chinesisch-europäischen Beziehungen diese in Richtung einer unabhängigen und eigenständigen, vielleicht sogar politisch-strategischen Partnerschaft intensiviert haben? Sind die seit 1995, durch den Wegfall der die sino-europäischen Beziehungen in der Vergangenheit behindernden Faktoren entstanden Spielräume von beiden Akteuren genutzt worden?

Zuletzt soll, basierend auf den gewonnenen Ergebnissen und unter Berücksichtigung des zweiten Irakkrieges, des G-8-Treffens in Evian und weiterer Ereignisse des Jahres 2003 ein kurzer Ausblick auf die Zukunft der sino-europäischen Beziehungen gewagt werden.

1.4 Quellenlage

Insgesamt fällt bei der Recherche zu diesem Thema auf, dass Forschung und entsprechende Literatur zu den sino-europäischen Beziehungen quantitativ weit hinter vergleichbaren Studien zum Verhältnis der VR China zu den USA oder der UdSSR/Russlands zurückbleibt. Auch wenn die Länder Europas bzw. die EU nicht annähernd die gleiche weltpolitische Bedeutung hatten bzw. haben wie die USA und die UdSSR, ist es doch erstaunlich, dass dieser Themenkomplex sowohl in der Chinaforschung als auch in der Politikwissenschaft derart unterrepräsentiert ist.

Was die allgemeine Darstellung der sino-europäischen Beziehungen betrifft, so handelt es sich häufig um einzelne Artikel, die im Kontext eines Sammelwerkes über die chinesische Außenpolitik entstanden sind.⁵ Monographien, die sich ausschließlich dem Thema der sino-europäischen Beziehungen widmen, sind selten.

⁵ Vgl. u. a. Griffith, William: „China and Europe: „Weak and Far Away““, in Solomon, R. (Hrsg.): *The China Factor: sino-American Relations and the Global Scene*, New York 1981, S. 159-177; Cabestan, Jean-Pierre: „Sino-European Relations“ in Segal, Gerald (Hrsg.): *Chinese Politics and Foreign Policy Reforms*, London 1990, S. 214-229; Yahuda, Michael: „China and Europe: The Significance of a Secondary Relationship“ in: Robinson/Shambaugh. *Chinese Foreign Policy: Theory and Practice*, New York 1994, S. 266-282; Lim, Paul: „The Politics of the European Union’s Relations with China“ in Preston/Haacke: *„Contemporary China: The dynamics of change at the start of the new millennium“*, London 2003, S. 291-322..

Für die Zeit bis 1989 kann wohl Harish Kapur als bedeutendster Autor auf diesem Feld genannt werden, der sich in einigen Arbeiten intensiv und sehr detailliert mit den sino-europäischen Beziehungen, auch unter Berücksichtigung der osteuropäischen Staaten, auseinandergesetzt hat.⁶ Darüber hinaus sind die Studien von Wong Ming-hsien⁷ und Lian Yu-ru⁸ anzuführen, die insbesondere durch die Erschließung chinesischsprachiger Quellen eine gute Ergänzung zu Kapur darstellen. Sie setzen sich aus chinesischem Blickwinkel mit der Thematik auseinander, auch wenn im Falle Lian Yu-ru eigentlich das chinesisch-deutsche Verhältnis im Vordergrund steht. Als weiteres Beispiel für einen Gesamtüberblick kann David Shambaugh's Abhandlung „China and Europe“ herangezogen werden, die allerdings weit weniger umfangreich ist und auch nicht über das Jahr 1995 hinausreicht.

Was die 90er Jahre und den Beginn des neuen Jahrtausends betrifft, also den Untersuchungszeitraum dieser Arbeit, so kann man nur auf aktuelle Zeitschriftenartikel⁹ oder Beiträge in Sammelbänden zur Europäischen Union¹⁰, zu China¹¹ bzw. zum sino-europäischen Verhältnis¹² zurückgreifen. Eine Monographie, die sich den sino-europäischen Beziehungen der 90er Jahre bis heute widmet, existiert nach Kenntnis des Verfassers weder in englischer noch in deutscher Sprache.

Betrachtet man das Themenspektrum der Literatur, die sich mit der Entwicklung der sino-europäischen Beziehungen befasst, so trifft man auf unterschiedliche Schwerpunktsetzungen. Neben der rein historischen Beschreibung der Beziehungen geht es vor allem um die Frage der Menschenrechte¹³ und davon abgeleitet um die Schwierigkeiten der Europäischen Union, als einheitlicher Akteur aufzutreten.¹⁴ Diese Punkt mündet gelegentlich in eine Art Ländervergleich der EU-Staaten hinsichtlich ihres Verhältnisses zur VR China.¹⁵ Ein weiteres Thema in der Literatur ist der Vergleich der europäischen mit der amerikanischen Chinapolitik.¹⁶ Hervorzuheben ist die Perzeptionsstudie Stefan Friedrichs¹⁷, der die sino-europäischen Beziehungen von 1981 bis 1995 mittels

⁶ Vgl. bes. „China and the European Economic Community: The New Connection“, Dordrecht 1986; „Distant Neighbours. China and Europe“, London/New York 1990.

⁷ Vgl. Wong, Ming-Hsien: Der Stellenwert Westeuropas für die Sicherheitspolitik der VR China, Köln 1991.

⁸ Vgl. Lian Yu-ru: „Bestimmungsfaktoren der Westeuropapolitik Chinas. Die Beziehungen der VR China zur Bundesrepublik Deutschland in den 80er Jahren, Frankfurt 1995.

⁹ Vgl. Friedrich, Stefan: „Europa und China in den 90er Jahren, Verlust der neu gewonnen politischen Bedeutung der EU?“ in: APuZ, B 27/98, S. 36-46; Menotti, Roberto: „European-Chinese-Relations in the nineties“ in: The International Spectator 4/1995, S. 71-87.

¹⁰ Vgl. Algeri, Franco: „Die Europäische Union und China“ in: Weidenfeld/Wessels: Europa-Handbuch, Bonn 1999, S. 723-740; sowie diverse Artikel: „Die Asienpolitik der Europäischen Union“ in: Weidenfeld/Wessels: Jahrbuch der Europäischen Integration 1995/96, 1997/98, 1998/99, 1999/00, 2000/01, 2001/02, 2002/03

¹¹ Lim, Paul 2003.

¹² Vgl. Opitz, Peter J. : „China und Westeuropa zwischen 1945 und 2000: Phasen einer Annäherung“ in: Luther/Opitz: Die Beziehungen der VR China zu Westeuropa. Bilanz und Ausblick am Beginn des 21. Jahrhunderts, München 2000, S. 7-32; Möller, Kay: „Europa-China: Die ordnungs- und sicherheitspolitische Dimension“ in ebenda, S. 33-44.

¹³ Vgl. bes. Friedrich, Stefan: „Die Bedeutung der Menschenrechtsfrage in den europäisch-chinesischen Beziehungen“ in Luther/Opitz: „Die Beziehungen der VR China zu Westeuropa. Bilanz und Ausblick am Beginn des 21. Jahrhunderts, München 2001, S. 65-77.

¹⁴ Vgl. Schubert, Gunter: „China und die Europäische Union im Kontext der GASP“ in: APuZ B19-20/2002, S. 21-28.

¹⁵ Vgl. Grant, Richard L.: „The European Union and China, A Strategy for the Twenty-First Century, London 1995; Sandschneider, Eberhard: „China's diplomatic relations with the states of Europe“ in: China Quarterly März 2002, S. 33-44.

¹⁶ Vgl. Rupprecht, Klaus: „European and American approaches toward China as an Emerging Power“ in: China Aktuell 2/2001, S. 169-179; Shambaugh, David: „European and American Approaches toward China: Different Beds, Same Dreams“, Paris 2002, <http://www.ifri.org/F/Centre%20asie/articles/DS-Asia%20Paper02.pdf>

¹⁷ Vgl. Friedrich, Stefan: China und die EU. Europas weltpolitische Rolle aus chinesischer Sicht, Hamburg 2000.

Auswertung dreier chinesischsprachiger Zeitschriften analysiert. Friedrichs_Arbeit verweist auf ein großes Defizit in der Literatur. In fast keiner Studie über das sino-europäischen Verhältnis wird der chinesische Diskurs mit in die Betrachtung einbezogen. Deshalb soll auch in der vorliegenden Arbeit intensiv auf chinesische Quellen zurückgegriffen werden.

Dabei muss sich die Auswertung allerdings auf die genannten Zeitschriftenartikel beschränken, da chinesischsprachige Monographien oder Artikel in anderen Zeitschriften, wie insbesondere „Ouzhou yanjiu“ (Europa Studien) nicht vorlagen. Dem Feld der sino-europäischen Beziehungen widmen sich in auch China nur eine begrenzte Anzahl von Wissenschaftlern, unter denen die Beiträge von Song Xinning¹⁸, Qiu Yuanlun¹⁹ und Dai Bingran²⁰ dominieren.

Bei der Bewertung der sino-europäischen Beziehungen seit den 90er Jahren gibt es in der Literatur keine extrem divergierenden Ansichten oder gar konkurrierende Schulen. Dennoch sind Varianzen erkennbar.

Dass das chinesisch-europäische Verhältnis im Verlauf der 90er Jahre über das Stadium einer Verbindung zweiten Grades hinausgewachsen ist und sich intensiviert hat, wird von fast allen Autoren registriert. Allerdings gibt es hinsichtlich der Tiefe dieses Prozesses, seiner Nachhaltigkeit und zukünftigen Perspektive erhebliche Auffassungsunterschiede. Es dominieren zurückhaltende und kritische Kommentare. Die Einschätzung, dass die Europäische Union nicht als geschlossener Akteur auftritt und die VR China die europäischen Nationalstaaten gegeneinander ausspielt, wird insbesondere von Friedrich und Möller vertreten.²¹ Ebenso werden die mangelnden strategischen Gemeinsamkeiten beider Akteure bzw. das enge transatlantische Verhältnis immer wieder ins Feld geführt, die einer strategischen Partnerschaft im Wege stünden.²²

Das Kohärenzdilemma wird auch von anderen Autoren angeführt, die aber positive Entwicklungen hervorheben und so ein vorsichtig optimistisches Bild zeichnen.²³ Als beispielhaft für diese Sichtweise kann die wohl bis zum jetzigen Zeitpunkt aktuellste und umfassendste Studie zur Chinapolitik der EU der 90er Jahre von Hervé Dejean de la Bâtie angesehen werden²⁴, der besonders seit dem Jahr 2000 Tendenzen zur Konvergenz in der europäischen Chinapolitik und bei den Interessen beider Akteure zu erkennen glaubt.

¹⁸ Vgl. u.a. Song, Xinning: „Zou xiang 21shijie de zhongguo yi ouzhou“, Hongkong 1997; Song, Xinning: „Zhongguo yu ouzhou: mianxiang weilai“ in: Ouzhou yu shijie, 5/1998; Song, Xinning: „The EU Common Foreign and Security Policy and its Impact on the EU-China Relations“ in: Zhou, Rongyao (Hrsg.): Sino-European Relations Towards the 21st Century, Peking 2001, S. 115-134.

¹⁹ Vgl. u.a. Qiu Yuanlun: „China und Europa stehen vor der besten Möglichkeit für die Entwicklung ihrer Beziehungen“ in: Guoji Luntan (Internationales Forum) 1/1999, S. 24ff.

²⁰ Vgl. u.a. Dai, Bingran: „Strategic Base for China-EU Relations“ in: „World Economics and Politics“, 4/1996.

²¹ Vgl. Friedrich, Stefan: siehe Fußnoten 12 und 16; Möller, Kay: siehe Fußnote 15.

²² Vgl. z.B. Opitz, siehe Fußnote 15.

²³ Vgl. z. B. Algieri, Franco 2000: „Die Europäische Union und China: Zwischen Realpolitik und institutioneller Dynamik“, http://www.hss.de/downloads/argumente_materialien_25_4.pdf

²⁴ Vgl. De la Bâtie, Hervé Dejean: „La politique chinoise de l'union européenne: en progrès, mais peut mieux faire. IFRI Paris 2002, <http://www.ifri.org./F/Centre%20asie/articles/hdb-uechine02.pdf>.

2. Die sino-europäischen Beziehungen 1949 – 1995

2.1 Die sino-europäischen Beziehungen im Zeichen des Ost-West-Konfliktes

Eine Bemerkung vorweg: Da diese Arbeit sich dem Verhältnis der VR China und dem Europa der EU 15 widmet, werden die Beziehungen zwischen der VR China und den osteuropäischen Staaten für die Zeit des Ost-West-Konfliktes ausgespart.

Bei der Untersuchung dieses 40 Jahre dauernden Zeitraums der sino-europäischen Beziehung fällt auf, dass sich in der Literatur trotz weitgehender inhaltlicher Übereinstimmungen keine einheitliche Einteilung in charakteristische Phasen durchgesetzt hat. Die Aufteilung reicht je nach Autor und dessen Akzentuierung historischer Ereignisse von zwei²⁵ bis vier²⁶ zu differenzierenden Zeitabschnitten. Lediglich Harish Kapur hat in seinem Buch „Distant Neighbours. China and Europe“ die chinesisch-europäische Beziehungsgeschichte in zehn Perioden gegliedert.

In der vorliegenden Arbeit werden die sino-europäischen Beziehungen während des Ost-West-Konfliktes in die zwei großen Epochen 1949 – 1969 und 1969 – 1989 unterteilt, die dann jeweils wieder aus zwei Phasen bestehen. Damit soll die Westorientierung der VR China zu Beginn der 70er Jahre als zentraler Wendepunkt in den sino-europäischen Beziehungen hervorgehoben werden.

2.1.1 Die sino-europäischen Beziehungen 1949 – 1969

2.1.1.1 Die Phase der systemischen Konfrontation 1949 – 1964

Diese erste Phase der sino-europäischen Beziehungen ist nachhaltig von der sich nach dem Zweiten Weltkrieg herausgebildeten bipolaren Weltstruktur und der damit einhergehenden Bildung zweier politischer Lager gekennzeichnet.

Mit der Verkündung der „Anlehnung an eine Seite“ am 30.06.1949 hatte Mao Zedong sich bereits vor Gründung der VR China für die Eingliederung in das sozialistische Lager entschieden, was ein halbes Jahr später durch den Vertrag mit der UdSSR endgültig besiegelt wurde. Die westeuropäischen Staaten, vor allem die bedeutendsten unter ihnen wie Großbritannien, Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland, standen in weltpolitischen Fragen eng an der Seite der USA.

Demzufolge entwickelte sich das sino-europäische Verhältnis von Anfang an im Schatten der Supermächte, die eigenständigen Verbindungen ernsthafter Natur zwischen beiden Seiten ausschlossen. Gleichwohl hatten bereits ein Jahr nach der Gründung der VR China am 01.10.1949 sechs europäische Staaten²⁷ diplomatische Beziehungen mit der VR aufgenommen, die Niederlande folgten im Jahr 1954. Dabei unterschied die VR China aber sehr wohl zwischen den europäischen Staaten, die ihren Alleinvertretungsanspruch akzeptierten, und denjenigen, die

²⁵ Vgl. Feng, Zhongping XGG 10/1999.

²⁶ Vgl. Schaeff, Peter Michael 1998, S. 193-198; Shambaugh, David 1996.

²⁷ Großbritannien, Norwegen, Schweden, Dänemark, Finnland, Schweiz, Vgl. Schaeff, Peter Michael 1998, S.132.

weiterhin Kontakt zu Taiwan unterhielten. Die Beziehungen zu letzteren hatten nur „halbdiplomatischen Charakter“²⁸ und konnten im Fall Norwegens 1954, im Fall Großbritanniens und der Niederlande erst 1972 zu vollem diplomatischen Status aufgewertet werden, nachdem jene Staaten die chinesische Hallstein-Doktrin anerkannt hatten.²⁹

Neben diesen diplomatischen Beziehungen, die allerdings wenig intensiv waren, da bis 1964 einzig Großbritannien eine diplomatische Vertretung in Peking unterhielt, entwickelten sich ab 1953 verstärkt politische und wirtschaftliche Kontakte zwischen beiden Seiten. Dies lag vor allem an der VR China, die sich nach dem Koreakrieg in der Ausrichtung ihrer Außenpolitik von der UdSSR allmählich zu emanzipieren begann. Um den ehrgeizigen ersten Fünfjahresplan zu realisieren, bedurfte es vieler Güter, die die UdSSR nicht liefern konnte, und so nahm die VR China an internationalen Wirtschaftskonferenzen und 1954 an der Genfer Konferenz über Korea und Indochina teil.³⁰

Insbesondere diese Konferenz ermöglichte es der VR China unter Führung Zhou Enlais, neben wichtigen Handelskontakten auch die politischen Beziehungen zu den europäischen Staaten zu stärken. Die Konferenz ist insofern ein wichtiges Ereignis in den sino-europäischen Beziehungen, als sich zum ersten Mal direkte Kontakte auf höchster Ebene ergaben und beide Seiten ihr Verhältnis, zumindest in Ansätzen, außerhalb systemischer Zwänge begriffen.

Nach dieser Konferenz kommt es zu einer deutlichen Belebung der wirtschaftlichen Kontakte, in deren Verlauf die Bundesrepublik bis 1960 zu Chinas größtem nicht-kommunistischem Handelspartner aufsteigt. Diese Entwicklung und die unabhängig von den USA getroffene Entscheidung der meisten europäischen Staaten, das Handelsembargo gegen die VR China aus Zeiten des Koreakrieges abzuschwächen³¹, können als Anzeichen dafür gelten, dass sich die Chinapolitik der Europäer vorsichtig aus der Nachkriegsstarre zu lösen beginnt, ohne damit freilich einen unabhängigen Charakter anzunehmen. Vielmehr verharren die Beziehungen in dieser Phase weitgehend in einer ideologischen und systemischen Konfrontation, was auch die sehr kritischen chinesischen Kommentare bezüglich der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) belegen, obwohl diese intern partiell als wichtiges Ereignis mit nachhaltigem Einfluss auf die internationale Mächtekonstellation erachtet wird.³²

2.1.1.2 Erste außersystemische Annäherungen 1964 - 1969

Diese Phase der sino-europäischen Beziehungen ist vor allem durch eine veränderte chinesische Außenpolitik gekennzeichnet. Nach dem immer offensichtlicher werdenden Bruch mit der UdSSR gipfelt die politische Neuorientierung der VR China im Jahr 1964 in der Verkündung der „Zwischenzonentheorie“ und der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Frankreich.

Eine positivere, weil nicht mehr der systemischen Doktrin unterworfenen Perzeption Europas durch die VR China hatte sich bereits zu Beginn der 60er Jahre abgezeichnet. Das vor allem wirtschaftlich zunehmende Gewicht

²⁸ Vgl. Feng Zhongping XGG 10/1999, S. 15.

²⁹ Vgl. ebenda, S. 15/16.

³⁰ Vgl. Kapur, Harish 1990 S. 14ff.

³¹ Vgl. Kapur, Harish 1990, S.19.

³² Vgl. ebenda, S. 48.

Europas und die De Gaulle'sche Vorstellung von einem unabhängigen Alten Kontinent bewirkten, dass man in Europa eine mögliche „Dritte Kraft“ gegenüber der UdSSR und den USA zu sehen glaubte.³³

Offiziell wurde diese Einschätzung allerdings erst mit der Veröffentlichung der bereits 1946 entstandenen „Zwischenzonentheorie“ im Jahre 1964 durch Mao Zedong. Zentrale Idee dieser Theorie ist die Aufhebung der klaren Trennung der beiden weltpolitischen Blöcke durch Kennzeichnung von so genannten „Zwischenzonen“. Die westeuropäischen Staaten werden nicht mehr als Teil des imperialistischen Lagers, angeführt durch die USA, angesehen, sondern als mögliche Partner der sozialistischen und anderen Staaten im Kampf gegen die Hegemoniebestrebungen der beiden Supermächte, zu diesem Zeitpunkt vor allem der USA.

Ob es sich bei diesem Konzept erstmalig tatsächlich um eine genuin eigenständige, neue Europapolitik handelt, muss allerdings bezweifelt werden. Während Lian Yu-ru³⁴ die modifizierte Europapolitik der VR China als Teil einer gegen die USA gerichteten Gesamtstrategie sieht, wird von den meisten Autoren das sino-sowjetische Zerwürfnis und die drohende Gefahr der außenpolitischen Isolierung der VR China als Hauptgrund für das neu erwachte Interesse an Europa gesehen. Bei ihrer Suche nach europäischen Partnern für eine unabhängige Politik in Doppelkonfrontation mit den Supermächten gelang der VR China mit der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Frankreich ein großer Coup, allerdings der einzige. Andere europäische Staaten registrierten aufmerksam diese Entwicklung, konnten oder wollten aber nicht nachziehen: „They were either unable or unwilling to take the political decision of following France in the foreign-policy sector. The American pressures against normalization were much too great to permit them to follow France.“³⁵ Bekanntestes Beispiel in diesem Zusammenhang sind die letztendlich aufgrund des amerikanischen Drucks gescheiterten Berner Gespräche zwischen der VR China und der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1964.

Allerdings wurden auch vorsichtige politische Annäherungen europäischer Staaten wie das gegen Vorbehalte der USA verfolgte „Demag-Geschäft“ der Bundesrepublik Deutschland oder die pro-chinesischen Initiativen Belgiens und Italiens innerhalb der UN von der VR China nicht entsprechend gewürdigt.³⁶ Dieses wie auch das Scheitern einer Kooperation mit westeuropäischen kommunistischen Parteien lag insbesondere an der Radikalisierung der Innenpolitik Chinas, die letztendlich in der Kulturrevolution mündete.

In dieser Zeit innerchinesischer Wirren, brachen aufgrund des Abzugs der chinesischen Diplomaten sämtliche offizielle Kontakte ab. Darüber hinaus kam es zu ernsthaften Spannungen im sino-europäischen Verhältnis, da es zu Übergriffen auf Europäer in China kam, die in der Zerstörung der britischen Botschaft im Mai 1967 in Peking gipfelte.

2.1.2 Die sino-europäischen Beziehungen 1969 – 1989

2.1.2.1 Die Phase der sino-europäischen Annäherung 1969 –1975

Die nachhaltige Verbesserung der chinesisch-europäischen Beziehungen nach 1969 ist in erster Linie mit der radikalen Neuorientierung der chinesischen Außenpolitik in diesem Zeitraum in Verbindung zu bringen.

³³ Vgl. ebenda, S. 53.

³⁴ Vgl. Lian Yuru 1995, S. 30.

³⁵ Vgl. Kapur, Harish 1990, S. 69/70.

³⁶ Vgl. Kapur, Harish 1986, S. 15.

Nach der außenpolitischen Isolation zum Ende der Kulturrevolution und der in den Zwischenfällen am Ussuri im Jahr 1969 kulminierten sino-sowjetischen Konfrontation war aus Sicht der VR China die Bedrohung durch die UdSSR so groß, dass man sich zum ersten Mal strategisch dem westlichen Bündnis annäherte. Die Anbahnung der sino-amerikanischen Détente zu Beginn der 70er Jahre mit dem Besuch Nixons im Februar 1972 und der Bekanntgabe des „Shanghai-Kommuniqué“ als ihrem Höhepunkt sowie die ein Jahr zuvor erfolgte Aufnahme der VR China in die UN ermöglichten auch verstärkte Kontakte Chinas zu Europa und leiteten den zentralen Wendepunkt in den sino-europäischen Beziehungen ein.

Der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Italien im November 1970 folgten bis 1973 elf³⁷ weitere europäische Staaten. Nach Irland und Portugal 1979 und Andorra 1994 unterhält aus Westeuropa heute nur noch der Vatikan keine diplomatischen Beziehungen zur VR China.

Die diplomatischen Erfolge waren Teil eines außenpolitischen Gesamtkonzepts der VR China, in dem Europa eine wichtige Rolle spielte. Trotz der pragmatischen Annäherung an die USA blieb man einer ideologisch geprägten Perspektive treu, wie die „Drei-Welten-Theorie“ Deng Xiaopings des Jahres 1974 belegt. Ebenso wie in der „Zwischenzonentheorie“ gilt auch hier Europa als „Zweite Welt“, mit der die VR China als Teil der „Dritten Welt“ gegen die hegemonialen Absichten der beiden Supermächte kooperiert.

Diese programmatische Aufwertung Europas ging mit einer sich intensivierenden positiven Perzeption des europäischen Einigungsprozesses einher, wie die Aussage des chinesischen Außenministers von 1972 belegt: „We support the efforts of West European countries to unite on the basis of equality and reciprocal advantages in order to become strong. We hope that the European countries will live on better terms and will play a positive role in international affairs ...“³⁸ Die Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft 1973 um Großbritannien, Dänemark und Irland sowie das geschlossene Auftreten im Rahmen des Lomé-Abkommens 1975 und der Nahostkrise 1972 konnten als weiterer Beleg dafür gewertet werden, dass sich Europa als politische Einheit in Konkurrenz zu den Supermächten versteht.³⁹

Auch die europäischen Staaten verstärkten in dieser Zeit ihr Interesse an der VR China, allerdings überwogen wirtschaftliche Motive. Als Höhepunkt der sino-europäischen Annäherung darf die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen der VR China und der Europäischen Gemeinschaft im Jahre 1975 gelten.⁴⁰ Dieser Prozess wurde eingeleitet durch den Besuch des Vizepräsidenten der Europäischen Kommission Soames in China 1973 und durch Überlegungen des Europäischen Rates und Europäischen Parlaments; zudem lief das 1973 Textilabkommen der EG mit Taiwan aus.⁴¹ Die chinesisch-europäischen Beziehungen sollten ab diesem Zeitpunkt zweigleisig verlaufen, zwischen der VR China und der EG einerseits sowie zwischen der VR China und den einzelnen europäischen Nationalstaaten andererseits, womit eine neue Phase im sino-europäischen Verhältnis begann.

³⁷ 1971: Österreich, Belgien, Island, San Marino, Türkei, Zypern; 1972: Bundesrepublik Deutschland, Griechenland, Luxemburg, Malta; 1973: Spanien, Vgl. Schaeff, Peter Michael 1998, S. 132.

³⁸ Kapur, Harish 1986, S. 27.

³⁹ Vgl. ebenda, S. 26.

⁴⁰ Genauer gesagt wurden 1975 die Beziehungen zur EWG aufgenommen, 1983 folgten Euratom und EGKS

2.1.2.2 Die wirtschaftliche Vertiefung der Beziehungen 1975 - 1989

Die Tatsache, dass das sino-europäische Verhältnis zu Beginn der 70er Jahre eine positive Entwicklung nahm, darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass es auf beiden Seiten divergierende Zielvorstellungen gab.

Gerade in chinesischen Quellen wird die Gemeinsamkeit Europas und Chinas in der Bedrohung durch die UdSSR überbewertet. Sowohl Feng Zhongping⁴² als auch Dai Bingran⁴³ sehen in dieser Phase das jeweilige Sicherheitsbedürfnis gegenüber den hegemonialen Absichten der UdSSR als Basis der sino-europäischen Beziehungen. Dem Wunsch der VR China, sich aktiv an einer antisowjetischen Allianz zu beteiligen, kamen die europäischen Staaten jedoch nicht nach. Trotz Übereinstimmungen in der Bewertung der UdSSR setzte Europa auf eine durch Verhandlungen geprägte Entspannungspolitik gegenüber dem übermächtigen kommunistischen Nachbarn und war nicht bereit, die „Chinakarte“ gegen die Sowjetunion ins Spiel zu bringen, auch wenn einige Politiker - bekanntes Beispiel ist in diesem Zusammenhang Franz-Josef Strauß – entsprechende Forderungen zumindest anklängen ließen.

Die Europäer verfolgten im Gegensatz zur VR China in erster Linie keine politischen Ziele mit der Verbesserung der chinesisch-europäischen Beziehungen, sondern ließen sich primär von wirtschaftlichen Überlegungen leiten. Durch die Öffnungspolitik der VR China im Jahr 1978 und die vier Handelsabkommen⁴⁴ mit der EU von 1978 bis 1985 intensivierte sich der ohnehin stark gewachsene wirtschaftliche Austausch zu Beginn der 70er Jahre im Verlauf der 80er Jahre noch einmal deutlich.

Diese offensichtliche Inkongruenz in der gegenseitigen Wahrnehmung schwächte sich durch den außenpolitischen Kurswechsel der VR China 1982 deutlich ab. Die auf dem 12. Kongress der KP im September 1982 von Deng Xiaoping initiierte Politik der Unabhängigkeit und Selbständigkeit veränderte auch das Verhältnis der VR China zu Europa. Mit der Politik der Äquidistanz zu den beiden Supermächten wurde Europa nicht mehr als Teil einer Allianz gegen die UdSSR gesehen, sondern als unabhängige politische Einheit in einer sich herauskristallisierenden multipolaren Struktur in den internationalen Beziehungen.⁴⁵ Die entideologisierte Weltsicht der VR China, verbunden mit dem Wunsch nach einem friedlichen Umfeld, um das von Deng Xiaoping in den Vordergrund gestellte wirtschaftliche Modernisierungsprogramm zu ermöglichen, wirkte sich positiv auf das Verhältnis zu Europa aus.

Die Beziehungen zwischen der EU und der VR China intensivierten sich nachhaltig. Neben den wirtschaftlichen Kontakten wie den drei „EWG-China-Handelswochen“ 1981, 1985 und 1988 verstärkten sich auch die politischen Kontakte im Rahmen des jährlich tagenden Gemischten Ausschusses und der jährlichen VR China-EG-Konsultationen.⁴⁶

⁴¹ Vgl. Kapur, Harish 1986, S. 31.

⁴² Vgl. Feng, Zhongping XXG 10/1999, S. 16/17.

⁴³ Vgl. Dai, Bingran 2000, S. 3.

⁴⁴ Nichtpräferentielles Handelsabkommen 1978, Textilabkommen 1979, Abkommen über „Allgemeine Präferenzen“ 1980, Handels- und Wirtschaftsabkommen 1985.

⁴⁵ Vgl. Kapur, Harish 1990, S. 171.

⁴⁶ Vgl. Schaeff, Peter Michael 1998, S. 196/197.

2.2 Die sino-europäischen Beziehungen nach dem Tiananmen-Zwischenfall 1989

Die Ereignisse auf dem Platz des Himmlischen Friedens vom 04.06.1989 markierten zunächst das abrupte Ende einer positiven Entwicklung in den Beziehungen zwischen der VR China und Europa:

Die unmittelbaren Reaktionen Europas auf den Tiananmen-Zwischenfall müssen als durchweg zwiespältig bezeichnet werden. Trotz vielfältigen Protestes und scharfer Verurteilung des chinesischen Militäreinsatzes durch die europäische Öffentlichkeit war das Verhalten der Europäischen Gemeinschaft gegenüber der VR China relativ moderat. Die europäischen Maßnahmen beschränkten sich auf die Erklärung vom 06.06.1989, in der die Aussetzung der Kontakte auf hoher Ebene verkündet, aber auf weiter gehende Sanktionen verzichtet wurde, sowie auf die Entscheidung vom 07.06.1989, die wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zu China einzufrieren. Letztere besaß aufgrund des deutschen Widerstands allerdings keinen bindenden Charakter.⁴⁷

Konkretisiert wurden die Maßnahmen am 27.06.1989 durch die Erklärung des Europäischen Rates, der zufolge die Waffenexporte nach China eingestellt und nationale wie EU-Projekte in China aufgeschoben werden sollten.⁴⁸ Die Forderung der EG nach internationaler Kontrolle bei den Prozessen gegen chinesische Demonstranten und Zutritt zu den Gefängnissen wurde von chinesischer Seite zurückgewiesen.⁴⁹ Insgesamt beschränkte sich der europäische Protest zumeist auf honorige Appelle an die chinesische Regierung und symbolische Gesten wie die demonstrative Teilnahme prominenter chinesischer Dissidenten an der Parade zum 200. Jahrestag der französischen Revolution⁵⁰ oder der Rückzug der EG-Botschafter während des Empfangs zum 40. Jahrestags der Gründung der VR China.⁵¹ Letztlich fallen die Sanktionen der EG weit weniger konsequent und drastisch aus als die der USA, was wiederum von China durch eine vergleichsweise milde Verurteilung der europäischen Reaktionen honoriert wurde.⁵²

Es ist daher nicht verwunderlich, dass die ersten Verstimmungen in den sino-europäischen Beziehungen nach bereits einem Jahr verflogen waren und eine Renormalisierung behutsam eingeleitet wurde. Der bereits am 04.07.1990 erklärte Wunsch des EG-Außenministerrats, die politischen Kontakte zur VR China wieder aufzunehmen, wurde am 28.09.1990 im Rahmen der UN-Generalversammlung realisiert, als der Außenminister Qian Qichen seine Amtskollegen aus Italien, Irland, Luxemburg, Frankreich und Deutschland traf. Begünstigt wurde die Wiederannäherung durch den Ausbruch des Golfkonflikts, was den italienischen Außenminister zu der Bemerkung bewog: „Under the present complex international situation, to strenghten the ties between the EC and China is of great importance to world peace and stability.“⁵³

Am 23.10.1990 beschlossen die EG-Außenminister, die wirtschaftlichen Sanktionen gegenüber China schrittweise aufzuheben und politische Kontakte auf hoher Ebene wieder zuzulassen.⁵⁴

1994 kann die Normalisierung der sino-europäischen Beziehungen als abgeschlossen gelten. Es kam zu zahlreichen hochrangigen politischen Kontakten zwischen beiden Seiten, und bis auf Exporte von Waffen und Vertei-

⁴⁷ Vgl. Feege, Anja 1992, S. 66.

⁴⁸ Vgl. ebenda, S. 128.

⁴⁹ Vgl. ebenda, S. 198.

⁵⁰ Vgl. Shambaugh, David 1996, S. 16.

⁵¹ Vgl. Feege, Anja 1992, S. 198/199.

⁵² Vgl. Cabestan, Jean-Pierre 1990, S. 222.

⁵³ Vgl. Feege, Anja 1992, S. 129.

⁵⁴ Vgl. ebenda, S. 130.

digungstechnologie gestalteten sich die wirtschaftlichen Beziehungen reibungslos.⁵⁵ Darüber hinaus konnten auch die aufgrund der Waffenverkäufe an Taiwan angespannten Beziehungen zu Frankreich sowie das durch Unstimmigkeiten bezüglich der Zukunft Hongkongs belastete sino-britische Verhältnis nachhaltig verbessert werden.⁵⁶

Damit waren die Voraussetzungen gegeben, sich wieder rein politischen Themen zu widmen und insbesondere das chinesisch-europäische Verhältnis im Kontext der nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes veränderten internationalen Struktur neu auszurichten. Dabei ist es vor allem die VR China, die ein durch den Maastrichter Vertrag von 1992 und die Erweiterung 1995 gestärktes Europa ganz prononciert in ihr Konzept einer multipolaren Welt einordnet. Bemerkenswert ist, dass die chinesische Seite konsequent behauptet, Europa teile diese chinesische Sicht der globalen Verhältnisse⁵⁷, obwohl es entsprechende offizielle Verlautbarungen seitens eines europäischen Organs in Wahrheit nicht gibt.

Gleichwohl modifiziert Europa seine Position gegenüber China ebenfalls und zwar im Sinne einer eindeutigen Aufwertung, wie das Strategiepapier vom 1995⁵⁸ belegt, in dem die Europäer sich zum ersten Mal zu einer gemeinsamen programmatischen und zukunftsorientierten Auseinandersetzung mit der VR China durchringen. Macdonald bemerkt: „... the EU is closing the chapter of events after the Tiananmen Square massacre and it has been embarking on a new relationship“⁵⁹.

Zusammenfassend kann man sagen, dass sich für die Zeit des Ost-West-Konfliktes die These von der systemischen Abhängigkeit der sino-europäischen Beziehungen klar bestätigt hat. Die in dieser Periode unternommenen Versuche beider Seiten, ihr Verhältnis unabhängig zu gestalten sind zwar nicht zu übersehen, aber sie bleiben zu gelegentlich und unsystematisch. Ebenso klar ersichtlich ist, dass es nach dem Ende des Kalten Krieges und insbesondere in der Übergangsphase nach dem Tiananmen-Zwischenfall neue Initiativen für selbständige und unabhängige chinesisch-europäischen Beziehungen ergriffen wurden. Ob die EU und die VR China diese nach 1995 dauerhaft und konsequent verfolgten, soll nun im Hauptteil der Arbeit anhand unterschiedlicher Themenfelder überprüft werden.

⁵⁵ Vgl. Shambaugh, David 1996, S. 20.

⁵⁶ Vgl. ebenda, S. 20/21.

⁵⁷ Vgl. u.a. Möller, Kay 2002, S. 21; Liu, Zonghe FAJ Dez/1994, S. 28.

⁵⁸ Vgl. „A Long Term Policy For China-Europe Relations“ Brüssel, COM (1995) 279.

⁵⁹ Macdonald, Brian 2000, S. 201.

3. Die sino-europäischen Beziehungen 1995 – 2002

3.1 Die programmatische und institutionelle Entwicklung der sino-europäischen Beziehungen

3.1.1 Programmatik

Bei der Untersuchung der programmatischen Verlautbarungen der VR China und Europas bzw. der EU, die sich auf das sino-europäische Verhältnis beziehen, gilt es, unterschiedliche Aspekte herauszuarbeiten.

Erstens soll versucht werden zu ermitteln, welchen Stellenwert die chinesisch-europäischen Beziehungen in dem generellen außenpolitischen Konzept Europas und der VR China besitzen. Zweitens soll die Qualität der jeweiligen programmatischen Positionen bewertet werden, wobei besonders die Frage von Interesse ist, ob China und Europa ihre Beziehungen in einem neuen Kontext sehen, insbesondere was größere Unabhängigkeit und Selbständigkeit betrifft. Im Falle Europas wird noch zusätzlich zu prüfen sein, ob es sich um eine kohärente außenpolitische Position handelt oder ob EU-Organe und Nationalstaaten divergente programmatische Ziele gegenüber der VR China verfolgen.

3.1.1.1 Die programmatische Position Europas gegenüber der VR China

Die Untersuchung der Außenpolitik Europas hinsichtlich der programmatischen Auseinandersetzung mit der VR China stößt auf zwei Schwierigkeiten.

Zum einen kann die Außenpolitik Europas gegenüber der VR China in ihrer Gesamtheit, also im Rahmen der EU, nur eingeschränkt untersucht werden, da keine außenpolitischen Grundsatzkonzepte der EU existieren. Dies liegt, trotz zahlreicher Integrationsfortschritte in den letzten Jahren, an der weitgehend intergouvernementalen Struktur der zweiten Säule der EU. Die Probleme der EU, außenpolitisch „mit einer Stimme“ zu sprechen, sind hinlänglich bekannt und existieren unabhängig von den Beziehungen zur VR China. Da es für den zu behandelnden Zeitraum noch keine vergemeinschaftete außenpolitische Grundsatzpositionen der EU gibt und die in den Verträgen der EU und Entwürfen des Konvents behandelte außenpolitische Thematik fast ausschließlich institutioneller Natur ist, sollen die Strategiepapiere der EU von 1995, 1998 und 2001, die sich mit der VR China befassen, als Grundlage der Untersuchung dienen. Das zweite Problem stellt die Vielzahl der europäischen Länder dar, die es im Rahmen dieser Arbeit unmöglich macht, alle Positionen gegenüber der VR China auszuwerten. Es soll daher nur im Einzelfall, nämlich am Beispiel der französischen Haltung, nationale China-Politik mit einbezogen werden, um eine von der offiziellen EU-Position stark abweichende Programmatik zu kennzeichnen.

3.1.1.2 Die Strategiepapiere von 1995, 1998 und 2001

Das von der Europäischen Kommission am 27.05.1995 veröffentlichte Papier „Die langfristige Politik der EU gegenüber China“ ist zu allererst im Zusammenhang mit dem neuen Interesse an Asien und einer grundsätzli-

chen Initiative der EU gegenüber dem Kontinent zu sehen, die mit der Veröffentlichung der Asienstrategie⁶⁰ im Juli 1994 beginnt.

Während es in diesem stark wirtschaftlich geprägtem Papier heißt: „The main thrust of the present and future policy in Asia is related to economic matters“⁶¹, fällt im Konzept der EU gegenüber der VR China auch eine starke politische Komponente auf. Die veränderte weltpolitische Bedeutung Chinas wird hervorgehoben, und die bilateralen politischen Beziehungen werden noch vor den wirtschaftlichen behandelt.

Die EU betont die Bedeutung einer neuen langfristig ausgerichteten Beziehung zur VR China; sie schätzt China im Gegensatz zu Russland und Japan als immer stärker sowohl in der militärisch-politischen als auch in der wirtschaftlichen Sphäre ein.⁶² Bei der Behandlung der politischen Zusammenarbeit bleibt das EU-Papier allerdings sehr zurückhaltend; konkrete genuin chinesisch-europäische Kooperationsmöglichkeiten werden kaum genannt. Die EU betont statt dessen die Integration Chinas in die internationale Weltgemeinschaft, insbesondere die Einbeziehung in multilaterale Vereinbarungen wie eine WTO-Mitgliedschaft oder die Unterzeichnung des Vertrags über Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen.⁶³ Es wird zwar konstatiert, dass China und die EU nun gegenseitige Interessen diskutieren und gemeinsame Standpunkte in Politik- und Sicherheitsfragen finden können⁶⁴, konkrete Beispiele beschränken sich aber auf Hongkong, Macao und den 1994 initiierten bilateralen Menschenrechtsdialog oder auf sehr allgemein gehaltene Punkte, wie den Umweltschutz, Aids und illegale Immigration.⁶⁵

Die beiden Papiere von 1998 und 2001 sollen zusammen behandelt werden, da es sich bei letzterem um eine Fortschreibung des 98er Konzepts mit leichten Veränderungen handelt.

Schon der titelgebende Begriff „umfassende Partnerschaft“ des Konzepts von 1998 suggeriert, dass die EU ihre China-Politik offiziell aufgewertet wissen will. Dies belegt die Ankündigung der EU, ein chinesisch-europäisches Gipfeltreffen zu initiieren, dem ein hoher symbolischer Gehalt zugemessen wird: „...annual EU-China Summits would put the EU-China relationship on a commensurate footing with the EU’s approach towards other major international partners such as the US, Japan and Russia ...“⁶⁶

Die Papiere sind insgesamt umfangreicher und das 1998 begonnene Konzept der 5-teiligen China-Politik der EU hat sich in der Folgezeit in sämtlichen China behandelnden Veröffentlichungen der EU durchgesetzt.⁶⁷ An den inhaltlichen Vorstellungen zur politischen Zusammenarbeit ist es ebenfalls zu positiven Entwicklungen gekommen.

Während es sich bei dem Papier von 1998 wie bereits drei Jahre zuvor um überwiegend allgemein gehaltene und langfristig ausgerichtete Absichtserklärungen handelt, nennt das EU-Dokument von 2001 neue und schneller zu realisierende Kooperationsmöglichkeiten.

⁶⁰ Vgl. „Auf dem Weg zu einer neuen Asienstrategie“ KOM (1994).

⁶¹ Ebenda, S. 1.

⁶² Vgl. COM (1995) 279, S. 3.

⁶³ Vgl. COM (1995) 279, S. 4.

⁶⁴ Vgl. COM (1995) 279, S. 6.

⁶⁵ Vgl. ebenda, S. 4.

⁶⁶ „Building a Comprehensive Partnership with China“ COM (1998) 181, S. 2.

⁶⁷ 1. Stärkere Einbindung Chinas in die internationale Gemeinschaft, 2. Unterstützung Chinas auf seinem Weg in eine offene Gesellschaft, 3. Stärkere Integrierung Chinas in die Weltwirtschaft, 4. Bessere Nutzung der Ressourcen der Chinahilfe der EG, 5. Verbesserung der Wahrnehmbarkeit der EU in China.

So soll beispielsweise der bilaterale Dialog über illegale Migration und Menschenhandel intensiviert und die Zusammenarbeit bei der Unterstützung der Aussöhnung zwischen Nord- und Südkorea vertieft werden.⁶⁸ Trotz augenscheinlicher Bemühungen, die Themenpalette in den sino-europäischen zu erweitern, laufen die Vorschläge des Papiers doch in erster Linie auf die Ausweitung von weiteren Dialogforen und die Erstellung gemeinsamer Dokumente hinaus.⁶⁹

So wird auch im Strategiepapier von 2001 mit einem Anflug von Selbstkritik bemängelt wird: „Jedoch bedürfen die Ziele ebenso wie die Instrumente einer Feinabstimmung, und operative Ziele könnten kurz- und mittelfristig verwirklicht werden, wenn zur Steigerung der Effizienz der EG-Politik punktuelle Maßnahmen formuliert würden.“⁷⁰ Ungeachtet der thematischen Erweiterung der sino-europäischen Beziehungen und dem offensichtlichen Bemühen globale Politikfelder in das Verhältnis zu integrieren, gilt weiterhin, dass außer dem Menschenrechtsdialog kaum ein Politikfeld existiert, das als ein wirklich bedeutender unabhängiger politischer Beitrag der sino-europäischen Beziehungen gezählt werden kann.

Dies ist umso bemerkenswerter, da in denselben Papieren die wirtschaftlichen und entwicklungspolitischen Kooperationen schon sehr konkrete Formen angenommen haben, was ebenfalls das „China Country Strategy Paper“⁷¹ der EU mit dem integrierten „National Indicative Programme“ des Jahres 2002 hinreichend belegt.

3.1.1.3 Die Kohärenz der europäischen Programmatik

Betrachtet man die europäische Programmatik gegenüber der VR China, so geht es nicht nur um deren inhaltliche Ausgestaltung und strategische Ausrichtung, sondern es stellt sich auch die Frage der inneren Kohärenz. Gibt es nationale oder EU-interne Zielvorstellungen gegenüber China, die deutlich von der offiziellen EU-Position, die in den herangezogenen Strategiepapieren niedergelegt ist, abweichen?

Als Beispiel einer solchen abweichenden nationalen programmatischen Position sei die französische Haltung gegenüber China genannt, die in der am 16.05.1997 unterzeichneten „Gemeinsamen Erklärung über den Aufbau einer umfassenden Partnerschaft“ zwischen der VR China und Frankreich zum Ausdruck kommt. Hier wird der VR China nicht die unverbindliche Rolle des diplomatisch-routiniert eingebundenen Partners in einer durch multilaterale Verpflichtungen geprägten Außen- und Sicherheitspolitik zugewiesen, sondern hier soll China einen eigenständigen Part spielen im Kontext eines aktiv betriebenen, mit geopolitischem Zungenschlag versehenen Engagements für eine multipolare Weltordnung.⁷²

Frankreich ist in diesem Zusammenhang nicht die einzige europäische Kraft, die gewissermaßen aus der Reihe tanzt. Die EU-interne Kohärenz der programmatischen Auseinandersetzung mit der VR China ist auch von anderer Seite in Frage gestellt. Auffällig ist die sehr viel kritischere Haltung des Europäischen Parlamentes, insbesondere hinsichtlich der chinesischen Menschenrechtspolitik. In seiner Reaktion auf die Strategiepapiere der Kommission unterstützt das Parlament die darin verankerten grundlegenden Ziele gegenüber China, setzt sich

⁶⁸ Vgl. „Die China-Strategie der EU: Umsetzung der Grundsätze von 1998 und weitere Schritte zur Vertiefung des politischen Konzepts des EU“ KOM (2001) 265, S. 9/10.

⁶⁹ Vgl. KOM (2001) 265, S. 9/10.

⁷⁰ Vgl. ebenda, S. 6.

⁷¹ Vgl. China Country Strategy Paper (CSP) 2002-2006.

⁷² Vgl. Gemeinsame Erklärung, BR 22/1997, S. 8.

aber für eine sehr viel umfangreicher gestaltete Menschenrechtspolitik ein. Es fordert beispielsweise Verhandlungen über eine Autonomie Tibets⁷³, die Einführung eines Sonderbeauftragten der EU für Tibet⁷⁴ und befürwortet generell einen permanenten Rekurs auf Menschenrechtsfragen in den Beziehungen zu China, anstatt einen separaten Menschenrechtsdialog zu führen.⁷⁵

3.1.1.4 Die programmatische Position der VR China gegenüber Europa

Die programmatische Position der VR China gegenüber Europa bzw. der EU ist schwer zu bestimmen. Außer Weißbüchern über die Landesverteidigung existieren keine außenpolitischen Grundsatzpapiere der chinesischen Regierung, geschweige denn differenzierte Länderkonzepte. Die Kernelemente der chinesischen Außenpolitik haben sich seit dem Kurswechsel von 1982 nicht wesentlich verändert und sind generell länderunspezifisch gehalten, obwohl natürlich oft implizit die amerikanische Außenpolitik angesprochen wird. Bemerkenswert erscheint, dass die chinesische Regierung kein einziges Strategiepapier der EU mit einer eigenen Art Dokument beantwortet hat.⁷⁶ Es muss daher weitgehend von den Reaktionen der chinesischen Seite auf die Strategiepapiere der EU ausgegangen werden, um die chinesische Programmatik zu umreißen.

Der außenpolitische Teil des Berichts Jiang Zemin zum 15. und 16. Parteitag der KPCh in den Jahren 1997⁷⁷ und 2002⁷⁸, der hier als repräsentatives Konzept der chinesischen Außenpolitik herangezogen werden soll, geht an keiner Stelle direkt auf Europa ein. Die Vorstellung einer unabhängigen, selbständigen chinesischen Außenpolitik, gegründet auf die Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz für alle bilateralen Beziehungen, dominiert beide Texte. Auch in Passagen, die durchaus in einen Zusammenhang mit Europa zu bringen sind - wie die Entwicklung einer multipolaren Weltordnung oder die Feststellung, dass „die Beziehungen zwischen den großen Mächten eine bedeutende und tief greifende Regulierung erleben“⁷⁹ - , fehlt es an eindeutigen Verweisen auf Europa.

Als einzige Europa direkt betreffende außenpolitische Programmatik lassen sich nur die „Vier Prinzipien der sino-europäischen Beziehungen“ verstehen. Diese Vier Prinzipien, nämlich „seek common grounds while putting aside differences“, „mutual respect“, „non-interference in each other’s internal affairs“ und „equality and mutual benefit“, wurden bereits 1991 von Außenminister Qian Qichen verkündet.⁸⁰ Diese sehr allgemein gehaltenen Prinzipien können kaum als genuine Strategie gegenüber Europa interpretiert werden, da sie im Grunde genommen nur eine leichte Variation der Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz, der generellen chinesischen außenpolitischen Linie, darstellen. Diese Vier Prinzipien wurden in leicht veränderter Form von Jiang Zemin im September 1994 bekräftigt.⁸¹ Obwohl sie durch eine längerfristige Ausrichtung und durch die Ankündigung

⁷³ Vgl. European Parliament Report 2002, S. 13, Punkt 39.

⁷⁴ Vgl. ebenda, S. 14, Punkt 45.

⁷⁵ Vgl. ebenda, S. 18.

⁷⁶ Obwohl vielleicht der Beitrag „Zhongguo dui oumeng zhengce yanjiu baogao“ in XXG 8/2001 als inoffizielle Antwort verstanden werden kann.

⁷⁷ Vgl. Jiang Zemin 1997, BR 40/1997.

⁷⁸ Vgl. Jiang Zemin 2002.

⁷⁹ Jiang Zemin 1997, BR 40/1997, S. 33.

⁸⁰ Vgl. Qian Qichen, FAJ März/1991, S. 5.

⁸¹ 4 Prinzipien: 1. „to set eyes on the 21st century and build stable long-term friendly relations and cooperation, 2. „to respect each other and seek common ground while putting aside differences“, 3. „to engage in mutually com-

einer internationalen Zusammenarbeit symbolisch aufgewertet wurden, fehlen doch weiterhin konkrete Aussagen zum sino-europäischen Verhältnis.

Das Bild ändert sich, wenn man die nicht-offiziellen chinesischen Reaktionen auf die Strategiepapiere der EU betrachtet. Sie lassen die chinesische Position gegenüber Europa deutlicher erkennen.

Das 95er Strategiepapier der EU wird in erster Linie als Neubeginn der europäischen China-Politik hervorgehoben, der drei zentrale Änderungen in der europäischen Position zugrunde liegen. Als erstes sei sich Europa endlich der Stärke und Bedeutung Chinas in der internationalen Staatenwelt bewusst geworden, und zum zweiten werde eine „realistischere“, sprich konziliantere Menschenrechtspolitik in Rahmen des sino-europäischen Dialoges verfolgt. Schließlich wird die Unterstützung Europas für einen WTO-Beitritt Chinas positiv vermerkt.⁸² Es werden aber auch schon erste politisch-strategische Überlegungen angestellt:

„Die Welt entwickelt sich gegenwärtig in Richtung einer multipolaren Struktur. Die EU wünscht sich durch Aufbau von langfristigen und vertraulichen Kooperationsbeziehungen mit der VR China die Konkurrenzkraft zu den USA, Japan und Russland zu erhöhen, und ihre eigene Stellung und Wirkung als unabhängiger Pol in der Welt zu stärken. ... Daher liegt in der Festigung der Beziehungen mit China die strategische Absicht der EU, sich mit Hilfe Chinas mit den USA, Japan und Russland zu messen, und infolgedessen den Einfluss in den internationalen Angelegenheiten weiter auszudehnen.“⁸³

Diese chinesischen Überlegungen zu einer strategisch angelegten sino-europäischen Beziehung innerhalb einer multipolaren Welt werden durch die Vertragsrevisionen von Amsterdam und Nizza und durch die anschließenden Strategiepapiere der Jahre 1998 und 2001 noch beflügelt. Es wird behauptet, dass „beide Seiten ihre Beziehungen von einer globalen strategischen Stufe sehen und handhaben“⁸⁴ und dass Europa gerade im Begriff sei, den Sprung von einem wirtschaftlichen zu einem politischen Pol zu realisieren.⁸⁵ Diese chinesische Perzeption gipfelt in der Annahme, dass Europa nicht nur „eine wichtige Kraft Chinas im Vorantreiben der multipolaren Weltordnung“⁸⁶ sei, sondern sich auch überwiegend gegen die Bestrebungen der USA wende, ihre Position als einzige Supermacht in einer unipolaren Welt zu bewahren.

Dabei werden die Strategiepapiere der EU in einen Kontext mit den Erklärungen gestellt, die China zusammen mit Frankreich und Russland 1997 veröffentlicht hat, obwohl sich erstere eindeutig nicht auf „strategische“, sondern auf so genannte „umfassende“ Partnerschaften beziehen, die keinerlei geostrategische Komponenten beinhalten.⁸⁷ Verstärkt wird dieser Aspekt durch den Eindruck der chinesischen Seite, neben Frankreich auch Deutschland und Italien als aktive Partner für die multipolare Weltordnung gewonnen zu haben.⁸⁸

Die damit implizierte nachhaltige Abwendung Europas von den USA ist sicher als Fehleinschätzung zu werten; trotzdem ist der Verweis auf eine von den USA unabhängige Programmatik Europas gegenüber China nicht von

plementary and beneficial cooperation so as to promote common development, 4. „to strengthen consultation and cooperation in international affairs“. In Liu, Zonghe FAJ Dez/1994, S. 28/29.

⁸² Vgl. Wang, Jinbiao; Feng, Zhongping XGG 8/1995, S. 16.

⁸³ Chen, Feng XGG 5/1996, S. 13.

⁸⁴ Qu, Hongfa FAJ Sept/1998, S. 10.

⁸⁵ Vgl. Feng, Zhongping XGG 10/1999, S. 18.

⁸⁶ Vgl. Zhongguo xiandai guoji guanxi yanjiusuo oumeng ketizu, XGG 8/2001, S. 6.

⁸⁷ Vgl. Shen, Yihuai XGG 2/1998, S. 18.

der Hand zu weisen. Neben unterschiedlichen thematischen Gesichtspunkten, wie insbesondere in der Frage der Menschenrechtspolitik, die noch zu behandeln sein wird, ist es der Zeitpunkt der Veröffentlichung der Strategie-papiere, der in bewusster oder zufälliger Konkurrenz zur aktuellen amerikanischen China-Politik steht. Sowohl 1995 als auch 2001 waren die sino-amerikanischen Beziehungen durch den Besuch Li Denghuis in den USA bzw. der Flugzeugkollision über dem Südchinesischen Meer und den Spionagevorwürfen an China erneut auf einen Tiefpunkt gelandet.⁸⁹

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass eine unabhängige programmatische Auseinandersetzung zwischen China und Europa und eine daraus resultierende Aufwertung der sino-europäischen Beziehungen nur in Ansätzen erkennbar ist. Dies liegt insbesondere an der chinesischen Seite, bei der der Widerspruch zwischen kaum vorhandenen direkten offiziellen Verlautbarungen einerseits und inoffizieller Überschätzung der strategischen Rolle Europas andererseits offensichtlich ist. Die EU zeichnet sich dagegen, trotz nicht immer existierender Kohärenz, durch eine intensive und individuelle programmatische Auseinandersetzung mit der VR China aus, wenngleich erst in dem Papier von 2001 der Ansatz einer konkreteren und tatsächlich verwirklichter erscheinenden China-Politik ersichtlich ist.

3.1.2 Institutionelle Entwicklung der sino-europäischen Beziehungen

Der ein Jahr nach dem Tiananmen-Zwischenfall wieder aufgenommene politische Dialog zwischen der VR China und der EU hat sich seit Mitte der 90er Jahre intensiviert. Die bilateralen Beziehungen und die daraus resultierenden institutionellen Verbindungen haben sich diversifiziert und reichen von direkten sino-europäischen Gipfeltreffen über thematische Kooperationsforen wie dem chinesisch-europäischen Menschenrechtsdialog bis hin zu Formen des überregionalen Austauschs wie im Rahmen des ASEM (Asia-Europe-Meeting) oder des ASEAN Regional Forum.

Als Ausgangspunkt einer stärkeren institutionellen Verflechtung kann das Jahr 1994 gelten. Im Juni beschlossen die EU und China, ihren politischen Dialog aufzuwerten, indem die bisherigen Kontakte, nämlich die Zusammenkünfte der EU Troika und China auf Ministerebene und die politischen Konsultationen auf höchster Ebene zwischen der Kommission und der chinesischen Führung, durch zusätzliche Ad-hoc-Treffen der Außenminister und durch halbjährlich stattfindende Begegnungen ergänzt werden sollten.⁹⁰ Bei letzteren handelt es sich zu einem um Treffen zwischen dem chinesischen Außenminister und den EU-Botschaftern in Peking und zum anderen um Treffen zwischen dem jeweils den Ratsvorsitz innehabenden Außenminister und dem chinesischen Botschafter des betreffenden Mitgliedsstaates.

Darüber hinaus wurden Zusammenkünfte von politischen Direktoren innerhalb der SOM (Senior Officials Meeting) angekündigt: „... they should develop to include all issues of common interest and global significance.“⁹¹ Dieser verstärkte Austausch ist allerdings in der Öffentlichkeit ebenso wenig wahrgenommen worden wie die Zusammenkünfte mit der Asian Working Group innerhalb der GASP oder die regelmäßigen Treffen von Parla-

⁸⁸ Vgl. Shen, Yihuai XGG 2/1998, S. 16.

⁸⁹ Vgl. Zhongguo xiandai guoji guanxi yanjiusuo oumeng ketizu, XGG 8/2001, S. 7.

⁹⁰ Vgl. COM (1995) 279, S. 5.

⁹¹ Ebenda, S. 5/6.

mentariern des Europäische Parlament und des Nationalen Volkskongreß. Es dürfte schwer fallen zu behaupten, dass von diesen Aktivitäten wichtige Impulse für die sino-europäischen Beziehungen ausgegangen seien.

Erheblich mehr Aufmerksamkeit hat der von China im September 1994 angeregte Menschenrechtsdialog zwischen der EU Troika und der chinesischen Regierung auf sich gezogen. Nach den ersten beiden Treffen im Januar 1995 und 1996 und einer anschließenden 19-monatigen Blockade seitens der VR China findet der Dialog seit dem Oktober 1997 halbjährlich statt. Dieser Menschenrechtsdialog ist für die sino-europäischen Beziehungen insofern etwas Besonderes, als er eine Form der Kooperation darstellt, die China in dieser Art zum ersten Mal mit einem anderen Staat oder einer anderen Organisation eingegangen ist.

Von besonderer Bedeutung innerhalb der institutionellen Entwicklung der sino-europäischen Beziehungen, vor allem wegen des hohen symbolischen Wertes, sind die von der EU initiierten Gipfeltreffen zwischen China und der EU. Das erste dieser Art fand am 02.08.1998 in London statt. Damit unterstreicht die EU ihr gesteigertes Interesse an der VR China und misst dem asiatischen Counterpart bewusst eine außenpolitische Bedeutung zu, die mit derjenigen der USA, Japans oder Russlands vergleichbar ist. Ein weiterer Grund für diese Anregung der EU dürften auch die von der VR China seit 1997 verstärkten Gipfeltreffen mit den USA, Russland, Indien und Frankreich sein, die zum Teil in entsprechende Partnerschaftsdokumente mündeten.

Auch wenn bereits von einer „neuen Ära“⁹² in den Beziehungen zwischen China und Europa gesprochen wird, sollte nicht übersehen werden, dass diese Gipfel in der Regel im Anschluss an die ASEM-Treffen stattfinden, also keinen betont selbständigen Charakter besitzen und die chinesischen Seite von Premier Zhu Rongji anstelle des Präsidenten Jiang Zemin angeführt werden. Somit wird zumindest durch die politische Inszenierung der Eindruck vermittelt, dass aus chinesischer Sicht doch noch ein deutlicher Unterschied zu Gipfeltreffen mit den USA und Russland besteht.

Was die inhaltliche Breite der Gespräche und die erzielten Ergebnisse angeht, so sind mit dem dritten Gipfel im Oktober 2000 positive Entwicklungen erkennbar. Sind der erste und zweite Gipfel von Wirtschaftsfragen wie der Asienkrise und von der Bombardierung der chinesischen Botschaft in Belgrad überschattet, so rücken nun verstärkt globale politische Themen in den Mittelpunkt der Gespräche. Unterstützt wird dieser Trend durch die seit dem vierten Gipfel im September 2001 in Brüssel erstmals veröffentlichte „Gemeinsame Erklärung“, in der sich beide Seiten für eine vertiefte und erweiterte politische Kooperation aussprechen:

„They agreed that China and the EU should conduct more in-depth consultation and exchanges of view at all levels, with more regular meetings of senior officials and experts, on EU-China relations and on international and regional security issues of mutual concern, including non-proliferations, arms control and disarmament.“⁹³

Die Übereinkunft hinsichtlich eines solchen Meinungsaustauschs über globale politische und auch sicherheitspolitische Themen, wie die Situation in Nordkorea und Afghanistan oder der Kampf gegen den internationalen Terrorismus – kann freilich nicht über seinen weitgehend unverbindlichen Charakter hinwegtäuschen; weitergehende konkrete Handlungsschritte folgen daraus in der Regel nicht.

⁹² Vgl. NZZ 04.04.1998, S. 2.

⁹³ Xinhua 05.09.2001.

Dennoch bleibt bemerkenswert, dass insbesondere die EU an weiteren Dialogforen mit China interessiert ist, in der internationale Fragen behandelt werden. Sie bemühte sich beispielsweise um die Einrichtung eines regelmäßigen Dialogs der Troika der politischen Berater in Peking, die Ausweitung des Dialogs auf Expertenebene und die Fortführung der Treffen der Troika der politischen Direktoren mit der chinesischen Seite.⁹⁴ Die Realisierung dieser Pläne sowie die erstmaligen hochrangigen Konsultationen zwischen Beamten der EG und der VR China bei der Frage der illegalen Migration und des Menschenhandels im Oktober 2000 unterstützen den Eindruck eines mittlerweile sehr diversifizierten und auch thematisch aufgewerteten Institutionengeflechtes innerhalb der sino-europäischen Beziehungen.

Sicherheitspolitische Themen, allerdings nur in Form eines generellen Informationsaustauschs, sind wesentlicher Bestandteil des 1994 gegründeten ASEAN Regional Forum, in der die EU durch die Troika vertreten wird, sowie in den letzten Jahren verstärktes Element des 1996 initiierten ASEM-Prozesses.

In jüngster Zeit mehrten sich im Rahmen der bilateralen Kontakte zwischen der VR China und Europa auf beiden Seiten die Stimmen, die das chinesisch-europäische bzw. das europäisch-asiatische Verhältnis direkt oder indirekt in strategischer Konkurrenz zu den USA zu interpretieren versuchen.

Das chinesische Wunschbild einer multipolaren Welt, in der China und Europa zwei Pole darstellen, unterstützt zum Beispiel Jacques Chirac auf dem dritten Gipfeltreffen 2000, indem er ein Europa rühmt, das „gut und rasch voranschreitet, nach Vorstellung einer multipolaren Welt“.⁹⁵ Ins gleiche Horn stößt der belgische Außenminister Louis Michel, der beim vierten Gipfeltreffen 2001 verkündet: „... the balance of world politics has to be improved, because the United States are only one leg of the ‚geopolitical table‘. The EU will aim to stabilize this ‚geopolitical table‘ through stimulating closer relations between the EU and China.“⁹⁶

Auch im Rahmen der ASEM sind derartige Äußerungen seit 2001 verstärkt zu vernehmen. Beim Außenministertreffen der ASEM 2001 regte Jiang Zemin eine „neue Seidenstraße“ als Gegengewicht zu den USA an⁹⁷, und der chinesische Außenminister Tang Jiaxuan sprach von der „strategischen Notwendigkeit“ einer politischen Kooperation beide Kontinente, um eine „vernünftige internationale und politische Ordnung“ zu gewährleisten.⁹⁸

Ob es sich bei diesen Verlautbarungen innerhalb des sich stark intensivierten institutionellen Kontaktes der VR China und Europa nur um Rhetorik und Symbolik handelt oder ob dadurch eine Neuausrichtung der sino-europäischen Beziehungen zum Ausdruck kommt, soll anhand der Analyse konkreter politischer Ereignisse im weiteren Verlauf der Arbeit überprüft werden.

3.2. Die Menschenrechtsfrage in den sino-europäischen Beziehungen

Die Menschenrechte sind spätestens mit dem Tiananmen-Zwischenfall vom 04.06.1989 zu einem der zentralen Politikfelder innerhalb des chinesisch-europäischen Verhältnisses geworden. Friedrich behauptet sogar, dass „die neunziger Jahre in den europäisch-chinesischen Beziehungen das Jahrzehnt der Menschenrechte waren“.⁹⁹ Da

⁹⁴ Vgl. KOM (2001) 265, S. 8/9.

⁹⁵ Le Figaro 23.10.2000.

⁹⁶ Xinhua 05.09.2001.

⁹⁷ Vgl. SZ 26.05.2001, S. 8.

⁹⁸ Vgl. SZ 25.05.2001, S.8.

⁹⁹ Vgl. Friedrich, Stefan 2000, S. 65.

die Behandlung dieses Themas in den sino-europäischen Beziehungen weitgehend von der EU bestimmt wird, soll es in diesem Kapitel hauptsächlich um die Entwicklung der europäischen Menschenrechtspolitik gegenüber der VR China von 1995 bis 2002 gehen. Daran wird eine knappe Vorstellung der amerikanischen Menschenrechtspolitik gegenüber China anschließen, um die Besonderheiten und eventuellen wechselseitigen Zusammenhänge der jeweiligen Haltungen darzulegen.

Die Strategien der EU bei der Verfolgung einer effektiven Menschenrechtspolitik gegenüber China seit 1989 lassen sich 3 Hauptkategorien zuordnen. Die Methoden reichen von direkten wirtschaftlichen und politischen Sanktionen über teilweise sehr konfrontativ geführte politische Auseinandersetzungen auf internationaler Ebene, insbesondere im Rahmen der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen, bis hin zum Versuch eines eher konsensorientierten Kurses durch einen separat geführten Menschenrechtsdialog.

Da 1994 die letzten Sanktionen gegenüber der VR China seitens Europas, mit Ausnahme der Waffenexporte, aufgehoben wurden und im Januar 1995 der erste Menschenrechtsdialog zwischen der EU und der VR China stattfand, kann das Jahr 1995 als Beginn einer sich wandelnden Menschenrechtspolitik der EU bezeichnet werden.

1995 ist das letzte Jahr innerhalb der sino-europäischen Beziehungen, in dem die EU konsequent eine kritische und einheitliche Position in der Menschenrechtsfrage gegenüber der VR China vertrat. Höhepunkt dieser Haltung war die Sitzung der Menschenrechtskommission der UN, in der die VR China in letzter Sekunde eine chinakritische Resolution der EU und der USA mit einer Stimme Mehrheit verhindern konnte.¹⁰⁰ Im Vorfeld hatte die VR China vergeblich versucht, sowohl innerhalb des ersten Menschenrechtsdialoges im Januar 1995 als auch durch einen Brief des Premierministers Li Peng an die Regierungschefs der EU-Troika Mitterrand, Kohl und Gonzales einen entsprechenden Resolutionsentwurf der EU zu verhindern.¹⁰¹

Bis zu diesem Zeitpunkt waren alle von der EU seit 1990 eingebrachten Resolutionsentwürfe innerhalb der Menschenrechtskommission klar an der Mehrheit der China unterstützenden Staaten, hauptsächlich Entwicklungsländer, gescheitert. Nur 1989 gelang es in dem allerdings weniger bedeutenden „UN-Unterausschuss zur Verhinderung von Diskriminierung und zum Schutze von Menschenrechten“, die Menschenrechtssituation in China zu kritisieren; ein einmaliger Vorgang für ein Mitglied des UN-Sicherheitsrates.¹⁰²

Dieses Vorgehen auf internationaler Ebene entspricht einem der drei Ansätze der EU-Menschenrechtspolitik gegenüber China, die auch im Strategiepapier von 1995 der Europäischen Kommission hervorgehoben wird.¹⁰³ Die beiden anderen Handlungsebenen: Unterstützung gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Liberalisierung in China und verstärkte Thematisierung der Menschenrechtsproblematik in bilateralen Gesprächen.¹⁰⁴ Insgesamt vertritt die EU im 1995er Papier eine variable und engagierte Menschenrechtspolitik gegenüber China, indem sie auch auf die Gefahren einer zahnlosen Politik verweist¹⁰⁵ und die Bedeutung der internationalen Ebene, insbesondere der UN-Menschenrechtskommission, betont:

¹⁰⁰ Vgl. CA 4/1995, S. 263.

¹⁰¹ Vgl. Neßhöver, Christoph 1999, S. 139

¹⁰² Vgl. Feege, Anja 1992, S. 138/139.

¹⁰³ Vgl. COM (1995) 279, S. 6.

¹⁰⁴ Vgl. COM (1995) 279, S. 6.

¹⁰⁵ Vgl. ebenda, S. 6.

„At the same time, effective concertation in the human rights debate at the international level is a prerequisite for a successful policy. The EU puts particular stress on the involvement of the international community through the UN Commission on Human Rights. The level of international support attracted for the resolution criticizing the situation in China in February 1995 suggests that this approach is bearing fruits.“¹⁰⁶

Dieser gradlinige Anspruch der europäischen Menschenrechtspolitik gegenüber der VR China wurde schon ein halbes Jahr nach seiner Formulierung ins Wanken gebracht und 1997 endgültig aufgegeben.

Auslöser war in beiden Fällen die französische Regierung unter Führung Jacques Chiracs, die 1996 nur ungern eine chinakritische Resolution der EU auf der UN-Menschenrechtskommission unterstützen wollte. Auf Anregung Frankreichs unterbreitete die EU der chinesischen Führung ein Tauschgeschäft. Bei einer bindenden Zusage über den Beitritt der VR China zu den beiden UN-Menschenrechtspakten von 1966¹⁰⁷ würde die EU eine entsprechende Resolution in Genf unterlassen.¹⁰⁸ Eine diesbezügliche Einigung kam nicht zustande, und die letztlich doch gemeinsam eingebrachte europäische Resolution blieb erneut ohne Erfolg.

1997 kam es dann endgültig zur Wende in der europäischen Menschenrechtspolitik gegenüber China, indem die Europäer von der Konfrontation auf internationaler Ebene zu einem separat geführten Menschenrechtsdialog umschwenkten.

Frankreich weigerte sich erneut, einer europäischen Resolution vor der Menschenrechtskommission in Genf zuzustimmen und spaltete damit Europa in dieser Frage. Während Deutschland, Italien, Spanien und Griechenland sich der Position Frankreichs anschlossen, brachte Dänemark stellvertretend für die übrigen 10 EU-Staaten, mit Unterstützung der USA, einen Resolutionsentwurf ein, der erwartungsgemäß fehlschlug.¹⁰⁹ Die chinesische Seite nutzte geschickt die sich durch die französische Haltung abzeichnende Wende und kündigte ihrerseits an, noch im selben Jahr den UN-Pakt über soziale, wirtschaftliche und kulturelle Rechte zu unterzeichnen. Dass diese chinesische Verlautbarung einigen EU-Staaten die Entscheidung zur Nichteinbringung einer Resolution erleichterte, vor allem im Hinblick auf die Reaktionen der kritischen Öffentlichkeit, ist nicht belegbar; an einen Zufall mag man dennoch nicht glauben.

Der 1997 durch Nichteinbringung und Nichtunterstützung einer chinakritischen Resolution initiierte Wandel der europäischen Menschenrechtspolitik setzte sich in den Folgejahren fort und fand auch seinen Niederschlag in den späteren Strategiepapieren der EU. Insgesamt werden von der EU nun sehr viel konziliantere Töne als noch 1995 im Bezug auf die Menschenrechtssituation in China angeschlagen. Bei allen existierenden Missständen werden die Verbesserungen und der Willen zur Veränderung auf der chinesischen Seite hervorgehoben. Im Strategiepapier von 1998 bringt die EU ihre veränderte Menschenrechtspolitik auf den Punkt:

„The resumption of the EU-China humanrights dialogue without any preconditions gives the EU a real opportunity to pursue intense discussions which, coupled with specific cooperation projects,

¹⁰⁶ Ebenda, S. 7.

¹⁰⁷ Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte; Internationaler Pakt über zivile und politische Rechte.

¹⁰⁸ Vgl. Neßhöver, Christoph 1999, S. 222.

¹⁰⁹ Vgl. Neßhöver, Christoph 1999, S. 232/233.

remains at present the most appropriate means of contributing to human rights in China. ... The EU believes in the merits of dialogue, in all appropriate fora, over confrontation."¹¹⁰

Dieser Politikwandel im Umgang mit China hinsichtlich der Menschenrechte wird auch im Strategiepapier von 2001 beibehalten und um detaillierte punktuelle Maßnahmen ergänzt. Allerdings lässt sich auch leise Selbstkritik bezüglich dieser Linie heraushören, wenn es heißt: „...der Menschenrechtsdialog EU-China ist der Weg, dem die Europäische Union in ihrem Bestreben um eine Verbesserung der Situation in verschiedenen Bereichen den Vorzug gibt; es ist jedoch klar, dass der Dialog nur dann als akzeptabler Weg betrachtet werden kann, wenn es vor Ort zu Fortschritten kommt.“¹¹¹

An diesem Punkt wird das generelle Problem der mangelnden Kohärenz innerhalb der europäischen Menschenrechtspolitik gegenüber China sichtbar. Der von der Kommission und den europäischen Regierungschefs eingeschlagene Weg der Konzentration auf den bilateralen Menschenrechtsdialog in Verbindung mit konkreten Projekten wurde nicht nur in der Öffentlichkeit als halbherzig und von Wirtschaftsinteressen beeinflusst kritisiert, sondern auch innerhalb der EU als nicht ausreichend beanstandet.

Dabei spielt insbesondere das Europäische Parlament eine entscheidende Rolle. In seinen Stellungnahmen¹¹² zu den Strategiepapieren von 1995 und 2001 setzt es sich sehr viel intensiver und kritischer als Kommission und Regierungschefs mit der Menschenrechtssituation in China auseinander und bemängelt, dass die EU im Jahr 1997 nicht die vom Europäischen Parlament geforderte gemeinsame Resolution gegen China in die UN-Menschenrechtskommission eingebracht hat.¹¹³ Diese Kritik wird in alljährlichen Resolutionen bezüglich der Menschenrechtssituation in China erneuert, allerdings ohne Konsequenzen.

Einen ähnlich rituellen Charakter haben die seit 1998 jährlich geäußerten Bedenken der EU-Außenminister im Vorfeld der Sitzungen der UN-Menschenrechtskommission angenommen; Tatsache ist, dass die EU seit 1998 weder eigene Resolutionen auf die Tagesordnung setzte noch andere mit zu tragen bereit war.

Es drängt sich der Verdacht auf, dass sich in Europa – beabsichtigt oder nicht - eine Art Arbeitsteilung hinsichtlich der Menschenrechtspolitik gegenüber China eingespielt hat. Um insbesondere Wirtschaftsinteressen nicht zu gefährden, ist die offene Kritik auf internationaler Ebene in einen durch „stille Diplomatie“ geprägten bilateralen Menschenrechtsdialog verlagert worden, der weniger Aufmerksamkeit hervorruft und auch nicht so symbolisch aufgeladen ist wie die Sitzungen der UN-Menschenrechtskommission. Während

die Europäische Kommission und die nationalen Regierungschefs einen konzilianten, auf Dialog ausgerichteten Kurs steuern, profilieren sich das Europäische Parlament, entsprechende Ausschüsse nationaler Parlamente und Politiker aus der zweiten Reihe als energische Kritiker der VR China. Das dient zur Beruhigung einer aufmerksamen Öffentlichkeit und zieht doch keine ernsthaften Konsequenzen nach sich.

¹¹⁰ COM (1998) 181.

¹¹¹ KOM (2001) 265, S. 12.

¹¹² Vgl. „Report on the Communication from the Commission on a long term policy for China-Europe Relations“ 1995; European Parliament: „Report on the Commission communication on an EU Strategy towards China: Implementation of the 98 Communication and Future Steps for a more Effective EU Policy“ 2001.

¹¹³ Vgl. „Report on the Communication from the Commission on a long term policy for ChinaEurope Relations“ 1995, Punkt R.

Die chinesischen Reaktionen auf diese veränderte europäische Menschenrechtspolitik fallen einheitlich positiv aus. Schon das Strategiepapier von 1995, in dem zwar rhetorisch die Druckkulisse aufrecht erhalten wurde, die realpolitische Abkehr von Sanktionen und Konfrontationen zugunsten des Dialogs sich aber bereits abzeichnen begann, wertet die chinesische Seite als wichtigen Fortschritt:

„Darüber hinaus hat die EU beispielsweise bei der Frage der Menschenrechte und Tibets und andere die sino-europäischen Beziehungen störenden Punkte relativ realistisch und entgegenkommend zu behandelnde Prinzipien ergriffen. Bei der Frage der Menschenrechte ist sich die EU, obwohl sie weiterhin über fehlerhaftes Wissen und Vorurteile verfügt, dennoch der Gefahr und Wirkungslosigkeit des vormals halsstarrigen Verhaltens bewusst geworden und wendet sich daher nun hin zur Betonung der Wichtigkeit der Dialogerweiterung und hin zur Beachtung der internationalen Zusammenarbeit. Dies ist zweifelsohne ein Fortschritt.“¹¹⁴

Die endgültige Aufgabe der europäischen Kritik in der UN-Menschenrechtskommission seit 1998 wird wohlwollend registriert¹¹⁵ und sogar als Emanzipation der EU interpretiert, die bisher der USA in der harten Linie gegenüber China bedingungslos gefolgt sei. Eine sicher nicht unbeabsichtigte Verkehrung der Tatsachen, denn bis 1997 war die EU Initiatorin der Resolutionsanträge gegenüber der VR China, und die USA haben sie „nur“ unterstützt.

Trotz dieser von der chinesischen Seite positiv aufgenommenen Wende in der europäischen Menschenrechtspolitik, wird betont, dass die Frage der Menschenrechte weiterhin das wohl schwierigste Politikfeld innerhalb der sino-europäischen Beziehungen bleibe und die VR China sich auch künftig einer Aufoktroierung westlicher Wert- und Ordnungsvorstellungen widersetzen werde.¹¹⁶

Vergleicht man die Position Europas gegenüber China in der Menschenrechtsfrage mit der Haltung der USA, so zeigt sich, dass dem europäischen Ansatz durchaus „Vorbildcharakter“ zukommt.

Entscheidend für die amerikanische Menschenrechtspolitik ist das Jahr 1994. Am 26.05.1994 gab Präsident Clinton für die amerikanische Chinapolitik die Aufhebung der Verknüpfung von Menschenrechten und Gewährung der Meistbegünstigungsklausel bekannt. Clinton, der noch im Wahlkampf 1992 Präsident Bush eine zu nachgiebige Haltung gegenüber der VR China vorgehalten hatte¹¹⁷, musste damit offiziell eingestehen, dass seine gerade ein Jahr währende restriktive Haltung gegenüber der VR China erfolglos geblieben war. Und gerade zu diesem Zeitpunkt standen die Europäer im Begriff, ihre Menschenrechtspolitik gegenüber der VR China nachhaltig zu ändern.

Nachdem im November 1993 und April 1994 Kohl und Balladur bedeutende Wirtschaftsverträge mit der VR China abschlossen hatten¹¹⁸ und der bilaterale Menschenrechtsdialog angekündigt worden war, sahen sich die USA im Zugzwang, um nicht Europa eine zu große Nische im Konkurrenzkampf mit der VR China zu überlassen.

¹¹⁴ Vgl. Chen, Feng, XGG 5/1996, S. 11.

¹¹⁵ Vgl. Feng, Zhongping, XGG 5/1998, S. 14; Feng, Zhongping, XGG 10/1999, S. 18.

¹¹⁶ Vgl. Yu, Jianhua, GWY 6/2001, S. 14.

¹¹⁷ Vgl. Rupperecht, Klaus 2001, S. 169.

¹¹⁸ Vgl. Lampton, David 2001, S. 43.

Ein ähnlicher Trend lässt sich auch hinsichtlich der Einbringung von chinakritischen Resolutionen bei der Menschenrechtskommission erkennen. Nachdem 1997 das gemeinsame Auftreten der USA und der EU durch die Europäer aufgekündigt worden war und die EU damit sehr bewusst in Abgrenzung zur USA ihre Strategie des Dialoges verstärkt hatte, initiierten die USA nur noch von 1999 bis 2001 chinakritische Resolutionen. Und auch dies geschah im Grunde nur halbherzig und widerwillig, zum Teil, wie 1999, in letzter Sekunde aufgrund des großen öffentlichen Drucks. 2002 konnten die USA, da sie nicht Mitglied der Kommission waren, keine Resolution einreichen; ein Jahr später wurde der ausbleibende Antrag der USA mit der Bedeutung Chinas im Nordkorea-Konflikt begründet.¹¹⁹

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die von der EU seit 1995 verfolgte Menschenrechtspolitik eine deutliche Wandlung erfahren hat und damit zugleich Ausdruck einer tiefer gehenden Kräfteverschiebung im sino-europäischen Verhältnis ist.

Die europäische Strategie, die Problematik der Menschenrechte in kleinere Foren des Dialogs zu verlagern, stellt zweifellos ein Entgegenkommen gegenüber der chinesischen Seite dar. Und es verweist auf einen Punkt von erheblicher Bedeutung: Die Kräftekonstellation innerhalb des sino-europäischen Verhältnisses hat sich in den letzten zehn Jahren eindeutig zu Gunsten der VR China verschoben.

Die Europäische Union als Ganzes und die einzelnen Nationalstaaten sind aus hauptsächlich wirtschaftsstrategischen Gesichtspunkten nicht mehr in der Lage, die Frage der Menschenrechte an direkte politische Konsequenzen zu binden. Selbst eine öffentliche Kritik auf höchster Ebene wie im Rahmen der UN-Menschenrechtskommission kann sich die EU augenscheinlich nicht mehr leisten. Die Zeiten europäischer Sanktionen sind längst vorbei. Mehr noch: Die VR China hat 1997 in ihrem Boykott gegenüber Dänemark und der Niederlande bewiesen, dass sie in diesem Konflikt zwischen Menschenrechten und Wirtschaftsinteressen am längeren Hebel sitzt und sowohl die europäischen Nationalstaaten unter einander als auch die EU und die USA in dieser Frage gegeneinander ausspielen kann.

Um die EU nicht als offensichtlichen Verlierer in diesem Spiel dastehen zu lassen, versteht es die VR China geschickt, zum richtigen Zeitpunkt die EU durch Freilassung von Dissidenten oder Unterzeichnung von Menschenrechtsabkommen in ihrem Kurs zu bestätigen. Ob durch die „geschmeidige“ Strategie der EU die VR China zu fundamentalen Änderungen in Menschenrechtsfragen, wie z. B. die Ratifizierung und adäquate Implementation des Paktes über zivile und politische Rechte, bewegt werden kann, scheint eher fraglich.

3.3 Die sino-europäischen Beziehungen vor dem Hintergrund bedeutender wirtschaftspolitischer Ereignisse

3.3.1 Einführung des Euro am 01.01.1999 und 01.01.2002

Wenn im Folgenden die Einführung des Euro im Kontext der chinesisch-europäischen Beziehungen behandelt wird, so soll weniger Wert auf die wirtschaftlichen Folgen gelegt werden; vielmehr soll die politische Ebene,

¹¹⁹ Vgl. <http://www.cbsnews.com/stories/2003/04/11/politics/main548860.shtml?cmp=EM8706>.

soweit eine solche Trennung überhaupt möglich ist, im Mittelpunkt der Untersuchung stehen. Dabei wird insbesondere die chinesische Reaktion auf die Einführung des Euro und die veränderte Perzeption der EU seitens der VR China analysiert.

Die Reaktion der VR China auf die Einführung des Euro hat einen im engeren Sinne einen wirtschaftspolitischen und einen allgemein politischen Aspekt. Was die Wirtschaftspolitik betrifft, so wird der Stellenwert des Euros im internationalen Währungssystem aus Sicht der VR China erläutert und der chinesische Umgang mit der neuen Währung beleuchtet. Der rein politische Aspekt erschließt sich aus der veränderten chinesischen Perzeption der EU als Folge der Einführung des Euro.

Unter wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten kommt die chinesische Position in folgendem Zitat prägnant zum Ausdruck:

„Die Einführung des EURO hat die US-Dollar-Dominanz im Weltwährungssystem herausgefordert und wird einen Beitrag dazu leisten, dass das Weltwährungssystem sich ausgeglichener, stabiler und multipolarer entwickeln kann. Nicht zuletzt durch diesen Prozess wird sich die Bedeutung der EU in der asiatisch-chinesischen Wahrnehmung noch weiter erhöhen.“¹²⁰

Die chinesische Seite überträgt hiermit ihr normativ aufgeladenes außenpolitisches Konzept der multipolaren Ordnung auch auf die Ebene des internationalen Währungssystems und verleiht ihm damit eine nicht nur symbolisch gemeinte politische Komponente. Der Wunsch der VR China, die perzipierte Hegemonie der USA wenn nicht auf der Ebene der internationalen Politik, so doch zumindest in der Finanzwelt herausgefordert zu sehen, ist offensichtlich:

„Today, the dollar is used in 80 percent of the international finance capital, 62 percent of foreign currency reserve and 50 percent of world trade. Such an advantage has enabled the U.S. to secure significant economic interests. The start of the euro will break the monopoly of the U.S. dollar and will inevitably weaken the status and role of the latter in the world.“¹²¹

Auch wenn erkannt wird, dass die Führungsrolle des Dollars mittelfristig nicht zu gefährden ist, so wird doch mit Zufriedenheit registriert, dass „die Vorantreibung des Euro die Balance innerhalb des Finanzsystems zwischen den drei Mächten USA, EU, Japan in hohem Grade die EU gestärkt“¹²². Somit wird in China die Einführung des Euro einhellig als positives Signal gewertet und als Bestätigung für das Konzept der Multipolarisierung interpretiert.¹²³

Ebenso wird mit der Einführung des Euro der Umstand begrüßt, dass man nun die Abhängigkeit vom amerikanischen und japanischen Markt verringern kann und dass sich mit dem Euro als Hauptalternative zum Dollar neue finanzpolitische Diversifizierungsmöglichkeiten, besonders hinsichtlich der nationalen Devisenreserven, bieten.¹²⁴ Entsprechende Umschichtungen zu Lasten des Dollars sind in dem Zeitraum von Anfang 1999 bis Ende 2002 vorgenommen worden, wobei es sich bei den von den Fachleuten diskutierten Zahlen zum Teil nur um Schätzungen handelt, da offizielle Angaben naturgemäß nicht vorliegen.

¹²⁰ Lian, Yuru 1999, S. 7.

¹²¹ Wu, Qinghe FAJ Dez/1998, S. 34.

¹²² Zhongguo xiandai guoji guanxi yanjiusuo oumeng ketizu XGG 8/2001, S. 3.

¹²³ Vgl. Feng, Zhongping XGG 1-2/2000, S. 43.

¹²⁴ Vgl. Wang, Yi GWY 2/2002, S. 23.

Die VR China verfügt nach Japan über die größten Devisenreserven. Seit der Euro-Einführung sind sie von ca. 140 Mrd. US\$¹²⁵ auf ca. 290 Mrd. US\$ zum Jahresende 2002 angewachsen¹²⁶. Angesichts dieser Tatsache haben Umschichtungen von einer Währung zur anderen erhebliche Bedeutung. Im Juli 1998 lag der Euro-Anteil an den chinesischen Devisenreserven nach offiziellen Angaben des MOFTEC bei ungefähr 20 Prozent, weit abgeschlagen hinter dem Dollar-Anteil von über 60 Prozent. Chinesische wie auch internationale Wirtschaftsexperten hielten einen Euro-Anteil von 10 Prozent für noch realistischer.¹²⁷ Nach der Einführung des Euro als offizielle Währung am 1. Januar 1999 wurden Zahlen bekannt, nach denen die VR China plant, den Euro-Anteil ihrer Reserverdevisen auf 35 Prozent¹²⁸ bzw. sogar 40 Prozent¹²⁹ zu erhöhen, was einer Senkung des Dollar-Anteils auf ca. 50 Prozent gleichkäme und damit eine nachhaltige Umschichtung zugunsten des Euro bedeuten würde. Diese Angaben sind von offizieller Seite nicht bestätigt worden. Vor dem Hintergrund der zunächst starken Abwertung des Euro darf bezweifelt werden, dass die VR China Umschichtungen in diesem Umfang wirklich vorgenommen hat.

Diesbezügliche Initiativen sind erst wieder belegbar Ende 2001, also mit Ablauf der Übergangszeit, in der der Euro nur als Buchgeld existiert, sowie nach der praktischen Einführung als Zahlungsmittel am 01.01.2002.

Im November 2001 kündigte die Zentralbank an, den Euro verstärkt als Reservewährung einzusetzen, ein Vorhaben, das im Januar 2002 noch einmal von prominenter Stelle unterstrichen wird. Der Vizechef der chinesischen Zentralbank Guo Shuqing bestätigte das Vorgehen Chinas: „During the past two months we have bought a lot of euros. In the coming, we'll buy more“.¹³⁰ Auch der chinesische Finanzminister begrüßte die Stärke des Euro und unterstrich seine Bedeutung: „China ist der Auffassung, dass der Euro zwangsläufig eine Tages den gleichen Stellenwert haben wird wie der US-Dollar“.¹³¹ Ob der Anteil des US-Dollar allerdings tatsächlich auf 50 Prozent gesunken ist, wie vereinzelt angenommen¹³², bleibt mangels offizieller Angaben weiterhin zweifelhaft. Immerhin hat laut Zentralbankchef Dai Xianglong der Euro den japanischen Yen inzwischen als zweitwichtigste Währung in Chinas Reserven abgelöst.¹³³ Weiteren Prestigegewinn konnte die europäische Währung durch die chinesische Ankündigung erzielen, die Herausgabe von auf Euro lautenden Staatsanleihen zu steigern¹³⁴, und durch die Einführung des Euro am 01.04.2001 auf dem Shanghaier Foreign Exchange Market, wo vorher nur mit dem Yuan, dem US- und Hongkong-Dollar sowie dem Yen gehandelt werden konnte.¹³⁵

Dass die Einführung des Euro eine über das Wirtschaftliche und Wirtschaftspolitische hinausgehende allgemein politische Bedeutung hatte, lässt sich gleichfalls an den chinesischen Reaktionen ablesen. Übereinstimmend wird die Einführung des Euro als offizielle Währung zum 01.01.1999 und als Zahlungsmittel zum 01.01.2002 als Beleg für ein erstarktes, kohärent auftretendes Europa gewertet, das damit weitere wichtige Impulse für den

¹²⁵ Vgl. Taube, Markus 2000, S. 12.

¹²⁶ Vgl. Wirtschaftswoche 27.01. 2003.

¹²⁷ Vgl. Handelsblatt, 20.08.1999.

¹²⁸ Vgl. Wirtschaftswoche 11.01.1999.

¹²⁹ Vgl. CA 1/1999, S. 6.

¹³⁰ http://www.fpeng.peopledaily.com.cn/222201/07/eng2002017_88188.shtml.

¹³¹ Die Welt 07.01.2002.

¹³² Vgl. http://www.fpeng.peopledaily.com.cn/222201/07/eng2002017_88188.shtml.

¹³³ Vgl. http://www.fpeng.peopledaily.com.cn/200201/16/eng20020116_88730.shtml.

¹³⁴ Vgl. SCMP 20.10.2001.

¹³⁵ Vgl. <http://www.fpeng.peopledaily.com.cn/200203/21/eng20020321-92527.shtml>.

Übergang von einem bloß wirtschaftlich unabhängigen zu einem genuin politischen Pol in einer multipolaren Weltordnung erhält:

„Es ist vorauszusehen, dass die Einführung des Euro ... sich auf die europäische Entwicklung zu einem starken und unabhängigen Pol auswirken wird, und Europa in der Weltpolitik immer mehr Bedeutendes beitragen wird. ... Es ist vorauszusehen, dass der Währungsverbund und die Einführung des Euro eine neue „Kraft“ entfalten und eine erneut durchzuführende Positionierung der europäischen Politikstruktur anregen wird. Es wird vielleicht zum Zutagetreten eines zukünftigen Gesichtes Europas, als bestimmende neue politischen Macht, führen.“¹³⁶

Es wird die identitätsstiftende Wirkung des Euro genauso hervorgehoben wie der mögliche positive Effekt auf die Beitrittskandidaten Osteuropas, die nach einer gelungenen Einführung des Euro ihren Beitritt zur EU beschleunigen und damit die politische Kraft Europas noch einmal erhöhen würden.¹³⁷

Letztlich wird sehr deutlich der Eindruck vermittelt, dass die chinesische Seite sich von dem durch die Einführung des Euro symbolisierten Abschluss der wirtschaftlichen Einheit Europas, der den Status der EU als einer in vielen Bereichen der USA ebenbürtigen Wirtschaftsmacht untermauert, den Übergang zu einer politischen Einheit verspricht.

Die EU selbst hält sich mit Äußerungen hinsichtlich der wirtschaftspolitischen oder allgemein politischen Auswirkungen des Euro auf das sino-europäische Verhältnis zurück. In den Strategiepapieren der EU wird nur 1998 das Thema des Euro kurz angeschnitten. Dabei wird mit Bezug auf die enormen Devisenreserven der VR China ein makro-ökonomischer Dialog beider Seiten angeregt, in dem die VR China u. a. auf das Potential des Euro als Reservewährung aufmerksam gemacht werden soll.¹³⁸ Dass in dieser Hinsicht China eine besondere Bedeutung zukommt, verdeutlicht der Schlusssatz des diesbezüglichen Kapitels: „Within the information campaign on the euro launched towards third countries, special attention should be given to China.“¹³⁹ Tatsächlich stellt die EZB auch den neuen Euro das erste Mal im Ausland bei einer Infokampagne in China am 20.11.2001 vor¹⁴⁰; ein Vorgang, der symbolträchtig die währungspolitische Bedeutung Chinas für die EU hervorhebt.

Für eine Zusammenarbeit im internationalen Währungs- und Finanzgefüge, durch die Einführung des Euro und die stark wachsende Wirtschaft Chinas mit neuer Durchschlagskraft ausgestattet, setzt sich 1998 in einer Rede in China der EU-Kommissar Yves-Thibault de Silguy ein:

„Das Wiederausgleichen der relativen Gewichte der unterschiedlichen Währungen ... eröffnet uns eine einmalige Gelegenheit eine solche makro-ökonomische Kooperation zu fördern. Tatsächlich haben zum ersten Mal alle Akteure einen Nutzen davon. China und die EU können in dieser Hinsicht im Rahmen einer viel engeren, dichteren und gediehenen Partnerschaft zusammenarbeiten. Die Ankunft des Euro sollte sie dahingehend unterstützen, da die Wirkung seiner Einführung zu einem multipolaren internationalen Währungssystem führen wird.“¹⁴¹

¹³⁶ Hu, Xiaobing; Chen Chaogao XGG 8/1998, S. 29/30.

¹³⁷ Vgl. Feng, Zhongping XGG 1-2/2000, S. 43/44.

¹³⁸ Vgl. COM (1998) 181, S. 10.

¹³⁹ ebenda.

¹⁴⁰ Vgl. http://www.fpeng.peopledaily.com.cn/200110/23/eng20011023_83014.shtml.

¹⁴¹ Silguy de, Yves Thibault 1998.

Eine solche dem chinesischen Ansatz entgegen kommende wirtschaftspolitische Strategie in Richtung eines multipolaren internationalen Finanzsystems hätte einen hohen Symbolgehalt und liefe auf eine enorme Aufwertung der sino-europäischen Beziehungen hinaus. Die zitierte französische Stimme blieb allerdings eine Einzelmeinung. Der Gedanke ist in der Folgezeit weder öffentlich weiter verfolgt worden noch hat er in einem offiziellen EU-Papier einen Niederschlag gefunden.

Der Ausbau der bilateralen Zusammenarbeit der EU und China in Währungsfragen bleibt ein europäisches Ziel, jedoch ohne eine wie auch immer gegen den US-Dollar gerichtete strategische Komponente. So begrüßte der Präsident der Europäischen Zentralbank Wim Duisenberg bei einer Rede in China am 25.02.2002 den im Juni 2001 eingeleiteten Dialog zwischen der EZB und der chinesischen Zentralbank, hob aber auch hervor, dass der Anteil der internationalen Währungsreserven in Euro auch nach 1999 konstant bei 13 Prozent liege und es mithin zu keiner nennenswerten Umschichtung zu Lasten des US-Dollar gekommen sei.¹⁴²

Es bestätigt sich generell der Eindruck, dass der Euro kurz- und mittelfristig nicht in der Lage ist, das sino-europäische Verhältnis in eine neue strategisch ausgerichtete wirtschaftspolitische Konstellation zu überführen. Die wirtschaftlichen Vorteile stehen außer Frage, ebenso die positiven Auswirkungen auf den Ausbau der institutionellen Beziehungen. Aber die in der Hauptsache von chinesischer Seite gehegten politisch-strategischen Pläne gehören wohl eher in die Kategorie Wunschdenken und haben allenfalls symbolischen und rhetorischen Charakter.¹⁴³ Es ist Markus Taube zuzustimmen, wenn er in diesem Zusammenhang resümiert:

„Andererseits wird auch die VR China keine entscheidenden Impulse für die Etablierung des Euro als internationale Währung liefern können. Obwohl die Ausbildung eines bipolaren Weltwährungssystems mit einer US-Dollar-Euro-Doppelspitze seitens der VR China aus globalpolitischen Erwägungen begrüßt würde, fehlt ihr Jahrzehnte hinaus die ökonomische Substanz, um die Ausbildung einer derartigen Konstellation substantiell zu fördern.“¹⁴⁴

3.3.2 WTO-Beitritt der VR China und der sino-europäische Verhandlungsprozess

Auch bei der Betrachtung der sino-europäischen Beziehungen im Kontext des WTO-Beitritts der VR China am 13.12.2001 sollen die nahe liegenden rein wirtschaftlichen Aspekte ausgeblendet bleiben; das Hauptaugenmerk gilt der politischen Dimension dieses Ereignisses.

Im Mittelpunkt dieses Kapitels steht die Untersuchung des chinesisch-europäischen Verhandlungsprozesses von 1995 bis 2001. Dabei soll neben der Darstellung und Bewertung der jeweiligen Positionen sowie der daraus resultierenden Verhandlungsentwicklung auch der Frage nachgegangen werden, ob die bilateralen Verhandlungen zwischen der VR China und der EU einen nachweislichen Effekt auf den Beitritt der VR China zur WTO ausgeübt haben. Zur Beantwortung dieser Frage muss der sino-amerikanische Verhandlungsprozess zum Vergleich partiell in die Untersuchung mit einbezogen werden.

¹⁴² Vgl. Duisenberg, Willem F. 2002.

¹⁴³ In diesem Zusammenhang sei auch die Bemerkung Genschers im Januar 1999 erwähnt, in dem er den Yuan zukünftig als Pol in einem internationalen multipolaren Währungssystem sieht, Vgl. FAZ, 26.01.1999, S. 9.

¹⁴⁴ Taube, Markus 2000, S. 15.

Der von der VR China angestrebte WTO-Beitritt ist sowohl von chinesischer Seite als auch von den Mitgliedern der WTO als große Herausforderung mit globaler wirtschaftlicher und politischer Bedeutung angesehen worden, die allen Beteiligten erhebliche Anstrengungen und nachhaltige Konzessionsbereitschaft abverlangt.

Für die VR China bedeutet die WTO-Mitgliedschaft und die daraus resultierende erstmalige Unterwerfung unter einklagbare Regeln eine Beeinträchtigung der staatlichen Souveränität. Die Entscheidung für die WTO besitzt also neben den wirtschaftlichen Konsequenzen auch einen hohen politischen Symbolwert. Dieser wird auch durch das ungewöhnliche Auftreten der VR China im Verhandlungsprozess dokumentiert. Die Vielzahl der beteiligten Akteure aus der politischen Elite, aus Industrie und öffentlicher Meinung stellt ein Novum in der chinesischen Außenpolitik dar.¹⁴⁵

Auch für die WTO, insbesondere für die wichtigsten Wirtschaftsmächte und Verhandlungspartner USA und EU, bedeutet die Aufnahme der VR China eine singuläre Herausforderung. Die extremen Eigenschaften des Beitrittskandidaten China – hohe Bevölkerungszahl, Wirtschaftspotential, aber auch Rückständigkeit im Wirtschafts- und Rechtssystem - ließen eine Mitgliedschaft aus Sicht der Amerikaner und Europäer für lange Zeit nicht zu.

Der Verhandlungsprozess der VR China mit dem GATT (General Agreement on Tariffs and Trade), der Vorläuferorganisation der WTO, wird bis 1995 in drei Phasen unterteilt.¹⁴⁶ China, das mit der Unterzeichnung des GATT am 30.10.1947 bis zur Aufkündigung der Mitgliedschaft am 06.03.1950 durch die Republik China im GATT vertreten war, hatte bereits 1982 Interesse an einem Beobachterstatus bekundet, der 1984 gewährt wurde.¹⁴⁷

Die erste Phase reichte vom Juli 1986, dem Zeitpunkt des Antrags der VR China auf Wiedererlangung des Status als Vertragspartei des GATT, bis zum Tiananmen-Zwischenfall 1989 und war im wesentlichen durch ein erstes Abtasten der Verhandlungspartner in der eingerichteten Arbeitsgruppe gekennzeichnet. Die Verhandlungen in der zweiten Phase vom Juni 1989 bis Februar 1992 waren durch die politischen Ereignisse nachhaltig belastet. Nach einer Unterbrechung von zwei Jahren wurden die Verhandlungen fortgeführt, wenn auch ohne vorzeigbares Ergebnis. Ausgangspunkt der dritten Phase waren dann die von Deng Xiaoping 1992 angekündigten wirtschaftlichen Reformvorhaben, verbunden mit ersten Anstrengungen in den Folgejahren, den GATT-Kriterien gerecht zu werden. Diese Bemühungen wurden, insbesondere von der USA, als nicht ausreichend empfunden, und so scheiterte China mit seinem Wunsch, Gründungsmitglied der WTO zum 01.01.1995 zu werden.

Ab diesem Zeitpunkt der WTO-Gründung soll nun der sino-europäische Verhandlungsprozess bezüglich des Beitritts der VR China näher beleuchtet werden.

Die VR China hat auch nach der schmerzhaften Ablehnung vom 20.12.1994 das Ziel eines baldigen WTO-Beitritts nicht aus den Augen verloren, auch wenn sich die Verhandlungsposition erheblich verschlechtert hat. Da für einen WTO-Beitritt bilaterale Einigungen mit sämtlichen WTO-Mitgliedern erzielt werden müssen, kann jedes Mitglied nach dem Prinzip der Meistbegünstigung von einem noch günstigeren Verhandlungsergebnis eines anderen Mitglieds mit der VR China profitieren.

¹⁴⁵ Vgl. Pearson, Margaret 2001, S. 337ff.

¹⁴⁶ Vgl. Zhou, Hanmin S. 37-39; Yang, Shenggang, Guo Can GWY 1/2002, S. 16/17.

¹⁴⁷ Vgl. Oberheitmann, Andreas 1994, S. 7-9.

Die politischen Ziele und Erwartungen, die die VR China mit einer WTO-Mitgliedschaft verbindet, haben sich nach 1995 nicht geändert. Neben der internationalen Anerkennung und der Bestätigung gewachsener Bedeutung im internationalen System ist es insbesondere die Aussicht, aktiv an der Gestaltung globaler Wirtschaftsthemen und -strukturen mitzuwirken und gerechte Behandlung im Falle von Streitigkeiten zu erfahren. Dies spiegelt sich auch in den von der VR China vorgebrachten drei Prinzipien hinsichtlich des WTO-Beitritts wieder. So wird festgehalten, dass die WTO ohne die sich in der Entwicklung befindliche VR China nicht komplett sei, die VR China auf dem Beitrittsstatus eines Entwicklungslandes bestehe und dass der Beitritt auf der Basis von gleichberechtigten Rechten und Pflichten zu erfolgen habe.¹⁴⁸

Die EU ist in den Beitrittsverhandlungen mit der VR China bis zum Jahr 1994 nicht besonders hervorgetreten. Das lag zum einen daran, dass die USA als wichtigste Wirtschaftsmacht die Gesprächsführung innerhalb der WTO dominierten, und zum anderen war die Position der USA und der EU hinsichtlich der chinesischen Beitrittsbemühungen weitgehend identisch. Diese Gemeinsamkeit wird von europäischer Seite im Laufe des Jahres 1994 allmählich aufgekündigt; die EU begann vorsichtig eine eigenständige Haltung zur chinesischen Kandidatur zu formulieren.

Dabei handelt es sich um einen wesentlichen Punkt der Verhandlungen, nämlich um die Frage des Status der VR China bei ihrem Eintritt in das GATT bzw. die WTO. Während zuvor, insbesondere von den USA, gefordert wurde, dass die VR China nur als Industrieland beitreten könne, schlägt EU-Handelskommissar Sir Leon Brittan 1994 erstmals vor, der VR China Übergangsphasen zur Erfüllung der GATT-Kriterien zu gewähren.¹⁴⁹ Diese geänderte Position, die eine Art Kompromiss zwischen der chinesischen Forderung nach dem vorteilhaften Status eines Entwicklungslandes und der harten Haltung der USA darstellt, verschiebt die Gewichte in den Beitrittsverhandlungen erheblich: „The EU emerged as a counterweight to the US negotiating influence, progressively altering the course of China’s accession proceedings.“¹⁵⁰ Der von der EU sehr bewusst gesteuerte Gegenkurs zu den USA prägt die Perspektive der Folgejahre, in denen sich die EU als entgegenkommend profiliert, während die USA den konfrontativen Part spielen, der in den jährlichen Debatten um die Gewährung der Meistbegünstigungsklausel an China oder in den sino-amerikanischen Spannungen hinsichtlich des laxen chinesischen Umgangs mit Urheberrechten seinen Ausdruck findet.

Die modifizierte Haltung der EU spiegelt sich auch in den Strategiepapieren zur VR China wider. Im Papier von 1995 wird die Grundposition der EU dargelegt:

„The EU has taken a leading role in the negotiation, in particular in establishing the principle of the commitments that china would make when joining the WTO, most would be implemented on the date of membership, but some could be implemented under multilateral surveillance over a specified period of time after entry into the WTO. This general approach reflects a sympathetic understanding of the fact that china is a country that is rapidly developing, but, in important respects, has not yet become a developed economy with all the characteristics of a fully-fledged market-economy system.“¹⁵¹

¹⁴⁸ Vgl. Han, Liyu; Fu, Jiaoshou GM 11/2002, S. 12.

¹⁴⁹ Vgl. Lim, Paul 2003, S. 310.

¹⁵⁰ Eglin, Michaela 1997, S. 493/494.

¹⁵¹ COM (1995) 279, S. 9.

Die europäische Konzilianz wird aber ausdrücklich durch die Versicherung eingeschränkt, dass gewisse Prinzipien nicht übergangsweise zu gewähren sind, gleich welchen Status das Beitrittsland besitzt.¹⁵² Dieser Ansatz wird in China erwartungsgemäß begrüßt und als eine der drei positiven Änderungen in der europäischen Politik gegenüber der VR China bezeichnet.¹⁵³ Als „Belohnung“ für die flexiblere europäische Haltung wird von vielen Beobachtern der Kauf von Airbus-Flugzeugen durch China im Jahr 1996 interpretiert, das sich damit ostentativ gegen die amerikanische Boeing entschieden hätte.¹⁵⁴

In den Folgejahren wird die europäische Position zum WTO-Beitritt der VR China weiter differenziert. Das 98er Papier begrüßt die chinesischen Fortschritte bei der Erfüllung der WTO-Konformitätskriterien, verweist allerdings ebenso deutlich auf die noch bestehenden Mängel wie die unzureichende Transparenz oder das Problem der Nicht-Diskriminierung europäischer Firmen.¹⁵⁵ Die Verhandlungsstrategie der EU beruht laut 98er Papier auf vier zentralen Punkten. Es soll „resolut verhandelt“ werden bei gleichzeitiger Gewährung von Übergangsperioden. Die VR China soll ermutigt werden, durch Reformen in der Gesetzgebung den Beitritt antizipierend zu unterstützen. Darüber hinaus soll der VR durch konkrete Kooperationsprogramme die Vorbereitung auf den Beitritt und die nachfolgende Implementationsphase erleichtert werden.¹⁵⁶ Insgesamt vermittelt dieses Programm genauso wie das Papier von 2001 den Eindruck eines wieder leicht kritischeren Umgangs mit der VR China bei gleichzeitiger Betonung jener Elemente, die die EU als Zivilmacht kennzeichnen.

Warum entschied sich die EU für diesen Weg, der vom Verhandlungspfad der USA deutlich abwich? Wurde er in der Realität auch tatsächlich konsequent verfolgt? Und spielte er letztlich für die bilateralen Abkommen und den Beitritt der VR China überhaupt eine Rolle?

Es waren wohl vor allem wirtschaftsstrategische Erwägungen, die die EU, durch den Maastrichter Vertrag gerade als Wirtschaftseinheit gestärkt, dazu bewegten, sich der VR China als Alternative zu präsentieren. Vielleicht versprach man sich durch einen schnell realisierten Beitritt der VR China, den im Vergleich zu den USA und Japan offenkundigen Rückstand in den Wirtschaftsbeziehungen in kurzer Zeit aufholen zu können. Besonders im Strategiepapier von 1995 wird der wirtschaftliche Handlungsbedarf deutlich formuliert, wenn die Notwendigkeit der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie auf dem chinesischen Markt hervorgehoben wird: „In order for European industry to be globally competitive we must be present on the world’s most dynamic markets. ... An active role for EU business in China, where US and Japanese competition is already fierce, is essential.“¹⁵⁷

Hinzu kommt, dass die EU, bedingt durch die noch relativ geringen Defizite im Handel mit der VR China zu jener Zeit, die Ängste der USA hinsichtlich eines chinesischen Beitritts in die WTO nicht teilte. Ebenso gewährte sie der VR China schon seit 1978 die Meistbegünstigungsklausel, im Gegensatz zu den USA, die jährlich neu darüber zu entscheiden hatten und nach einem WTO-Beitritt Chinas ein wichtiges Druckmittel verlieren würden.

Es ist jedoch leicht zu sehen, dass in der politischen und wirtschaftspolitischen Realität die Grenzen für eine europäische Profilierung, gar für einen europäischen Alleingang sehr eng gesteckt waren. So übernahmen in der Folgezeit die USA das europäische Konzept der sektoriellen Übergangsperioden, was zwar die rasche Wieder-

¹⁵² Vgl. ebenda, S. 12.

¹⁵³ Vgl. Wang, Jinbiao XGG 8/1995, S. 17.

¹⁵⁴ Vgl. u. a. Algieri, Franco 2002, S. 74.

¹⁵⁵ Vgl. COM (1998) 181, S. 8.

¹⁵⁶ Vgl. ebenda.

¹⁵⁷ COM (1995) 279, S. 4/5.

herstellung einer einheitlichen transatlantischen Verhandlungsposition bedeutete, aber nicht zu einem Durchbruch in den Verhandlungen mit der VR China führte. Die USA und die EU begrüßten die Konzessionsbereitschaft der VR China und die bereits erfolgten Verbesserungen wie beispielsweise das Absenken der Zollsätze von 42,5 Prozent auf 17 Prozent in der Zeit von 1992 bis 1997¹⁵⁸, ohne allerdings eine WTO-Mitgliedschaft in Aussicht zu stellen. Nicht nur wurde seitens der EU weiterhin auf Missstände im chinesischen Wirtschafts- und Rechtssystem verwiesen, die VR China blieb seit 1992 auch das Hauptziel von europäischen Anti-Dumpingaktionen und anderen besonderen Schutzmaßnahmen.¹⁵⁹

Darüber hinaus behielten natürlich die USA die Verhandlungsführerschaft, und erst mit den Treffen von Zhu Rongji und Bill Clinton im Jahr 1999 konnte in Form des sino-amerikanischen Handelsabkommens vom 20.11.1999 der entscheidende Durchbruch für einen WTO-Beitritt der VR China erzielt werden.

Die deutlich zweitrangige Stellung der EU im Verhandlungsprozess zeigt sich auch im europäisch-chinesischen Handelsabkommen vom 19.05.2000. In einer eigentlich günstigen Position, nämlich als letzter großer Verhandlungspartner der VR China, ist es der EU trotz betont energischem, standhaften Auftreten in dem fünfmonatigem Verhandlungsprozess nicht gelungen, die anvisierten Ziele zu erreichen. Zwar konnte sich die EU bezüglich der 20 Prozent spezifisch europäischer Produkte, die das Abkommen mit den USA nicht deckte, durchsetzen, aber die Forderungen nach Senkung der Importzölle bei Autos unter 25 Prozent, nach Ausweitung der Geschäftsmöglichkeiten für ausländische Versicherer und nach Ermöglichung von Mehrheitsbeteiligungen in Telekommunikationsunternehmen wurden von chinesischer Seite konsequent abgelehnt.¹⁶⁰ So musste sich die EU mit kleinen Zugeständnissen der VR China zufrieden geben und das Ergebnis anschließend als vorteilhaften Kompromiss verkaufen; ein Sachverhalt, der sehr viel über das tatsächliche Kräfteverhältnis beider Seiten verrät. Bis zum endgültigen WTO-Beitritt am 11.12.2001 sollte noch über ein Jahr mit zähen Verhandlungen vergehen.

Ein Jahr nach dem Beitritt stellen sich zwei Fragen: Wird die VR China sich an die Bedingungen der WTO halten? Wird sie ihre Mitgliedschaft politisch instrumentalisieren? Beide Fragen lassen sich zum jetzigen Zeitpunkt trotz erster Indizien kaum hinreichend beantworten. Die VR China betont zum ersten Jahrestag des WTO-Beitritts, sich an alle Zusagen gehalten zu haben¹⁶¹, während z. B. von amerikanischer Seite erste Zweifel angemeldet werden.¹⁶²

Der politisch bedeutendere Punkt ist allerdings die zukünftige WTO-interne Politik der VR China. Von chinesischer Seite ist immer offen angekündigt worden, dass man sich für die Interessen der Entwicklungsländer einsetzen werde: „Auf der Bühne der WTO repräsentiert China in einem bestimmten Grad die Rechte der Entwicklungsländer. Auf welche Weise sich dies in der Stimme und dem Nutzen der Entwicklungsländer sowie in allmählich sich vergrößernden Einfluss und Rederechten Chinas widerspiegelt, ist ein wichtiger Inhalt der Arbeit nach dem WTO-Beitritt.“¹⁶³ Auch sollte nicht übersehen werden, dass die VR China das Ziel eines neuen Weltwirtschaftssystems verfolgt, wie ein Zitat von Shi Guangsheng belegt: „China ist weltweit das größte Entwicklungsland. Nach dem Beitritt Chinas zur WTO muss China die Entwicklung der Weltwirtschaft sowie den Auf-

¹⁵⁸ Vgl. Schüller, Margot 1999, S. 1160.

¹⁵⁹ Vgl. Horng, Der-Chin 1998, S. 108.

¹⁶⁰ Vgl. Lamy, Pascal 2000.

¹⁶¹ Vgl. Chen, Fengying XGG 12/2002.

¹⁶² Vgl. <http://www.uschamber.com/press/testimony/030918wto.htm>.

¹⁶³ Yuan, Chunqiang XGG 2/2001, S. 24.

bau und die Verbesserung eines neuen Weltwirtschaftssystems vorantreiben.“¹⁶⁴ Wird die VR China als Führerin der Entwicklungsländer auftreten und sich damit in den meisten Fällen gegen die USA und EU stellen oder wird es Felder der Kooperation mit der EU geben?

Das eine muss das andere nicht ausschließen. So strebte die EU die Zusammenarbeit mit China im Rahmen der WTO-Verhandlungsrunde von Doha 2002 an¹⁶⁵, und die VR China schlug sich auf die Seite der EU, als es um die Stahlschutzzölle der USA ging. Auch in der Frage der Landwirtschaftspolitik könnte sich die VR China eher an die Seite der EU als die der USA stellen, während andererseits erste Anzeichen eines gegenüber EU und USA konfrontativ eingestellten Entwicklungsländerblocks, der mit der VR China enorm an Gewicht gewonnen hat, in Cancun 2003 unübersehbar waren.

Die Bedeutung des sino-europäischen Verhandlungsprozesses für den Beitritt der VR China zur WTO muss letztlich als eher gering eingeschätzt werden. Zwar gelang es der EU, die starre Haltung der USA bezüglich des chinesischen Beitrittsstatus aufzuweichen und sich offiziell als nachhaltiger Unterstützer der Kandidatur Chinas zu profilieren, aber sie konnte und wollte die langjährige Verzögerungstaktik der USA nicht verhindern. Wer letztlich als Gewinner aus den Verhandlungen hervorgegangen ist, lässt sich schwer sagen. Die VR China konnte sich mit ihrer prinzipiellen Forderung, als Entwicklungsland der WTO beizutreten, nicht durchsetzen. Allerdings bieten die Übergangsregelungen ebenso viel Spielraum wie die noch für lange Zeit garantierten Schutzklauseln und Anti-Dumpingmaßnahmen seitens der USA und EU.

Von größerem Interesse dürfte die Frage sein, wie sich VR China zukünftig in der WTO positionieren wird. Hier bietet sich ihr der Rahmen, als Führerin der Entwicklungsländer aktiv Wirtschaftspolitik zu betreiben, ohne Sonderrechte oder Vetos der USA und anderer Industrieländer fürchten zu müssen. Die WTO stellt aber auch für die VR China die große Chance dar, ihr Verhältnis zur EU durch internationale wirtschaftspolitische Kooperation nachhaltig aufzuwerten.

3.4 Die sino-europäischen Beziehungen vor dem Hintergrund wichtiger welt-politischer Ereignisse

3.4.1 Der Kosovo-Konflikt 1999

Der Kosovo-Konflikt von 1999 gehört zu den wichtigsten weltpolitischen Ereignissen, die in den Untersuchungszeitraum der vorliegenden Arbeit fallen. Ich möchte im Folgenden der Frage nachgehen, inwiefern sich dieses Ereignis und seine unmittelbaren Folgen auf das chinesisch-europäische Verhältnis ausgewirkt haben. Dabei wird es auch um das veränderte chinesische Europabild im Anschluss an den Kosovo-Konflikt gehen.

3.4.1.1 Die Haltung der EU zum Kosovo-Konflikt

Für die EU stellte der Kosovo-Konflikt, genauso wie der Krieg in Ex-Jugoslawien seit 1991 im Allgemeinen, eine große Herausforderung dar.

¹⁶⁴ Jiang, Xinfu XGG 8/2000, S. 11.

¹⁶⁵ Vgl. http://europa.eu.int/comm/trade/bilateral/china/pr1616002_de.htm.

Er hat schonungslos die Handlungsunfähigkeit und die außenpolitischen Schwächen der EU aufgezeigt, die letztlich nicht in der Lage war, die erstmalige Konfrontation mit einer kriegerischen Auseinandersetzung auf dem europäischen Kontinent eigenständig zu bestehen. Zunächst noch beseelt von dem Gedanken, dies sei die „Stunde Europas“, musste die EU erkennen, dass sowohl eine friedliche als auch rein europäische Lösung des Problems nicht möglich war.

Nach der Weigerung Belgrads, den Vertrag von Rambouillet zu unterschreiben, erklärte der Europäische Rat am 24.03.1999 die politischen Verhandlungen für gescheitert und bekundete die Unterstützung der EU für die beginnenden militärischen Aktionen der NATO.¹⁶⁶ Das in diesem Rahmen geschlossene Auftreten der EU kann allerdings nicht darüber hinweg täuschen, dass es auf nationaler Ebene zu zahlreichen Protesten gegen diesen von der UN nicht hinreichend legitimierten Einsatz gekommen ist.

3.4.1.2 Die Haltung der VR China zum Kosovo-Konflikt

Für die chinesische Führung besitzt der Kosovo-Konflikt im Jahr 1999 wie auch der Krieg in Jugoslawien zuvor, trotz seiner Entfernung, eine große politische Bedeutung mit multidimensionaler Ausprägung.

Neben der mangelnden UN-Legitimation des Einsatzes sind es vor allem die Verletzungen der Souveränität und der territorialen Integrität Jugoslawiens, die Chinas ablehnende Haltung gegenüber der Politik der NATO begründen. China sieht das Eingreifen der NATO seit dem 24.03.1999 als Ausdruck der hegemonialen Absichten der USA, die unter dem Deckmantel des Einsatzes für die Menschenrechte die NATO für eigene Zwecke instrumentalisiert und ihre weltpolitischen Expansionsstrategien verfolgen.¹⁶⁷

In dieser Auffassung bestätigt sieht sich die VR China durch das am 23./ 24.04.1999 vorgestellte neue „Strategische Konzept der NATO“, in dem anlässlich des 50. Jahrestag der Gründung der NATO eine den politischen Entwicklungen des 21. Jahrhunderts angepasste, veränderte Bündnisprogrammatisierung formuliert ist. Dieses Konzept definiert nach chinesischer Auffassung die NATO als ein noch wirksames Werkzeug der USA:

„From a collective defense military alliance designed to safeguard the territorial security of its member states, NATO has turned into an offensive, aggressive military alliance which uses military threats and intervention to meddle in the international affairs of sovereign states outside NATO's defence area. ... On this account, the new NATO will still be a military and political instrument of the US in practising its global strategy of seeking hegemony.“¹⁶⁸

Die NATO, gestärkt durch ihre dreifache Expansion¹⁶⁹, missbraucht nach chinesischer Lesart den Kosovo-Konflikt als „Experimentierfeld“ für ihre neue Strategie.¹⁷⁰ Der Kosovo-Konflikt steht daher in der chinesischen Perzeption häufig als Beispiel für einen so genannten „Neo-Interventionismus“, der die Menschenrechte über den Grundsatz nationaler Souveränität stellt. Und an diesem Punkt wird klar, warum die chinesische Führung

¹⁶⁶ Vgl. Erklärung des ER zum Kosovo vom 24.03.1999, <http://www.glasnost.de/kosovo/990324eu.html>.

¹⁶⁷ Vgl. u.a. Xia, Yishan GWY 4/1999.

¹⁶⁸ Wang, Naicheng FAJ Juni/1999, S. 1.

¹⁶⁹ Expansion des Verteidigungsgebietes, Expansion der Mitgliederzahl, Expansion der Funktionen der NATO, Vgl. Lian, Yuru 2000, S. 50.

¹⁷⁰ Vgl. Wang, Naicheng FAJ Juni/1999, S. 9.

dem Kosovo-Konflikt eine so große Bedeutung beimisst. Die Analogie zur Situation der VR China ist nämlich unübersehbar.

Der Gedanke, dass sich Minderheiten bzw. autonome Gebiete aus der Klammer eines souveränen Staates befreien und dies sogar mit westlicher Hilfe durch die NATO geschieht, muss einen Staat wie die VR China außerordentlich beunruhigen, der mit seiner Vielzahl von Minderheiten in landesstrategisch sensiblen Gebieten und den teilweise kaum zu übersehenen Sezessionsbemühungen ein ähnliches Profil wie Ex-Jugoslawien aufweist: „China now fears, that after Kosovo the west might try to use NATO or the UN to force Beijing to honour the hitherto hollow notions of autonomy for minority regions or to encourage them to break away“.¹⁷¹ Die Szenarien chinesischer Experten¹⁷², denen zufolge die Lösung des Kosovo-Konfliktes von den USA genutzt wird, um das erstarkte China durch Abspaltungen von Taiwan, Tibet und Xinjiang sowie deren anschließende Aufnahme in die NATO nachhaltig zu schwächen, sind gewiss nur sehr hypothetisch und keineswegs repräsentativ. Dennoch belegen sowohl die Diskussionen der politischen Elite als auch die Initiativen der chinesischen Regierung hinsichtlich einer Intensivierung der Minderheitenpolitik und einer Erhöhung der Verteidigungskapazitäten die große sicherheitspolitische Bedeutung des Kosovo-Konfliktes für die VR China.¹⁷³

3.4.1.3 Das sino-europäische Verhältnis während des Kosovo-Konfliktes

Die bis zu diesem Zeitpunkt weitgehend konfliktfreien sino-europäischen Beziehungen wurden durch den am 24.03.1999 beginnenden Einsatz der NATO-Truppen und vor allem durch die versehentliche Bombardierung der chinesischen Botschaft in Belgrad am 08.05.1999 erstmals gestört.

Die chinesische Führung verurteilte das Vorgehen der NATO scharf und verwies auf die fehlende Legitimation durch die UN und auf die Verletzung der Souveränität Jugoslawiens durch den Westen. Die VR China schlug sich damit erneut auf die Seite des anderen Kritikers des NATO-Vorgehens, Russlands, mit dem man schon zuvor ein UN-Mandat der NATO verhindert hatte. China unterstützte die Einberufung des UN-Sicherheitsrates, bei dessen Sitzung am 26.03.1999 Russland die sofortige Einstellung der Kampfhandlungen forderte. Das Ergebnis war niederschmetternd, neben Russland und der VR China stimmte nur noch Namibia für den Antrag.

Von der Abstimmung im Sicherheitsrat abgesehen, beschränkte sich die chinesische Seite auf permanente Kritik und Polemik, ohne eigene politische Alternativen aufzuzeigen. Anscheinend war man auf chinesischer Seite an der Beibehaltung des Status quo interessiert.–Das Dilemma, in dem sich insbesondere die europäischen Staaten befanden, wurde kaum thematisiert, statt dessen der moralische Zeigefinger erhoben, eine Haltung, die sich die VR China aufgrund ihrer eigenen Außenpolitik wie z. B. gegenüber Vietnam 1979 eigentlich nicht erlauben konnte.¹⁷⁴

Die durch das militärische Eingreifen der NATO gestörten sino-europäischen Beziehungen - zusätzlich belastet durch den Vorwurf des deutschen Verteidigungsministers Scharping, die VR China missbrauche ihr Veto-Recht im UN-Sicherheitsrat und akzeptiere wegen ihrer eigenen Interessen in Tibet letztlich ethnisch begründeten

¹⁷¹ SCMP 12.06.1999.

¹⁷² Vgl. ebenda.

¹⁷³ Vgl. Wacker, Gudrun 1999, S. 6.

¹⁷⁴ Vgl. Weggel, Oskar 1999, S. 263.

Völkermord - erlebten mit der Bombardierung der chinesischen Botschaft in Belgrad ihren Tiefpunkt. Es kam zu Massendemonstrationen in China, verbunden mit Übergriffen auf europäische Generalkonsulate.

Trotz aller offensichtlichen Spannungen ist aber festzustellen, dass das sino-europäische Verhältnis in dieser Konfliktphase nicht nachhaltig gelitten hat. Dies liegt vor allem an der VR China, die die Hauptschuld an den Ereignissen den USA gab. So wird die NATO als von den „USA angeführt“ beschrieben und Europa als eine in den Konflikt hinein gezogene Partei.¹⁷⁵ Der VR China war sehr wohl ersichtlich, dass Europa trotz geschlossenen Auftretens innerhalb der NATO alles andere war als ein Akteur, der mit einer Stimme sprach. Demonstrationen in europäischen Städten wie auch das stärker werdende Streben nach einer politischen Lösung des Kosovo-Konfliktes in Frankreich, Deutschland und Italien ließen die EU zumindest partiell als Alternative zu den ‚militaristischen‘ USA erscheinen und bestärkten die VR China in ihrem Kurs.¹⁷⁶ Allerdings hat China niemals den ernsthaften Versuch unternommen, das transatlantische Bündnis auseinander zu dividieren, auch wenn die Abstimmung vom 26.03.1999 im UN-Sicherheitsrat als zumindest vorsichtiger Vorstoß in dieser Richtung gewertet werden kann.

Dass das sino-europäische Verhältnis nicht ernsthaft belastet war, belegte auch der Chinabesuch von Bundeskanzler Schröder am 12.05.1999. Obwohl das sino-europäische Gipfeltreffen, das ursprünglich im Mai stattfinden sollte, von chinesischer Seite abgesagt wurde, war es durchaus von hohem symbolischen Wert, dass es ausgerechnet der damalige EU-Ratspräsident Schröder übernahm, die Wogen nach dem Zwischenfall in Belgrad zu glätten und als Repräsentant der NATO die chinesischen Seite offiziell um Entschuldigung zu bitten.

Auch kurz vor der Verabschiedung der wichtigen UN-Resolution zum Kosovo war es wiederum ein EU-Vertreter, der EU-Sonderbeauftragte Ahtisaari, der am 08.06.1999 die Verhandlungen mit der VR China fortführte. Den nochmals von Jiang Zemin vorgetragenen chinesischen Bedingungen, sofortige Einstellung der Bombardements und Behandlung des Kosovo als Ausnahmefall, wurden von der NATO entsprochen.¹⁷⁷ So kam es schließlich zur Enthaltung der VR China im UN-Sicherheitsrat am 10.06.1999 und damit zur Annahme der UN-Resolution.

3.4.1.4 Das Europabild der VR China nach dem Kosovo-Konflikt

Im Anschluss an den Kosovo-Konflikt hat sich in China ein leicht verändertes Europabild herauskristallisiert, das auch für die sino-europäischen Beziehungen von Bedeutung ist. Im Wesentlichen geht es dabei um zwei Aspekte europäischer Politik, die eng miteinander zusammenhängen: Zum einen um das transatlantische Verhältnis im Rahmen der NATO und zum anderen um die europäischen Initiativen für den Aufbau einer europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

So glaubt man auf chinesischer Seite erste Anzeichen einer Emanzipation Europas von den USA ausmachen zu können, die dem außenpolitischen Konzept der VR China entgegen kämen:

„The European Alliance after the Cold War has entered a new historical stage. Turning from economic community into political and defense alliance, the EU is devoting its efforts to become an

¹⁷⁵ Vgl. u.a Yu, Jianhua GWY 6/2001, S. 15.

¹⁷⁶ Vgl. CD 09.06.1999.

¹⁷⁷ Vgl. SCMP 12. 06.1999.

independent pole of the world...Europe and the US do not share all the strategic interests. The US wants the European allies to serve the US's global strategic interests on the pretext of NATO's „common interest“, but its wish is hard to be fulfilled.“¹⁷⁸

Als Indizien einer europäischen Loslösung von den USA werden auf chinesischer Seite die Abschwächung des „Strategischen Konzeptes der NATO“ durch Europa¹⁷⁹ im Vorfeld des Kosovo-Konfliktes, die Auffassungsunterschiede zwischen der EU und den USA hinsichtlich einer gemeinsamen NATO-Politik und die Herausbildung einer neuen europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität im Anschluss an die Ereignisse von 1999 gewertet.

So wird von chinesischer Seite hervorgehoben, dass die USA und die EU im Kosovo-Konflikt neben gemeinsamen Zielvorstellungen auch unterschiedliche Strategien verfolgt hätten. Während bei den USA globalpolitische Erwägungen im Mittelpunkt stünden, die auch ohne UN-Legitimierung durchgesetzt würden, habe die EU nur regionale Interessen verfolgt und zudem mehrheitlich auf die historische Ausnahmesituation im Kosovo verwiesen, die ein völkerrechtlich kaum abgesichertes Vorgehen unumgänglich machte.¹⁸⁰ Aus all dem wird der Schluss gezogen, dass das transatlantische Verhältnis nicht mehr nach dem Motto „Ein Meister - viele Diener“¹⁸¹ funktioniere, aber andererseits wird von einem Wendepunkt in den Beziehungen der EU zu den USA nur hypothetisch gesprochen.¹⁸²

Der Kosovo-Konflikt, der ein weiteres Mal die Abhängigkeit der EU von der NATO und den USA demonstriert hat, erwies sich als eine Art Initialzündung für Überlegungen in Richtung einer eigenständigen europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Die Gipfeltreffen in Köln und Helsinki im Juni und Dezember 1999, bei denen u. a. die Integration der WEU in die EU und der Aufbau einer schnellen Einsatztruppe beschlossen wurden, sind auch in China als „durchbruchartige Entwicklung zum Aufbau einer unabhängigen Verteidigung und als erster Schritt zum Aufbau einer Militärstärke der EU“¹⁸³ perzipiert worden. Dabei wird insbesondere das Einlenken Großbritanniens, auf Grund seiner traditionell engen Beziehungen zu den USA in einer Schlüsselposition, hervorgehoben.¹⁸⁴

Die Perspektive, die sich durch diese Entwicklung ergeben könnte, nämlich die EU als eine Kraft gegen den Unilateralismus der USA zu gewinnen und damit dem Ziel einer multipolaren Welt einen Schritt näher zu sein¹⁸⁵, wird zwar von chinesischer Seite aufgezeigt, allerdings ohne Illusionen über ihre gegenwärtige Realisierbarkeit. Die offensichtliche Uneinigkeit unter den europäischen Ländern über den genauen Funktionskatalog und die zukünftigen Zielvorgaben der ESVP wird von China kritisch registriert.¹⁸⁶ Genauso werden auch die Chancen einer unabhängigen Sicherheitspolitik der EU realistisch eingeschätzt. Aus chinesischer Sicht wird die EU noch für längere Zeit abhängig von der NATO und damit auch von der Bindung an die USA bleiben.¹⁸⁷

¹⁷⁸ Wang, Naicheng FAJ Juni/1999, S. 9.

¹⁷⁹ Vgl. ebenda, S. 9.

¹⁸⁰ Vgl. Wang, Zhenhua WXX 3/1999, S. 50.

¹⁸¹ Vgl. Xie, Yixian WXX 1/2000, S. 6.

¹⁸² Vgl. Yang, Yonghong GWY 4/1999, S. 8.

¹⁸³ Vgl. Zhao, Huaipu WXX 2/2001 S. 47.

¹⁸⁴ Vgl. Feng, Zhongping XGG 1-2/2000, S. 45.

¹⁸⁵ Vgl. Liu, Jiansheng GWY 1/2001, S. 46.

¹⁸⁶ Vgl. Zhao, Huaipu WXX 2/2001, S. 47/48.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass das sino-europäische Verhältnis durch den Kosovo-Konflikt des Jahres 1999 keinen nennenswerten Schaden genommen hat. Trotz aller Kritik an der europäischen Haltung wurde von chinesischer Seite das Vorgehen der NATO als eine von den USA dominierte und verschuldete Aktion interpretiert. Die europäische Seite konnte sich sogar als Verhandlungspartner profilieren, insbesondere nach der Bombardierung der chinesischen Botschaft und den Massendemonstrationen in China. Die Versuche der EU, sich während des Kosovo-Konflikts und danach vorsichtig von den USA zu distanzieren, sind von chinesischer Seite aufmerksam registriert worden, ohne dass dies allerdings strategisch genutzt worden wäre. So sind es vor allem die indirekten und symbolischen Aktionen, die das Potential einer zukünftigen chinesisch-europäischen Zusammenarbeit in internationalen Fragen verdeutlichen.

3.4.2 Debatte um die NMD-Pläne der USA

Die Pläne der USA, ein nationales Raketenabwehrsystem (National Missile Defense) zu errichten, sind aufgrund ihrer hohen sicherheitspolitischen Brisanz, zu einem bedeutenden Thema der internationalen Politik geworden.

Im folgenden Kapitel werden, nach einer kurzen Skizze der NMD-Pläne der USA, die Reaktionen der VR China und der EU auf das amerikanische Vorhaben dargestellt und es wird der Frage nachgegangen, welche Auswirkungen es auf das sino-europäische Verhältnis gehabt hat. Dabei sollen die offizielle Ankündigung der Pläne durch den amerikanischen Präsidenten Bill Clinton am 22.07.1999 und die Ereignisse des 11. September 2001 als zeitliche Klammer dienen. Aufgrund der Komplexität des Themas können insbesondere technische und militärische Hintergründe nur angerissen werden.

3.4.2.1 Die NMD-Pläne der USA

Das Raketenabwehrsystem NMD ist keine Erfindung der Clinton-Administration, seine Wurzeln reichen vielmehr zurück bis in die 80er Jahre und die Ära des Kalten Kriegs, als die so genannte Strategischen Verteidigungsinitiative (SDI) ins Leben gerufen wurde, besser bekannt als „Star Wars“.

In den 90er Jahren stand zunächst der Ableger TMD (Theater Missile Defense), ein Raketenabwehrschirm für den asiatischen Raum, im Mittelpunkt des Interesses. Insbesondere wegen einer möglichen Einbeziehung Taiwans wurde bereits dieses Projekt von China scharf abgelehnt.¹⁸⁷ Das NMD-Projekt, angeregt durch den Bericht der „Rumsfeld-Kommission“ vom 15.07.1998 und von Bill Clinton im Jahre 1999 stärker voran getrieben, ist demgegenüber viel umfangreicher dimensioniert. Wie der Name schon sagt, handelt es sich nicht mehr um ein regionales System, in das auch Verbündete integriert werden, sondern um ein explizit nationales Konzept der USA, mit dem im Gegensatz zu TMD auch Interkontinentalraketen von sogenannten „Schurkenstaaten“ abgefangen werden können.

Nachdem Bill Clinton die Entscheidung über die zukünftige NMD-Entwicklung seinem Nachfolger George Bush überlassen hatte, kündigte dieser im Anschluss an den Bericht der zweiten „Rumsfeld-Kommission“ vom 11.01.2001 eine Forcierung des Raketenabwehrsystems NMD an.

¹⁸⁷ Vgl. u.a Feng, Zhongping XGG 1-2/2000, S. 45.

¹⁸⁸ Vgl. Zou, Yunhua GWY 1/1998; Zhu, Feng GWY 4/1999.

3.4.2.2 Die Reaktion der VR China auf die NMD-Pläne der USA

Die Kritik der chinesischen Führung an den geplanten Raketenabwehrsystemen der USA konzentrierte sich bis 1999 auf das TMD-Vorhaben im asiatischen Raum. Erst mit der offiziellen Ankündigung Bill Clintons vom 22.07.1999 und nach einem gelungenen Raketenabwehrtest im Oktober 1999 begann die eigentliche chinesische Auseinandersetzung mit NMD.¹⁸⁹

China hat sich seit diesem Zeitpunkt immer wieder energisch gegen die Pläne der USA gewandt – mit stets den gleichen Argumenten:

„China expresses its strong opposition to such moves on the part of the United States, for they will undermine the global strategic balance, severely harm the nuclear disarmament process and international non-proliferation efforts, jeopardize global peace and regional stability and may even touch off a new round of arms race.“¹⁹⁰

Dies ist der Kern der chinesischen Perzeption einer nach Hegemonie strebenden amerikanischen Außenpolitik, die mit Hilfe von NMD den alleinigen Supermachtstatus der USA festigen will. Als besorgniserregend gilt vor allem, dass durch eine Realisierung des NMD-Konzeptes das chinesische nukleare Abschreckungspotential, auf der geringen Anzahl von etwa 20 Interkontinentalraketen beruhend, neutralisiert und damit die Bedrohung durch die USA so präsent wie nie zuvor wäre.¹⁹¹

In einer gemeinsamen Erklärung mit Russland vom 18.07.2000 wird hervorgehoben, dass es im Wesen von NMD läge, „unilaterale Vorteile in militärischen und Sicherheitsangelegenheiten anzustreben“.¹⁹² Auch im Rahmen der UN versuchte die VR China Unterstützung für ihre Kritik an den USA zu gewinnen. Mit zwei erfolgreich mitinitiierten Resolutionen gegen die NMD-Pläne in den Jahren 1999 und 2000 verstand sich die VR China als Teil einer um den Weltfrieden besorgten internationalen Gemeinschaft.¹⁹³ Die Resolution von 1999 wurde von chinesischer Seite folgendermaßen interpretiert: „... a clear manifestation of the international community' opposition to US efforts to develop and deploy missile defense systems, and of its will to safeguard the ABM Treaty.“¹⁹⁴

Nach den Rückschlägen bei der Entwicklung von NMD entschied Präsident Clinton, die zukünftige NMD-Politik seinem Nachfolger zu überlassen, was von chinesischer Seite auch als Reaktion auf die internationale Kritik interpretiert wurde.¹⁹⁵ Der neue amerikanische Präsident George Bush kündigte am 26.01.2001 eine Intensivierung der NMD-Pläne an; jetzt sollten auch Alliierte in den Schutz des Raketenabwehrschirms kommen.

Es war vor allem die Bemerkung von George Bush, China sei nun als strategischer Konkurrent anzusehen, welche die chinesische Seite in ihrer Ansicht bestärkte, dass sich die NMD-Pläne nicht gegen sogenannte „Schur-

¹⁸⁹ Vgl. McDevitt, Michael 2000, S. 178.

¹⁹⁰ White Paper: China's National Defense in 2000, S. 42.

¹⁹¹ Vgl. Li, Bin 2001.

¹⁹² BR 31/2000, S. 6.

¹⁹³ Vgl. Zou, Yunhua GWY 5/2001, S. 21.

¹⁹⁴ White Paper: China's National Defense in 2000, S. 42.

¹⁹⁵ Vgl. Gan, Ailan; Fang, Hua XGG 1/2001, S. 6.

kenstaaten“ richteten, sondern in Wirklichkeit gegen die VR China und Russland.¹⁹⁶ Diese chinesische Perzeption, verstärkt durch die Ankündigung George Bushs, den ABM-Vertrag einseitig aufzukündigen, um die Errichtung eines nationalen Raketenabwehrschirms zu ermöglichen¹⁹⁷, blieb bis zum 11. September 2001 unverändert.

3.4.2.3 Die Reaktion der EU auf die NMD-Pläne der USA

Da die amerikanischen NMD-Pläne für die europäische Sicherheitspolitik mit weitreichenden Folgen verbunden wären, sind sie von europäischer Seite zunächst fast ausschließlich mit Bedenken aufgenommen worden. Die Gründe für die insgesamt vorsichtig ablehnende Haltung Europas sind vielfältig.

Zum einen wird ein neuer internationaler Rüstungswettlauf befürchtet mit nachhaltigen Konsequenzen für den Weltfrieden. Vor allem Russland hatte angekündigt, sich bei einseitiger Aufkündigung des ABM-Vertrages durch die USA nicht mehr an Abkommen wie den START-Vertrag halten zu wollen. Auch fürchten die Europäer, durch die geplanten Radarstationen in Großbritannien und Grönland aktiv in die amerikanische Sicherheitspolitik eingebunden zu werden.¹⁹⁸ Hinzu kommt, dass das zunächst nur national ausgerichtete Konzept der USA in seiner Realisierung eine nachhaltige Entkoppelung der transatlantischen Sicherheitsallianz zur Folge gehabt hätte.

Bei aller in Europa geäußerten Kritik ist allerdings zu bedenken, dass die EU in dieser Frage nicht eindeutig Position bezogen hat. Obwohl die ersten Reaktionen von EU-Offiziellen und nationalen Regierungschefs durchgängig verhalten ablehnend waren, blieb die von Joschka Fischer am 08.05.2000 in Aussicht gestellte gemeinsame Haltung der EU¹⁹⁹ in der Folgezeit nur ein frommer Wunsch.

Erst mit der Vorstellung der NMD-Initiative der neuen amerikanischen Regierung unter George Bush zu Beginn des Jahres 2001 kam es auch zu einer neuen Entwicklung auf europäischer Seite. Das Streichen des „National“ aus dem NMD-Konzept und damit die Integration der westlichen Alliierten in das Projekt sowie die Erkenntnis, dass die Bush-Administration nicht mehr über das Ob, sondern nur noch über das Wie zu diskutieren bereit war, ließ die vormals eher kritische europäische Position von diesem Zeitpunkt an sehr viel verhaltender ausfallen. Als exemplarisch können dabei die Aussagen des deutschen Bundeskanzlers Gerhard Schröder gelten, der sich anlässlich der Münchner Wehrkundetagung im Februar 2001 über eine mögliche Schwächung der NATO noch besorgt zeigte, nur um sich kurze Zeit später für eine Teilhabe an der Technologie auszusprechen.²⁰⁰ Den neuen, um Konsultationen bemühten Kurs der EU verdeutlicht auch ein Zitat des Hohen Vertreters der GASP Solana: „The ABM-Treaty is not the Bible. For us Europeans, what we would like is for the major powers to reach a deal by consensus if possible.“²⁰¹

Trotz dieser veränderten europäischen Haltung und aufgrund der noch immer nicht geklärten technischen Details blieb die EU bis Ende 2001 bei ihrer vorsichtigen und zurückhaltenden Einstellung, die sich treffend so zusam-

¹⁹⁶ Vgl. Lü, Qichang XGG 4/2001, S. 8.

¹⁹⁷ Vgl. Gutschke, Rosa 2001, S. 494.

¹⁹⁸ Vgl. Portela-Sais, Clara; Groves, Denise 2000.

¹⁹⁹ Vgl. Hitchens, Theresa; Samuels, Stuart 2000.

²⁰⁰ Vgl. Scheffran, Jürgen; Hagen, Regina 2001, S. 437.

²⁰¹ <http://www.nautilus.org/nukepolicy/Flash2000/v3n6.html>.

menfassen lässt: „Abwarten und alle Optionen offenhalten. Das scheint die Leitlinie der europäischen und vor allem der deutschen Reaktionen auf die amerikanischen Pläne für ein Raketenabwehrprogramm zu sein.“²⁰²

3.4.2.4 Die NMD-Pläne der USA und das sino-europäische Verhältnis

Bei der scharfen Ablehnung der NMD-Pläne durch die chinesische Führung und der zumindest starken Bedenken der europäischen Seite liegt die Frage nahe, ob es aufgrund der anscheinend ähnlichen Positionen auf diesem Gebiet zur politischen Zusammenarbeit gekommen ist. Dies gäbe den sino-europäischen Beziehungen, insbesondere da sich eine solche Politik gegen die USA richtete, eine völlig neue Dimension.

Was die europäische Seite anging, so gab es derartige Bemühungen nicht einmal im Ansatz. Die EU hat trotz ihrer anfänglich großen Bedenken gegenüber dem amerikanischen NMD-Konzept niemals den Schulterchluss mit der VR China gesucht. Die EU hat sich zurückgehalten und sehr bewusst auch keine Vermittlerrolle in dem russisch-amerikanischen Konflikt über den Fortbestand des ABM-Vertrages eingenommen.

Für die chinesische Seite waren dagegen die europäischen Bedenken ein weiteres Indiz für das Kriseln in den transatlantischen Beziehungen, das es auszunutzen galt. Skepsis und Vorbehalte der europäischen Regierungschefs wie die von Schröder und Chirac gegenüber den Plänen der Clinton-Administration werden als gesamteuropäische Ablehnung interpretiert, zu deren durchschlagender Wirkung es nur noch einer eindeutigen Stellungnahme Großbritanniens bedurfte.²⁰³ Als Gründe für die Ablehnung werden die auch von der EU vorgetragenen Argumente wie die unterschiedliche Perzeption der Bedrohung durch „Schurkenstaaten“ oder die Furcht vor einem Rüstungswettlauf angeführt.²⁰⁴ Als Hauptgrund für die europäische Zurückhaltung wird allerdings das machtpolitische Motiv der Furcht vor amerikanischer Kontrolle gewertet. Man würde zwar ebenso in den Genuss des Raketenabwehrschirms kommen, allerdings unter Preisgabe einer eigenständigen europäischen Sicherheitspolitik: „Nach dem Kalten Krieg ist es ein wichtiges Ziel der europäischen außenpolitischen Strategie, die Abhängigkeit von den USA zu verringern und abzustreifen und die Entfaltung als ‚unabhängiger Pol‘ auf der internationalen Ebene anzustreben.“²⁰⁵

Dieser Eindruck wurde noch bestärkt durch die Politik der Bush-Administration, deren NMD-Delegation es bei einer Reise durch Europa im Mai 2001 nicht gelang, die nationalen Regierungschefs vom NMD-Konzept zu überzeugen. Insgesamt wurde die erneute Zurückhaltung der Europäer in der chinesischen Öffentlichkeit durchgehend als „kaltes Schulterzeigen“ gegenüber den USA interpretiert, deren „arroganten und egoistischen Unilateralismus“²⁰⁶ die EU ablehne.

Vor dem Hintergrund dieser Wahrnehmung ist es nicht verwunderlich, dass die chinesische Führung beim Außenministertreffen der ASEM Ende Mai 2001 in Peking versuchte, Europa zu noch dezidierterer Kritik an der US-Politik einzuladen. So wurde von chinesischer Seite vorgeschlagen, die Forderung nach Beibehaltung bestehender Rüstungskontrollabkommen und besonders des ABM-Vertrages in die ASEM-Abschlussklärung auf-

²⁰² Nassauer, Otfried 2001.

²⁰³ Vgl. Feng, Zhongping XGG 9/2000, S. 24/25.

²⁰⁴ Vgl. ebenda, S. 25/26.

²⁰⁵ Ebenda, S. 27.

²⁰⁶ Xinhua 15.05.2001.

zunehmen, was von den europäischen Vertretern aber abgelehnt wurde.²⁰⁷ Auch wenn es über das Raketenabwehrsystem der USA zu einem Meinungs austausch kam, so unterblieb doch die von China erhoffte europäische Kritik.

Der Umstand, dass sich die europäische Haltung zu NMD seit Beginn des Jahres 2001 verändert hat, wird in der chinesischen Literatur kaum vermerkt. Nur Lü Qichang weist in seinem Artikel darauf hin, dass die ehemals kritische Haltung der EU merklich schwächer geworden ist und sich somit auch die Konfliktpunkte im transatlantischen Verhältnis hinsichtlich dieses Themas deutlich verringert haben.²⁰⁸

Als Fazit lässt sich festhalten, dass die NMD-Pläne der USA, die bis zum 11. September 2001 ein zentrales Thema der internationalen Politik waren, sich nicht nachhaltig auf das sino-europäische Verhältnis ausgewirkt haben. Aufgrund der sowohl chinesischen als auch europäischen Kritik am NMD-Konzept eigentlich dazu prädestiniert, konnte dieses Thema nicht als Katalysator einer vertieften internationalen Zusammenarbeit zwischen China und der EU dienen. Die Ursache dafür ist in erster Linie bei der EU zu suchen, die die chinesischen Avancen abwies, um das transatlantische Verhältnis nicht noch stärker zu belasten. Es zeigt sich auch hier, dass die chinesische Perzeption der EU als eines sich stetig von den USA loslösenden, eigenständigen weltpolitischen Pols oftmals an mangelndem Realismus und Fehleinschätzung krankt.

3.4.3 Die Terroranschläge des 11. September 2001

Die Terroranschläge vom 11. September 2001 auf das World Trade Center bedeuten eine tiefe Zäsur in den internationalen Beziehungen; entsprechend umfangreich ist die politikwissenschaftliche Literatur zu diesem Ereignis im Westen wie in China. Die Komplexität dieses Vorfalles und der sich im Anschluss daran abzeichnenden Kriegsvorbereitungen durch die USA kann hier naturgemäß nicht abgebildet werden. Das Folgende beschränkt sich auf eine knappe Darstellung der chinesischen und europäischen Reaktionen auf den Terroranschlag, an die sich die Frage anschließt, welche Auswirkungen die Ereignisse vom 11. September auf das sino-europäische Verhältnis hatten.

3.4.3.1 Chinesische Reaktionen auf die Terroranschläge vom 11. September 2001

Während von offizieller Seite die Anschläge auf das Schärffste verurteilt wurden und Jiang Zemin dem amerikanischen Volk sein Mitgefühl ausdrückte, gab es in inoffiziellen Quellen wie etwa dem Internet zahlreiche Äußerungen, in denen sich Schadenfreude ausdrückte und von einer gerechten Quittung für die Hegemonialpolitik der USA gesprochen wurde.

Die chinesische Regierung bot den USA ihre Unterstützung in der „internationalen Allianz gegen den Terrorismus“ an, wenngleich sie dies an bestimmte Bedingungen knüpfte. Die von Jiang Zemin erhobenen drei Forderungen²⁰⁹, nämlich die Schuld Osama Bin Ladens zu beweisen, die Konsultation mit dem UN-Sicherheitsrat zu suchen und unschuldiges Leben zu respektieren, wurden in zwei Communiqués des Außenministeriums vom 18.

²⁰⁷ FAZ 26.5.2001.

²⁰⁸ Vgl. Lü, Qichang XGG 4/2001, S. 10/11.

²⁰⁹ Vgl. Niquet, Valérie 2001.

und 20. September inhaltlich ergänzt. Es wurde darauf verwiesen, dass ein militärischer Gegenschlag der USA nur in Übereinstimmung mit den Prinzipien der UN-Charta zu führen sei und dass jede Handlung im langfristigen Interesse des Weltfriedens stehen müsse.²¹⁰ Darüber hinaus machte die VR China sehr deutlich, dass der Kampf gegen den Terrorismus tatsächlich internationale Anstrengungen nötig macht, die nicht nur den USA, sondern auch China zugute kommen müssen.

„The United States has asked us to help it fight against terrorism. Equally we have reasons for asking the United States to lend us its support and understanding in our struggle against terrorism and separatism. There can be no double standards..“²¹¹

Dafür, dass die VR China die Zusammenarbeit mit den USA suchte, gab es eine Reihe von Gründen. Neben der Möglichkeit, die seit dem Amtsantritt der Bush-Administration angespannten sino-amerikanischen Beziehungen zu verbessern, das internationale Renommee aufzupolieren und auf das innerchinesische Terrorismusproblem aufmerksam zu machen²¹², spielten sicher auch das Interesse an der Stabilität Afghanistans und der chinesische Führungswechsel der Jahre 2002 und 2003, der keinen außenpolitischen Konfrontationskurs zuließ, eine Rolle.²¹³

Die tatsächliche Unterstützung durch die VR China beschränkte sich allerdings auf die Zustimmung zu den einschlägigen UN-Resolutionen, den Austausch von Informationen, die Einflussnahme auf Pakistan, mit den USA zu kooperieren, die Einrichtung einer Kommission für Terrorismusfragen und die Zulassung eines FBI-Büros in Peking.²¹⁴

3.4.3.2 Europäische Reaktionen auf die Terroranschläge vom 11. September 2001

Die EU hat in ihren zahlreichen Erklärungen nach den Anschlägen den USA ihre sofortige Unterstützung im Kampf gegen den Terrorismus zugesagt; sie hat dies im Gegensatz zur VR China getan, ohne Bedingungen zu stellen. Als engster Verbündeter hat die EU auf allen Ebenen mit den USA kooperiert und auch den militärischen Einsatz in Afghanistan legitimierend unterstützt.

Bei aller Bekundung „uneingeschränkter Solidarität“ konnte allerdings nicht übersehen werden, dass, noch bevor George Bush die Bedrohungswahrnehmung mit der Nennung der so genannten „Schurkenstaaten“ nachhaltig verändern sollte, die europäische Position nicht so einheitlich war, wie es den Anschein hatte. So warnte der französische Staatspräsident Jospin davor, in ein „Räderwerk wider Willen“ zu geraten, und die europäischen Regierungschefs leisteten sich peinliche Eifersüchteleien bei der Frage nach dem besten Verbündeten der USA.²¹⁵

Auch die Erklärung der EU, die Herausforderungen des 11.09.2001 zu nutzen, um die GASP und ESVP der EU verstärkt einzusetzen²¹⁶, war nach dem Afghanistaneinsatz nur noch Makulatur. Nationale europäische Aktions-

²¹⁰ Vgl. ebenda.

²¹¹ Vgl. Niquet, Valérie 2001.

²¹² Vgl. Heberer, Thomas 2002, S. 3.

²¹³ Vgl. Wacker, Gudrun 2003, S. 2/3.

²¹⁴ Vgl. Wacker, Gudrun 2003, S. 3/4.

²¹⁵ Vgl. Der Spiegel 15.05.2001, S. 22ff.

²¹⁶ Vgl. <http://jpn.cec.eu.int/english/press-info/4-1-1-78.htm>

pläne hinsichtlich der Zukunft Afghanistans unterstrichen die damals prophetische These, dass „es die gemeinsame europäische Außenpolitik seit dem 11. September noch weniger gibt als zuvor.“²¹⁷

3.4.3.3 Der 11. September 2001 und die sino-europäischen Beziehungen

Die Auswirkungen des Terroranschlags vom 11.09.2001 auf das chinesisch-europäische Verhältnis lassen sich unter zwei Gesichtspunkten betrachten. Zunächst geht es um die unmittelbaren Folgen für eine sino-europäische Zusammenarbeit beim Kampf gegen den Terrorismus. Daran anschließend sollen die von chinesischer Seite perzipierten möglichen längerfristigen Auswirkungen dieses Ereignisses diskutiert werden.

Obwohl die Nachdrücklichkeit, mit der die EU und die VR China den USA ihre Unterstützung beim Kampf gegen den Terrorismus zusagten, sehr unterschiedlich war, sind der 11. September und seine Folgen zu einem wichtigen Thema innerhalb der sino-europäischen Beziehungen geworden.

Sowohl beim ASEM-Treffen als auch beim chinesisch-europäischen Gipfeltreffen im September 2002 wurde eine gemeinsame Position zur Terrorismusbekämpfung in einer separaten Erklärung und dann auch in der Abschlusserklärung formuliert. Es wurde die Bedeutung und Führungsrolle der UN hervorgehoben sowie darauf hingewiesen, dass die Normvorstellungen des internationalen Rechts für eine Lösung des Problems unabdingbar seien.²¹⁸ Darüber hinaus wurde auf dem ASEM-Gipfel ein Kooperationsprogramm zum Kampf gegen den internationalen Terrorismus verabschiedet, das sowohl kurzfristig als auch langfristig die asiatisch-europäische Zusammenarbeit auf diesem Gebiet nachhaltig sichern sollte.²¹⁹ Auch wenn sich die europäische Seite auf dem ASEM-Gipfel nicht der Kritik Zhu Rongjis, der die USA vor einem Alleingang im Irak warnte, anschließen wollte²²⁰, zeigt sich schon zu diesem Zeitpunkt eine im Grundsatz deckungsgleiche Einschätzung Chinas und der EU, wie der neuartigen Herausforderung des internationalen Terrorismus zu begegnen sei.

Die außen- und sicherheitspolitische Tragweite der Anschläge vom 11. September 2001 hat in der chinesischen Literatur in einer intensiven und beispiellos kontrovers geführten Debatte ihren Niederschlag gefunden. Das Hauptaugenmerk dieser Debatte galt zunächst der Frage, in welcher Weise diese Ereignisse die internationale Politik insgesamt und das sino-amerikanische Verhältnis im Besonderen verändern würden.

Dabei wurde in den ersten Reaktionen überwiegend ein positiver Trend in Richtung einer multipolaren Weltordnung prognostiziert. Der terroristische Akt vom 11. September wurde als Schlag gegen die Hegemoniebestrebungen der USA gewertet, in dessen Folge die USA nun auf die Unterstützung der übrigen Großmächte angewiesen seien, um die Probleme des internationalen Terrorismus und des sich anbahnenden Irakkonfliktes zu lösen.²²¹ Diese Sichtweise, wonach der vormals unilaterale und unipolare außenpolitische Kurs der USA nicht mehr durchzuhalten sei, fand ihre Bestätigung auch im offiziellen Strategiewechsel der USA gegenüber der VR China. In der Perspektive der Bush-Administration wandelte sich die VR China vom „strategischen Konkurrenten“ zum „strategischen Partner“, was nicht nur in der westlichen Literatur als Wendepunkt oder gar „Paradig-

²¹⁷ Der Spiegel 15.05.2001, S. 22ff.

²¹⁸ Vgl. http://europa.eu.int/comm/external_relations/asem/asem_summits/asem4/1.htm.

²¹⁹ Vgl. http://europa.eu.int/comm/external_relations/asem/asem_summits/asem4/2.htm.

²²⁰ Vgl. FAZ 25.09.2002, S. 22.

²²¹ Vgl. Lu, Zhongwei XXG 1/2003, S. 3/4; Song, Yimin GWY 1/2002, S. 42; Guo, Xuangang GWY 2/2002, S. 35.

menwechsel²²² interpretiert wurde, sondern auch in China teilweise als Beginn einer neuen Phase in den sino-amerikanischen Beziehungen gesehen wurde.²²³

Mit dem Jahr 2002 gewannen allerdings die Stimmen die Oberhand, die vor einem noch entschiedeneren unilateralen Vorgehen der USA nach dem 11. September warnten. So wurde vor allem die Verstärkung der amerikanischen Truppen in Zentralasien als Indiz für einen geopolitisch verschärften Kurs der USA gewertet. Der 11. September konnte demnach nur „für kurze Zeit den Widerspruch zwischen Unipolarität und Multipolarität teilweise abschwächen“²²⁴. In diesem Zusammenhang wurde von chinesischer Seite auch mit Verärgerung registriert, dass die USA, mit Ausnahme der Verurteilung der uighurischen Gruppierung ETIM (East Turkistan Islamic Movement) vom 11.02.2002, die von der VR China geforderte Quid-pro-quo-Politik hinsichtlich des Kampfes gegen Terroristen insgesamt verweigerten.²²⁵

Vor diesem Hintergrund hat auch die chinesische Perzeption der zukünftigen sino-europäischen Beziehungen einen Wandel durchgemacht. Kurz nach den Anschlägen des 11. September sah Feng Zhongping die transatlantische Allianz entscheidend gestärkt²²⁶, um zwei Monate später festzustellen, dass langfristig das Konkurrenzverhältnis zwischen den USA und der EU sich nicht ändern werde und der tiefe Widerspruch zwischen beider Vorstellungen von einer multipolaren oder unipolaren Welt erhalten bleibe.²²⁷

Insbesondere der zunehmende Unilateralismus der Bush-Administration und ihre Weigerung, sich multilateraler Regimes zu unterwerfen, werden als Ansatzpunkt einer verstärkten sino-europäischen Zusammenarbeit gesehen. Tatsächlich ist es bemerkenswert, dass die vormals nur schwer zu integrierende chinesische Seite sich seit Amtsantritt von Präsident Bush nun des öfteren an der Seite der EU wieder findet, um die USA von multilateralen Übereinkünften wie z. B. dem Kyoto-Protokoll zu überzeugen.²²⁸ Bei aller chinesischen Kritik an den USA für ihr mangelndes multilaterales Engagement²²⁹ darf natürlich nicht übersehen werden, dass die VR China ihrerseits sich gewissen internationalen Vereinbarungen nicht weniger hartnäckig widersetzt, genannt seien hier nur das Verbot von Landminen oder die Errichtung eines internationalen Strafgerichtshofs.

Diese Beobachtungen sind allerdings noch zu frisch, als dass man daraus einen neuen, gar nachhaltigen Trend in den sino-europäischen Beziehungen ableiten könnte. Deshalb müssen auch solche Einschätzungen, wie z. B. von Dellios und Field²³⁰ als spekulativ bezeichnet werden, die nach dem 11. September 2001 sogar eine neuartige geopolitische Zusammenarbeit zwischen China und Europa für möglich halten.

²²² Vgl. Kreft, Heinrich 2003, S. 461.

²²³ Vgl. Yin, Chengde GWY 3/2002, S. 14.

²²⁴ Wang, Zaibang XGG 1/2002, S. 6.

²²⁵ Vgl. Qian, Wenrong GWY 3/2002, S. 29.

²²⁶ Vgl. Feng, Zhongping XGG 10/2001, S. 21.

²²⁷ Vgl. Feng, Zhongping XGG 1/2002, S. 28.

²²⁸ Vgl. Shambaugh, David 2002, S. 6.

²²⁹ Vgl. z. B. Qian, Wenrong GWY 3/2002, S. 29.

²³⁰ Vgl. Dellios, Rita; Field, Heather 2002.

4. Zusammenfassung

Die zentrale Frage dieser Arbeit, ob sich die sino-europäischen Beziehungen zwischen 1995 und 2002 zu einer unabhängigen und selbständigen politischen Partnerschaft entwickelt haben, kann weder eindeutig bejaht noch verneint werden.

Ohne Zweifel haben sich die chinesisch-europäischen Beziehungen seit 1995 außerordentlich intensiviert. Zunächst ist die 1995 einsetzende programmatische Auseinandersetzung der EU mit der VR China zu nennen, die bis 2002 insgesamt drei Strategiepapiere und ein Länderstrategiepapier hervorgebracht hat. Des Weiteren ist die im gleichen Zeitraum stark angestiegene und diversifizierte institutionelle Verflechtung beide Seiten zu nennen. Dabei ist insbesondere das 1998 initiierte jährliche sino-europäische Gipfeltreffen hervorzuheben, das nach verhaltenem Beginn seit 2000 neben reiner Symbolik auch mit konkreten Ergebnissen aufwarten kann. Gemeinsame Erklärungen am Ende eines Gipfels und der Abschluss bilateraler Vereinbarungen wie zum Beispiel über den Menschenhandel und den maritimen Transport sowie die Erweiterung der Gespräche auf weltpolitische Themenfelder unterstreichen den Charakter einer eigenständigen und aufgewerteten Beziehung.

Die Grenzen des eigenständigen Charakters der sino-europäischen Beziehungen werden allerdings dann offensichtlich, wenn man versucht, diese Beziehungen in den Kontext der von der VR China propagierten Vorstellung einer multipolaren Weltordnung zu stellen. Eine politisch-strategische Verbindung der beiden Pole China und Europa, die im Einzelfall auch gegen die USA gerichtet sein könnte, ist zur Zeit nicht erkennbar. Dies hat die Analyse der weltpolitischen Ereignisse gezeigt, bei denen die VR China und die EU trotz ähnlich gelagerter Interessen keine die jeweiligen Beziehungen zu den USA gefährdende Koalition eingegangen sind.

Ogleich die EU generell in der Außenpolitik wie auch in ihren Beziehungen zur VR China sich von den USA zu emanzipieren versuchte und teilweise alternative, konkurrierende Wege eingeschlagen hat wie im Fall der Menschenrechte, ist die Schwelle zu einem qualitativ neuen, weltpolitisch strategischen Verhältnis zu China nicht überschritten worden.

Festzuhalten bleibt darüber hinaus, dass die Position der VR China im sino-europäischen Verhältnis deutlich gestärkt ist und dass andererseits die EU, was die Entwicklung des bilateralen Verhältnisses angeht, den aktiveren Part übernommen hat. Seit dem Kosovo-Konflikt und der veränderten amerikanischen Außenpolitik unter der Bush-Administration hat die chinesische Seite allerdings ihr Engagement intensiviert, was zur Annäherung in einer Reihe weltpolitischer Themen geführt hat.

Die eingangs geäußerte Vermutung einer unter den chinesischen Zeitschriften differierenden Interpretation der sino-europäischen Beziehungen hat sich nicht bewahrheitet. Mit Ausnahme der unmittelbaren Folgen des 11. September herrscht insgesamt eine weitgehend einheitliche Deutung der Entwicklungen von 1995 bis 2002 vor, auch wenn sich die dem Staatsrat zugeordnete „Xiandai Guoji Guanxi“ durch eine intensivere und insbesondere von Feng Zhongping vertretene Perzeption auszeichnet, die man als zu „optimistisch“ im Sinne des chinesischen Multipolaritätskonzepts bezeichnen kann.

Letzteres verweist auf einen grundsätzlichen Punkt. In der chinesischen Literatur wie auch in der chinesischen Politik gewinnt Wunschdenken häufig Oberhand über eine realistische Bewertung. So kann es in der Konsequenz zu einer geradezu forcierten Integration jeglicher europäischen Politik in das chinesische Multipolaritäts-

konzept kommen und zu einer übertriebenen Perzeption des transatlantischen Verhältnisses im Sinne eines ständig drohenden Zerwürfnisses.

Will man einen Ausblick auf die Zukunft der sino-europäischen Beziehungen wagen, so bietet es sich an, die Ereignisse des Jahres 2003 mit einzubeziehen. Es sind hier zunächst der Irakkrieg und der G-8-Gipfel in Evian, die die Möglichkeiten einer nachhaltig aufgewerteten Kooperation Chinas und Europas wie auch deren eindeutige Grenzen exemplarisch sichtbar werden lassen.

Im Irakkrieg haben sich zum ersten Mal die VR China und Teile der EU in einer weltpolitischen Krisensituation gemeinsam, wenn auch mit unterschiedlicher Vehemenz, gegen außenpolitische Pläne der USA gewandt. Auch der G-8-Gipfel, an dem die VR China auf Einladung Frankreichs erstmals teilnahm, ist ein weiteres Signal für einen beiderseits verfolgten Kurs des verstärkten Austauschs und der intensiveren Zusammenarbeit auf höchster internationaler Ebene.

Beide Ereignisse zeigen aber ebenso deutlich die bereits erwähnte Unangemessenheit des multipolaren Ordnungskonzepts der VR China. Auch wenn immer wieder in der chinesischen Literatur von dem stärker und unabhängiger werdenden Pol Europa gesprochen wird, musste die VR China doch erkennen, dass der Irakkrieg beispielhaft das Gegenteil bewiesen hat. Trotz ihrer scheinbaren Loslösung von den USA ist die EU selbst gespalten und ungeachtet aller erzielten Fortschritte noch weit entfernt von einer einheitlichen außen- und sicherheitspolitischen Linie.²³¹ Gleiches gilt für die vom französischen Präsidenten Chirac auf dem G-8-Gipfel in einer Rede erneut geäußerten Vorstellung einer multipolaren Welt²³², die der britische Premier Blair offen ablehnt; letzterer favorisiert statt dessen eine gemeinsame Allianz aller Großmächte.²³³

Auf einer pragmatischen Ebene sind die Fortschritte in den sino-europäischen Beziehungen viel offensichtlicher. Die diesjährigen Strategiepapiere der EU und der VR China sowie das sechste Gipfeltreffen im Oktober in Peking ziehen eine Art Schlussstrich unter die seit 1995 intensivierten bilateralen Verbindungen.

Das vierte von der EU veröffentlichte Strategiepapier zur VR China des Jahres 2003 ist nicht nur das ausführlichste und differenzierteste chinaspezifische Programm, sondern es verleiht den sino-europäischen Beziehungen auch eine neue Qualität und kann damit als ähnlich richtungweisend angesehen werden wie das Dokument von 1995. Die VR China wird erstmals als „strategischer Partner“²³⁴ bezeichnet, und es wird eine Vielzahl neuer bilateraler Kooperationsfelder genannt, etwa im Bereich der Industriepolitik und des Schutzes des geistigen Eigentums.²³⁵ Es wird ebenfalls angeregt, die Gipfeltreffen in Zukunft auf höchster Ebene stattfinden zu lassen, d. h. mit direkter Beteiligung des chinesischen Präsidenten, was einer endgültigen Gleichstellung mit den sino-amerikanischen oder sino-russischen Treffen gleichkäme. Am bedeutendsten ist allerdings das, was sich die EU in der Zusammenarbeit mit der VR China auf internationaler Ebene vorstellt:

²³¹ Vgl. Sun, Keqin; Shen, Bilian XXG 3/2003, S. 36.

²³² Vgl. FAZ 31.05.2003, S. 6.

²³³ Vgl. FAZ 29.04.2003, S. 5.

²³⁴ Vgl. „A maturing partnership – shared interests and challenges in EU-China relations“, COM (2003) 533, S. 3 und S. 7.

²³⁵ Vgl. ebenda, S. 4.

„The EU ... shares China's concerns for a more balanced international order based on effective multilateralism, and wants to engage China as a responsible power in the management of global issues.“²³⁶

Aus Sicht der EU hat sich die VR China von einem vormals primär in die internationale Gemeinschaft einzubindenden zu einem nun aktiv kooperierenden Partner gewandelt.

Dass die VR China ihr allererstes Länderstrategiepapier der EU widmet, ist kein Zufall, sondern Ausdruck der wachsenden Bedeutung der EU für die VR China. Auch hier wird die internationale Kooperation mit der EU unter dem Aspekt des Multilateralismus gesehen. Die VR China wünscht sich die EU als zukünftig größten Handelspartner und darüber hinaus die Aufhebung des noch existierenden Waffenembargos.²³⁷ Sollte die EU diesem Wunsch nachkommen, wäre es nach der Menschenrechtsfrage das zweite Mal, dass die EU in einer zentralen politischen Frage Gegenposition zu den USA bezieht.

Das sino-europäische Gipfeltreffen im Oktober 2003 zeichnete sich erneut durch Unterzeichnung gemeinsamer Vereinbarungen aus, bei dem die Beteiligung Chinas am europäischen Satelliten-Navigationsprojekt Galileo hervorsteicht. Diese Entscheidung hat neben der wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Relevanz auch eine hohe strategische Komponente, bedeutet sie doch eine enge Zusammenarbeit der EU und der VR China auf einem sehr sensiblen politischen Feld in direkter Konkurrenz zu den USA.

Aus heutiger Perspektive kann man den Zeitraum von 1995 bis 2002 als eine Übergangsphase in den sino-europäischen Beziehungen betrachten, die im Jahr 2003 einen gewissen Abschluss erreicht hat. Es hat sich in den acht Jahren eine stetig wachsende und im Gegensatz zu den sino-amerikanischen Beziehungen nahezu harmonische Verbindung herausgebildet. Das Strategiepapier der EU von 1995 und das Dokument der chinesischen Regierung vom Oktober 2003 markieren Anfang und Ende dieses Prozesses. Der Kreis schließt sich gewissermaßen. Es kann nicht mehr die Rede von einer „secondary relationship“ sein, allerdings auch noch nicht von einer weltpolitisch strategischen Verbindung. Der Weg dahin scheint zumindest offen, und die Ereignisse seit dem 11. September 2001 sind zumindest erste Anzeichen einer vorsichtigen Entwicklung in Richtung einer solchen strategischen Partnerschaft.

²³⁶ Vgl. ebenda, S. 23.

²³⁷ Vgl. <http://www.china.org.cn/english/international/77157.htm>.

5. Literaturverzeichnis

5.1 Primärquellen

China Country Strategy Paper (CSP) 2002-2006, Feb/2002

http://europa.eu.int/comm/external_relations/china/csp/02_06en.pdf (Aufruf: 10.08.2003).

Chinesisch-französische Gemeinsame Erklärung über den Aufbau einer umfassenden Partnerschaft, in: Beijing Rundschau 22/1997, S. 7-11.

Duisenberg, Willem F. : „China and the euro area in a global perspective“, 25.02.2002 in: <http://www.ecb.int/key/02/sp020225.htm> (Aufruf: 12.09.2003).

Europäische Kommission: „Auf dem Weg zu einer neuen Asienstrategie“, Brüssel, den 13-07.1994, KOM (1994).

Europäische Kommission: „Die Umsetzung der Mitteilung „Für eine umfassende Partnerschaft mit China.““ Brüssel, den 9.5.2000 , KOM (2000) 552.

Europäische Kommission: „Die China-Strategie der EU. Umsetzung der Grundsätze von 1998 und weitere Schritte zur Vertiefung des politischen Konzepts der EU.“ Brüssel, den 15.05.2001, KOM (2001) 265.

European Commission: „A Long Term Policy For China-Europe Relations“, Brüssel, den 27-05.1995, COM (1995) 279.

European Commission: „Building a Comprehensive Partnership with China“, Brüssel, den 25.3.1998, COM (1998) 181.

European Commission: „A maturing partnership – shared interests and challenges in EU-China relations“, Brüssel, den 13.10.2003, COM (2003)533.

European Parliament: „Report on the Communication from the Commission on a long term policy for China-Europe Relations“, 29.05.1997.

European Parliament: „Report on the Commission communication on an EU Strategy towards China: Implementation of the 98 Communication and Future Steps for a more Effective EU Policy“, 04.03.2002.

Jiang, Zemin: Bericht auf dem 15. Parteitag der KPCh vom 18.09.1997: „Das große Banner der Deng-Xiaoping-Theorie hochhalten und den Aufbau des Sozialismus chinesischer Prägung allseitig zum 21. Jahrhundert vorantreiben“ in: Beijing Rundschau 40/1997, S. 9-38.

Jiang, Zemin: Bericht auf dem 16. Parteitag der KPCh vom 08.11.2002: „Eine Gesellschaft mit bescheidenen Wohlstand umfassend aufbauen, eine neue Situation für die Sache des Sozialismus chinesischer Prägung schaffen“ in: <http://www.china.org.com/german/50814.htm> (Aufruf: 10.08.2003).

Lamy, Pascal: „European Trade Commissioner Pascal Lamy’s Declaration on China’s WTO accession: Opening Statement at the press conference“ 19.05.2000 in: <http://eu.int/comm/trade/bilateral/china/prc.htm> (Aufruf: 17.09.2003).

Silguy de, Yves- Thibault: „L’euro est une opportunité pour la Chine“, 30.10.1998 in: <http://asiep.free.fr/europe-asie/UE-Chine/ue-chine-euro-Oct98.html.sav> (Aufruf: 12.09.2003).

White Paper: China’s National Defense in 2000, 16.10.2000.

5.2 Sekundärliteratur

Algieri, Franco: „Die Asienpolitik der Europäischen Union“ in: Weidenfeld, Werner und Wessels, Wolfgang (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 1996 etc., Bonn.

Algieri, Franco: „Die Europäische Union und China“ in: Weidenfeld, Werner (Hrsg.): Europa-Handbuch, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1999, S. 723-740.

Algieri, Franco: „Die Europäische Union und China: Zwischen Realpolitik und institutioneller Dynamik“, 2000, in: http://www.hss.de/downloads/argumente_materialien_25_4.pdf (Aufruf: 15.08.2003).

Algieri, Franco: „EU Economic Relations with China: An Institutional Perspective“ in: China Quarterly, März 2002, S. 64-77.

Cabestan, Jean-Pierre: „Sino-European Relations“ in: Segal, Gerald (Hrsg.): Chinese Politics and Foreign Policy Reforms, London 1990, S. 214-229.

Chen, Demin: „Duojihua rengshi dangjin shjie de fazhan qushi“ (Die Multipolarisierung ist immer noch der gegenwärtige Entwicklungstrend in der Welt) in: Xiandai Guoji Guanxi 11/1999, S. 4-9.

Chen, Feng: „Zhongguo yu oumeng guanxi de xianzhuang ji qianzhan“ (Gegenwärtiger Stand und Aussicht der Beziehungen von China und der EU) in: Xiandai Guoji Guanxi 5/1996, S. 10-14.

Chen, Fengying (Diskussionsleiter): „Zhongguo „rushu“ zhounian de shenshi“ (Der Zeitpunkt des Jahrestages von Chinas Beitritt zur WTO) in: Xiandai Guoji Guanxi 12/2002, S. 47-56.

Chu, Shulong, Wang Zaibang: „Guanyu guoji xingshi he wo duiwai zhanlue ruogan zhongda wenti de sikao“ (Über die internationalen Angelegenheiten und Nachdenken über einige bedeutende Fragen zur außenpolitischen Strategie der VR China) in: Xiandai Guoji Guanxi 8/1999, S. 1-6.

Dai, Bingran: „Strategic Base for China-EU Relations“ in: „World Economics and Politics“, 4/1996.

Dai, Bingran: „Zhongguo - oumeng guanxi: lishi, xianzhuang yu qianying“ (Die sino-europäischen Beziehungen: Geschichte, Gegenwärtiger Stand und Aussicht) in: Hu, Jin und Wang, Xueyu (Hrsg.): Fazhan zhong de ouzhou lianmeng (Die EU in der Entwicklung), Shandong renmin chubanshe 2000, S. 3-11.

De la Bâtie, Hervé Dejean: „La politique chinoise de l'Union européenne: en progrès, mais peut mieux faire. IFRI Centre Asie, Paris 2002, <http://www.ifri.org/F/Centre%20asie/articles/hdb-uechine02.pdf> (Aufruf: 18.08.2003).

Dellios, Rita; Field, Heather: „China and the European Union: potential beneficiaries of Bush's global coalition“ in: Australian Journal of international Affairs, Vol. 56, Nr. 1/2002, S. 83-99.

Eglin, Michaela: „China's entry into the WTO with a little help from the EU“ in: International Affairs 3/1997, S. 489-508.

Feege, Anja: Internationale Reaktionen auf den 4. Juni in der VR China. Zwischen Solidarisierung, Schweigen und Sanktionen, Institut für Asienkunde, Hamburg 1992.

Feng, Zhongping: „Dangqian oumeng duihua zhengce de si da texing“ (Die vier Besonderheiten der gegenwärtigen Chinapolitik der EU) in: Xiandai Guoji Guanxi 5/1998, S.12-14.

Feng, Zhongping: „50 nian de zhongou guanxi jiqi tedian“ (50 Jahre sino-europäische Beziehungen und ihre Besonderheiten) in: Xiandai Guoji Guanxi 10/1999, S. 15-19.

Feng, Zhongping: „Ouzhou yitihua yu shijie duojihua“ (Die Integration Europas und die Multipolarisierung der Welt) in: Xiandai Guoji Guanxi 1-2/2000, S. 43-46.

Feng, Zhongping: „Ouzhou dui mei NMD jihua de fanying ji yingxiang“ (Reaktion und Einfluss Europas auf die NMD-Pläne der USA) in: Xiandai Guoji Guanxi 9/2000, S. 24-28.

Feng, Zhongping: „Ouzhou de lichang yu oumei guanxi“ (Der Standpunkt Europas und die transatlantischen Beziehungen) in: Xiandai Guoji Guanxi 10/2001, S. 19-21.

Feng, Zhongping: „Oumeng yu mei'e'zhong guanxi de yanbian yu fazhan“ (Veränderung und Entwicklung in den Beziehungen der EU zu den USA, Rußland und China) in: Xiandai Guoji Guanxi 1/2002, S. 27-31.

Ferdinand, Peter: „Economic and diplomatic interactions between the EU and China“ in: Grant, Richard L. :“The European Union and China. A European Strategy for the Twenty-Firts Century, London 1995, S. 26-40.

Friedrich, Stefan: „Chinas Policy vis-à-vis the European Union. Interests, Context, and implications for Europe“ in: China Aktuell 11/1997, S. 1092-1096.

Friedrich, Stefan: „The Chinese View of western europe and the European Community“ in: East-West Dialogue, Vol. II, November 1997, No. 2, S. 59-85.

Friedrich, Stefan: „Europa und China in de 90er Jahren. Verlust der neu gewonnen politischen Bedeutung der EU?“ in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 27/98, S. 36-46.

Friedrich, Stefan: „Die Bedeutung der Menschenrechtsfrage in den europäisch-chinesischen Beziehungen“ in: Luther, Susanne und Opitz, Peter J. (Hrsg.): Die Beziehungen der Volksrepublik China zu Westeuropa. Bilanz und Ausblick am Beginn des 21. Jahrhunderts. Akademie für Politik und Zeitgeschehen, Hanns-Seidel-Stiftung e. V. München 2000, S. 65-77.

Gan, Ailan; Fang, Hua: „Shiji zhijiao guoji zhanlüe taishi“ (Die internationale strategische Situation zum Übergang des Jahrhunderts) in: Xiandai Guoji Guanxi 1/2001, S. 4-9.

Gosset, David: „China and Europe: Toward a Meaningful Relationship“ in: http://www.oycf.org/Perspectives/19_123102.ChinaEurope.htm (Aufruf: 19.08.2003).

Grant, Richard L. : „Conclusions: A european strategy for the twenty-first century“ in: Grant, Richard L. :The European Union and China. A European Strategy for the Twenty-First Century, London 1995, S. 89-92.

Guo, Xuangang: „Bushi zhizheng yinian lai duiwai zhengce bianhua jiqi yingxiang“ (Veränderungen und Auswirkungen der seit einem Jahr verfolgten Außenpolitik unter Bush) in: Guoji Wenti Yanjiu 2/2002, S. 32-36.

Gutschke, Rosa: „Warum lehnt China NMD ab? Hintergründe der chinesischen Position zur amerikanischen Raketenabwehr“ in: China Aktuell 5/2001, S. 490-497.

Han, Liyu: „Liqiu quanli yiwu pingheng – qianxi „zhongguo jiaru shijie maoyuzhi yidingshu“ zhong de ji ge wenti“ (Tatkräftiger Einsatz für ein Gleichgewicht von Rechten und Pflichten – Analyse einiger Probleme des „WTO-Beitrittsprotokoll der VR China“) in: Guoji Maoyi 11/2002, S. 11-16.

Heberer, Thomas: „China, die Vereinigten Staaten und die Bekämpfung des internationalen Terrorismus“ in: Adelsberger, Karin; Derichs, Claudia; Heberer, Thomas; Raszelsberger, Patrick: Der 11. September und die Folgen in Asien, Duisburger Arbeitspapiere Ostasienwissenschaften Nr. 42/2002, S.3-11, <http://www. www.uni-duisburg.de/Institute/OAWISS/publikationen/arbeitspapiere/paper42.doc> (Aufruf: 20.09.2003).

Heberer, Thomas: „China's Domestic Development, China-EU relationship, and EU-China Policies“ in: <http://www.dgap.org/texte/dialogue/heberer.pdf> (Aufruf: 11.08.2003)

Hitchens, Theresa; Samuels, Stuart: „NMD: Allied Fears in Focus – NATO Takes First Look at U.S. Missile Defense“, Occasional Papers On International Security Policy, Nr. 32 5/2000, in: <http://www.basicint.org/pubs/Papers/BP32.htm> (Aufruf: 10.09.2003).

Hornig, Der-Chin: „The EU's New China Policy: The Dimension of Trade Relations“ in: Issues and Studies 7/1998, S. 85-115.

- Hu, Xiaobing; Chen Chaogao: „Ouyuan de guoji zuoyong he yingxiang“ (Internationaler Auswirkungen und Einflüsse des Euros) in: *Xiandai Guoji Guanxi* 8/1998, S. 28-33.
- Janning, Josef: „Gleichung mit Unbekannten. Europäische Asien-Politik im Wandel“ in: *Internationale Politik* 1/2001, S. 31- 36.
- Jiang, Xinfu: „Zhongguo „rushu“ yu zhongmei guanxi“ (Der WTO-Beitritt Chinas und die sino-amerikanischen Beziehungen) in: *Xiandai Guoji Guanxi* 8/2000, S. 11-14.
- Jousse, Claudie: „La Chine et l'Union européenne“ in: *Politique Etrangère* S. 876-879.
- Kapur, Harish: *China and the European Economic Community: The New Connection*, Dordrecht 1986.
- Kapur, Harish: *Distant Neighbours. China and Europe*, London/New York 1990.
- Kreft, Heinrich: „Die USA und China: Beginn einer neuen Partnerschaft?“ in: *China Aktuell* 4/2003, S. 461-467.
- Lampton, David: *Same Bed, Different Dreams. Managing U.S.-China Relations, 1989-2000*, University of California Press, Berkeley 2001.
- Li, Bin: „The effects of NMD on Chinese strategy“, 07.03.2001 in http://www.janes.com/security/international_security/news/jir/jir010307_1_n.shtml (Aufruf: 10.09.2003).
- Lian, Yu-ru: *Bestimmungsfaktoren der Westeuropapolitik Chinas, Die Beziehungen der Volksrepublik China zur Bundesrepublik Deutschland in den 80er-Jahren*, Frankfurt 1995.
- Lian, Yu-ru: „Die Westeuropapolitik der VR China an der Schwelle zum 21. Jahrhundert“ 1999 in: http://www.hss.de/downloads/argumente_materialien_25_4.pdf (Aufruf: 10.08.2003).
- Lian, Yu-ru: „Der Kosovokrieg und seine Auswirkungen auf die chinesische Außenpolitik“ in: *Asien*, Band 77, Oktober 2000, S. 48-56.
- Lim, Paul: „The Politics of the European Union's Relations with China“ in: Preston, Peter W. (Hrsg.) und Haacke, Jürgen: *Contemporary China: The dynamics of change at the start of the new millennium*, RoutledgeCurzon London 2003, S. 291-322.
- Lin, Limin: „Guoji diyuan zhanlue xingshi yu zhongguo de xuanze“ (Die Situation der internationalen geopolitischen Strategie und Chinas Wahlmöglichkeiten) in: *Xiandai Guoji Guanxi* 3/2002, S. 26-31.
- Liu, Jiansheng: „Ouzhou de anquan xingshi yu jizhi“ (Die Situation der Sicherheit Europas und ihr Organisationsaufbau) in: *Guoji Wenti Yanjiu* 1/2001, S. 43-46.
- Liu, Zonghe: „Current situation and prospects of sino-west european relations“ in: *Foreign Affairs Journal* Dez/1994, S. 22-29.
- Lu, Zhongwei (Diskussionsleiter): „2003 nian shijie dashi qianzhan“ (Ausblick auf die allgemeine Entwicklungstendenz in der Welt im Jahr 2003) in: *Xiandai Guoji Guanxi* 1/2003, S. 1- 16.
- Lü, Qichang: „Guojishang weirao NMD zhankai jilie douzheng“ (International entzündet sich ein heftiger Kampf um NMD) in: *Xiandai Guoji Guanxi*, S. 7-11.
- McDevitt, Michael: „Beijing's Bind“ in: *The Washington Quarterly*, Vol. 23, Nr. 3 (Sommer 2000), S. 177-186.
- McDonald, Brian: „Setting the Agenda for the Twenty-First Century: China, Hong Kong, Macau and the European Union“ in: Neves, Miguel Santos (Hrsg.) und Bridges, Brian: *Europe, China and the Two SARs: Towards an New Era*, Macmillan Press London Ltd 2000, S. 196-208.
- Menotti, Roberto: „European-Chinese-Relations in the nineties“ in: *The International Spectator* 4/1995, S. 71-87.

Möller, Kay: „Chinese risks: Nationalism versus integration in Beijings’s Foreign relations“ in: Grant, Richard L. : The European Union and China. A European Strategy for the Twenty-Firts Century, London 1995, S. 9-25.

Möller, Kay: „European Strategies vis-à-vis China: Myth and reality“ in: Ost-West-Kolleg der Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): China’s International Role: Key Issues, Common Interests, Different Approaches. Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn 1997, S. 61-80.

Möller, Kay: „Europa-China: Die ordnungs- und sicherheitspolitische Dimension“ in: Luther, Susanne und Opitz, Peter J. (Hrsg.): Die Beziehungen der Volksrepublik China zu Westeuropa. Bilanz und Ausblick am Beginn des 21. Jahrhunderts. Akademie für Politik und Zeitgeschehen, Hanns-Seidel-Stiftung e. V. München 2000, S. 33-44.

Möller, Kay: „Diplomatic Relations and Mutual Strategic Perceptions: China and the EU“ in China Quaterly, März 2002, S. 10-32.

Nassauer, Ottfried: „Mehr als Raketenabwehr und Atomwaffen – Europa und das amerikanische Nachdenken über eine neue Abschreckung“ in: [http://www. bits-berlin.de/public/ndrinfo/sunds19051.htm](http://www.bits-berlin.de/public/ndrinfo/sunds19051.htm) (Aufruf: 10.09.2003).

Neßhöver, Christoph: Die Chinapolitik Deutschlands und Frankreichs zwischen Außenwirtschaftsförderung und Menschenrechtsorientierung (1989-1997). Auf der Suche nach Balance, Hamburg 1999.

Neves, Miguel Santos: Towards a common China Policy for the EU: A portuguese perspective“ in : Grant, Richard L. : The European Union and China. A European Strategy for the Twenty-Firts Century, London 1995, S. 75-88.

Neves, Miguel Santos und Bridges, Brian: „From Bilateralism to a Common Approach?: the EU, China, Hong Kong and Macau“ in: Neves, Miguel Santos (Hrsg.) und Bridges, Brian: Europe, China and the Two SARs: Towards an New Era, Macmillon Press London Ltd 2000, S. 259-279.

Niquet, Valérie: „The Strategic Challenges Facing China, in the Wake of September 11th“ in: China Perspectives Nr. 38, Nov/Dez 2001,in: http://www.cefc.com.hk/cgi-bin/restricted2_gb.cgi (Aufruf: 16.09.2003)

Oberheitmann, Andreas: Die VR China und das GATT. Anpassungsbedarf der Außenhandelspolitik im Spiegelbild der nationalen und internationalen Interessenssphären, Institut für Asienkunde, Hamburg 1994.

Opitz, Peter J.: „China und Westeuropa zwischen 1945 und 2000: Phasen einer Annäherung“ in: Luther, Susanne und Opitz, Peter J. (Hrsg.): Die Beziehungen der Volksrepublik China zu Westeuropa. Bilanz und Ausblick am Beginn des 21. Jahrhunderts. Akademie für Politik und Zeitgeschehen, Hanns-Seidel-Stiftung e. V. München 2000, S. 7-32.

Pearson, Margaret: „The Case of China’s Accession to GATT/WTO“ in: Lampton, David (Hrsg.): The Making of Chinese Foreign and Security Policy in the Era of Reforms, 1975-2000, Stanford Univertsity Press 2001, S. 337-370.

Portela-Sais, Clara; Groves, Denise: „Europe’s NMD dilemma“ 10.07.2000 in: [http://www. bits-berlin.de/public/policynote/pn00-3.htm](http://www.bits-berlin.de/public/policynote/pn00-3.htm) (Aufruf: 10.09.2003).

Qian, Qichen: „Current international situation and China’s relations with Western Europe“ in: Foreign Affairs Journal März/1991, S. 1-7.

Qian, Wenrong: „Fankong yu guoji zhixu“ (Der Kampf gegen den Terrorismus und die internationale Ordnung) in: Guiji Wenti Yanjiu 3/2002, S. 27-32.

Qiu Yuanlun: „China und Europa stehen vor der besten Möglichkeit für die Entwicklung ihrer Beziehungen“ in: Guoji Luntan (Internationales Forum) 1/1999, S. 24ff.

Qiu, Yuanlun: „Zhongguo yu oumeng de guoji huanjing bijiao“ (Vergleich der internationalen Umwelt von China und der EU) in: Xiandai Guoji Guanxi 11/2002, S.18-19.

- Qu, Hongfa: „Sino-West European relations geared towards the 21st century“ in: Foreign Affairs Journal Sept/1998, S. 6-12.
- Rupprecht, Klaus: „European and American approaches toward China as an Emerging Power“ in: China Aktuell 2/2001, S. 169-179.
- Schaeff, Peter Michael: Der Wandel von Chinas Außen- und Sicherheitspolitik im Reformprozeß der Ära Deng, Frankfurt 1998.
- Scheffran, Jürgen; Hagen, Regina: „Europa und die Raketenabwehr“ in: Blätter für deutsche und internationale Politik 4/2001, S. 436-447.
- Schubert, Gunter: „China und die Europäische Union im Kontext der GASP“ in: Aus Politik und Zeitgeschichte B19-20/2002, S. 21-28.
- Schüller, Margot: „Am Ende eines langen Weges: Chinas Beitritt zur WTO“ in: China Aktuell 11/1999, S. 1156-1167.
- Shambaugh, David: China and Europe: 1949-1995. Research Notes and Studies no. 11, Contemporary China Institute, School of Oriental and African Studies, University of London 1996.
- Shambaugh, David: „European and American Approaches Toward China: Different beds, Same Deams?“ IFRI Centre Asie, Paris 2002 In: <http://www.ifri.org/F/Centre%20asie/articles/DS-Asia20%Paper02.pdf> (Aufruf: 18.08.2003).
- Shen, Yihuai: „Xi'ou waijiao jinrule yu daguo jianli „huaban guanxi“ de xin jieduan“ (Die Außenpolitik Westeuropas ist mit den zu den Großmächten aufgenommenen „Partnerschaftsbeziehungen“ in eine neue Phase eingetreten) in: Xiandai Guoji Guanxi 2/1998, S. 16-18.
- Song, Yimin: „Meiguo anquan zhanlüe he duiwai guanxi jinru xin de tiaozheng jieduan“ (Die amerikanische Sicherheitsstrategie und Außenbeziehungen treten in eine neu ausgerichtete Phase) in: Guoji Wenti Yanjiu 1/2002, S. 37-42.
- Song, Xinning: „Zou xiang 21shijie de zhongguo yi ouzhou“, Hongkong 1997.
- Song, Xinning: „Zhongguo yu ouzhou: mianxiang weilai“ in: Ouzhou yu shijie, 5/1998.
- Song, Xinning: „The EU Common Foreign and Security Policy and its Impact on the EU-China Relations“ in: Zhou, Rongyao (Hrsg.): Sino-European Relations Towards the 21st Century, Peking 2001, S. 115-134.
- Song, Xinning: „Europa und China – eine schwierige Beziehung“ in: Internationale Politik 2/2002, S. 39-43.
- Su, Keqin; Shen, Bilian: „Ouzhou „fenlie“ jiqi yingxiang“ (Die „Spaltung“ Europas und die Auswirkungen) in: Xiandai Guoji Guanxi 3/2003, S. 36-37.
- Taube, Markus: Die europäisch-chinesischen Wirtschaftsbeziehungen im Licht der Euro-Einführung“ 2000, in: http://www.cap.uni-muenchen.de/transatlantic/download/taube_02.pdf (Aufruf: 27.08.2003).
- Wacker, Gudrun: „Machtpolitik und Hegemoniestreben der USA“ – China und der NATO-Einsatz in Jugoslawien, Aktuelle Analysen des Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Nr. 21/1999, Köln 1999.
- Wacker, Gudrun: „Die USA und China nach dem 11. September: Wahrnehmung und Interessen“, in: http://www.swp-berlin.org/pfd/swp-aktu/swpaktu_14_01.pdf (Aufruf: 20.09.2003).
- Wang, Jinbiao; Feng, Zhongping: „Oumeng tuijin geng jiji de duihua zhengce – shixi oumeng xin de duihua zhengce wenjian“ (Die EU betreibt eine noch aktivere Chinapolitik – Analyse des neuen Dokument zur Chinapolitik) in: Xiandai Guoji Guanxi 8/1995, S. 16-18, 15.

- Wang, Yi: „Zhongguo „rushì“ yu ouyuan liutong“ (Der WTO-Beitritt Chinas und der Umlauf des Euro) in: Guoji Wenti Yanjiu 2/2002, S. 21-24, 13.
- Wang, Naicheng: „New NATO In the 21ST Century“ in: Foreign Affairs Journal Juni/1999, S. 1-10.
- Wang, Zaibang: „Shiji shousui guoji xingshi huigu yu sikao“ (Rückblick und Überlegungen bezüglich der internationalen Angelegenheiten zu Beginn des Jahrhunderts) in: Xiandai Guoji Guanxi 1/2002, S. 6-11.
- Wang, Zhenhua: „Cong Kesuowo weiji he beiyue zhanlüe xin gainian kan ouzhou mianlin de wenti“ (Die Europa gegenüberstehenden Probleme aus Sicht der Kosovokrise und dem neuen Begriff der NATO-Strategie) in: Waijiao Xueyuan Xuebao 3/1999, S. 48-50.
- Weggel, Oskar: „Chaos, Ratlosigkeit und Angst vor Präcedenzwirkungen – Chinas Haltung im Kosovo-Konflikt“ in: China Aktuell 3/1999, S. 261-266.
- Wu, Qinghe: „Introduction of the EURO and its impact“ in: Foreign Affairs Journal Dez/1998, S. 30-35.
- Xia, Yishan: „Kesuowo zhanzheng dui guoji zhanlüe geju de yingxiang“ (Die Auswirkungen des Kosovokrieges auf internationale Strategiemuster“ in: Guoji Wenti Yanjiu 4/1999, S. 1-3.
- Xie, Yixian: „Xin zhongguo wushinian waijiao weiye jiqi qishi“ (Heldentaten und Inspirationen in 50 Jahren Außenpolitik des Neuen China) in: Waijiao Xueyuan Xuebao 1/2000, S. 1-7.
- Yan, Xuetong: „Gujiao huanjing ji waijiao sikao“ (Die internationale Umwelt und außenpolitische Überlegungen) in: Xiandai Guoji Guanxi 8/1999, S. 7-11.
- Yan, Xuetong: „Lishi de jixu: lengzhan hou de zhuyao guoji zhengzhi maodun“ (Die Fortsetzung der Geschichte: Die Hauptwidersprüche der internationalen Politik nach dem Kalten Krieg) in: Xiandai Guoji Guanxi 6/2000, S. 1-12.
- Yahuda, Michael B.: „China and Europe: The Significance of a Secondary Relationship“ in: Robinson, Thomas W./Shambaugh, David (Hrsg.): Chinese Foreign Policy: Theory and Practice, New York 1994, S. 266-282.
- Yang, Shenggang; Guo Can: „Quanqiuhua beiyinxia de zhongguo „rushì“: jincheng, jiyu yu tiaozhan“ (Der WTO-Beitritt Chinas vor dem Hintergrund der Globalisierung: Verlauf, Chance und Herausforderung) in: Guoji Wenti Yanjiu 1/2002, S. 16-20.
- Yang, Yonghong: „Meiguobaquanzhuyi de xin fazhan“ (Die neue Entwicklung des amerikanischen Hegemoniestrebens) in: Guoji Wenti Yanjiu 4/1999, S. 6-8.
- Yin, Chengde: „Diedang qifu, jiwang kailai – qianxi zhongmei guanxi jiqi qianying“ (Voller Schwung auf und nieder, das Begonnene fortführen – Analyse der sino-amerikanischen Beziehungen und Ausblick) in: Guoji Wenti Yanjiu 3/2002, S. 13-17, 26.
- Yu, Jianhua: „Ouzhou yitihua dui zhongguo guanxi de yingxiang“ (Die Auswirkungen der europäischen Integration auf die sino-europäischen Beziehungen) in: Guoji Wenti Yanjiu 6/2001, S. 10-15.
- Yuan, Chunqiang: „Gujiao maoyi fazhan qushi yu zhongguo de waimao zhanlüe“ (Der Entwicklungstrend des internationalen Handels und Chinas Außenhandelsstrategie) in: Xiandai Guoji Guanxi 27/2001, S. 20-24.
- Zhao, Gancheng: „Assessing China's Impact on Asia-EU Relations“ in: Stokhof, Wim (Hrsg.) und van der Velde, Paul: ASEM – a window of opportunity, Kegan Paul International, London 1999, S. 109-125.
- Zhao, Huaipu: „Ying, Fa, De sanguo zai ouzhou guofang texing wentishang de zhengce“ (Die Politik der drei Länder Großbritannien, Frankreich, Deutschland bei dem besonderen Problem der europäischen Verteidigung) in: Waijiao Xueyuan Xuebao 2/2001, S. 47-52.
- Zheng, Yuanyuan: „Die von uns anzustrebende Weltordnung – Interview über die Multipolarität“ in: Beijing Rundschau 2/2000, S. 12-15.

Zhongguo xiandai guoji guanxi yanjiusuo oumeng ketizu: „Zhongguo dui oumeng zhengce yanjiu baogao“ (Forschungsbericht über die Reaktion Chinas auf die Politik der EU (gegenüber China)) in: Xiandai Guoji Guanxi 8/2001, S. 1-9.

Zhou, Hanmin: Zhongguo zoujin WTO, Shanghai wenhuai chubanshe 2001.

Zhou, Hong: „Development and Reconciliation unter Peace: an Explanation of China's Policy towards the European Union“ in: Neves, Miguel Santos (Hrsg.) und Bridges, Brian: Europe, China and the Two SARs: Towards an New Era, Macmillon Press London Ltd 2000, S. 209-225.

Zhu, Feng: „TMD yu dongya anquan“ (TMD und die Sicherheit in Ostasien) in: Guoji Wenti Yanjiu 4/1999, S. 29-34.

Zou, Yunhua: „Zhanqu daodan fangyu (TMD) yu quanqiu he diqu anquan de guanxi“ (TMD und die globalen und regionalen Sicherheitsbeziehungen) in: Guoji Wenti Yanjiu 1/1998, S. 27-29.

Zou, Yunhua: „Fangzhi waikong junbei jingsai pozaimiejie“ (Äußerste Dringlichkeit der Verhütung eines Rüstungswettlaufs im Weltraum) in: Guoji Wenti Yanjiu 5/2001, S. 20-25.